



Liberalisierung des Agrarhandels

Erfahrungen mit den ersten 10 Jahren der WTO
Devinder Sharma

Liberalisierung des Agrarhandels

Erfahrungen mit den ersten 10 Jahren der WTO

*Studie in Auftrag gegeben von: **APRODEV**, Brüssel
Forum Umwelt & Entwicklung, Bonn*

*Autor: **Devinder Sharma**, Forum for Biotechnology &
Food Security, Neu-Delhi/Indien*

Kernteam für Recherchen und Erstellung der Studie:

Bhaskar Goswami

T.N. Prakash

Abigail Dymond

Raghav Narsalay

Devinder Sharma

Herausgeber:

Forum für Umwelt & Entwicklung

Am Michaelshof 8-10

D-53177 Bonn

Telefon: 0228-359704

Fax: 0228-92399356

E-Mail: info@forumue.de

Internet: www.forumue.de

Mitherausgeber:

APRODEV

Boulevard Charlemagne 28

B-1000 Brussels

Telefon: +32-2234-5660

Fax: +32-2234-5669

E-Mail: aprodev@aprodev.net

Internet: www.aprodev.net

Forum for Biotechnology & Food Security

G-3/F, DDA Flats, Munirka

Neu-Delhi-110067 - Indien

+91-11-2617-6343

fighting_hunger@yahoo.co.in

Finanziert von:

Evangelischer Entwicklungsdienst EED

Church of Sweden

ICCO, Niederlande

Norwegian Church Aid

Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ/GTZ ("Aktionsprogramm Welternährung")

Die hier vertretenen Meinungen/Inhalte entsprechen nicht immer denen der Geldgeber.

Verantwortlich:

Rob van Drimmelen, Aprodev

Jürgen Maier, Forum Umwelt & Entwicklung

Autor:

Devinder Sharma, Forum for Biotechnology & Food Security, Neu-Delhi/Indien

Redaktion:

Rudolf Buntzel, Ev. Entwicklungsdienst EED

Layout:

Bettina Oehmen

Druck:

Knotenpunkt, Buch

Titelfotos:

re - epd-bild/version/Ralf Marco

li - DEUFA/K.-J. Högerl

Februar 2006

Inhalt

Einleitung	4
Zusammenfassung	6
Erfahrungen mit den ersten 10 Jahren der WTO	8
Afrika	19
Lateinamerika und Karibik	26
Asien	32
Schlussfolgerung	38
<u>Anhang I:</u> Länderfallstudien	44
<u>Anhang II:</u> Internationaler Agrarhandel ist kein Selbstzweck	67
Abkürzungen	74
Glossar	75

Einleitung

Die Hungersnot war so schlimm, dass es im ganzen Lande kein Brot gab, und Ägypten und Kanaan lagen dar nieder. Joseph sammelte das ganze Silber in Ägypten und Kanaan ein als Preis für das Korn, das die Menschen aufkauften, und legte es zum Schatz des Pharaos. Als das ganze Silber Ägyptens und Kanaans aufgebraucht war, kamen die Ägypter zu Joseph und sagten: 'Gebt uns Brot, sonst sterben wir vor deinen Augen. Wir haben alles Silber ausgegeben'. Joseph sagte: 'Ist euer Silber aufgebraucht, so gebt mir eure Herden, und ich werde euch dafür Brot geben'. Also brachten sie Joseph ihre Herden, der ihnen für ihre Pferde sowie Schafs- und Rinderherden und ihre Maultiere Brot gab. In jenem Jahr versorgte er sie mit Brot im Austausch für ihre Herden. Das Jahr ging zuende, und im folgenden Jahr kamen sie wieder zu ihm und sagten: 'O Herr, wir können es nicht vor Euch verbergen: Unser Silber ist aufgebraucht, und unsere Rinderherden gehören Euch. Nun bleibt nichts für Euch, O Herr, übrig außer unseren Körpern und unserem Land. Warum sollten wir vor Euren Augen eingehen, wir und auch unser Land? Nehmt uns und unser Land im Austausch für Brot, und wir begeben uns mit unserem Land in die Leibeigenschaft des Pharaos. Gebet uns Kornsamensamen, um uns am Leben zu erhalten, da wir sonst sterben und unser Land eine Wüste wird'. So kaufte Joseph alles Land in Ägypten für den Pharao auf, da die Ägypter alle ihre Felder verkauften - so schwer war die Hungersnot; das Land wurde Eigentum des Pharaos. Was die Menschen betraf, so hielt der Pharao sie von einem Ende des Gebietes von Ägypten zum anderen zum Arbeiten an. Allerdings kaufte Joseph nicht das Land, das den Priestern gehörte; sie bekamen ein festes Einkommen vom Pharao, von dem sie auch lebten, sodass sie keinen Grund hatten, ihr Land zu verkaufen.

Joseph sagte den Menschen: 'Hört: heute habe ich euch und euer Land für den Pharao gekauft. Hier sind Kornsamensamen für euch. Sät das Korn aus, und gebt dem Pharao ein Fünftel der Ernte. Vier Fünftel werden euer sein damit ihr Samen für eure Felder und Essen für euch, eure Haushalte und diejenigen, die von euch abhängen, habt'. Die Menschen sagten: 'Ihr habt unser Leben gerettet. Falls es Euch, O Herr, gefällt, werden wir Sklaven des Pharaos'. Joseph machte es zum Gesetz in Ägypten, dass ein Fünftel dem Pharao gehören sollte, und dieses Gesetz ist noch immer gültig. Nur das Land der Priester gelangte nicht in die Hände des Pharaos. (Genesis 47:13-26, NEB)

'Unser täglich Brot' ist nicht bloß irgendeine Ware, die den Kräften des Marktes überlassen werden kann. Auch sollte es nicht durch eine Politik regiert werden, die sich eng auf den Schutz der Interessen von kleinen Gruppen von Akteuren beschränkt oder die Nahrungsmittel als politisches Werkzeug

benutzt. Zur Absicherung menschlicher Grundbedürfnisse sowie der Rechte aller sind ausgewogene politische Ansätze gefragt. Ein derartig ausgewogener Ansatz mit Bezug auf die Ökonomie der Lebensmittelherstellung sowie der Verteilung und Konsumierung der Lebensmittel sollte

systematisch die Muster der Verfügung über Ressourcen sowie des Zugangs zu ihnen und ihrer Verwendung ansprechen mit dem endgültigen Ziel der Beseitigung von Armut, Hunger und Ungerechtigkeit.

Die Geschichte Genesis 47 wurde vor vielen Jahrhunderten geschrieben. Dennoch kommt sie uns nur allzu vertraut vor, wenn wir uns die Lage der Welt von heute vor Augen führen. Sie erzählt von der ungeheueren Macht, die mit der Kontrolle über Lebensmittel und Landwirtschaft verbunden ist. Auch heute wird der Landbesitz immer mehr in den Händen einiger Weniger konzentriert. Viele Kleinbauern sind de facto "Leibabhängige" des agroindustriellen Komplexes, und viele Regierungen vertreten und verteidigen die Interessen mächtiger Gruppen in unserer Gesellschaft. Deshalb kann durchaus die Frage gestellt werden, wer die Pharaos, die Josephs, die Ägypter und die Priester der heutigen Welt sind.

Ohne Zweifel ist die Welt von heute sehr viel komplexer als die Situation, in der sich die Ägypter vor vielen Jahrhunderten befanden. Mehr denn je zuvor haben politische Ansätze und Ereignisse in einem Teil der Welt im wörtlichen Sinne weitreichende Auswirkungen auf Menschen in Ländern, die auf der anderen Seite des Globus liegen, gehabt. Die Liberalisierung des Agrarhandels so, wie sie im Kontext der Welt Handelsorganisation (WTO) verhandelt wird, ist ein wichtiger Faktor - wenn auch nicht der einzige -, der zu einer verstärkten Marginalisierung vieler armer Menschen in der Welt führt.

Fragen der Landwirtschaft standen hoch auf der Tagesordnung des WTO-Ministertreffens in Hongkong im Dezember 2005. Um das komplizierte globale Bild zu entwirren, bat Aprovev und das Forum Umwelt & Entwicklung den bekannten indischen Journalisten und Forscher Devinder Sharma, einen Bericht zu schreiben, der die Auswirkungen internationaler und nationa-

ler politischer Ansätze in der Landwirtschaft unter dem derzeitigen Regime darstellt. Hiervon könnten wichtige Lehren für notwendige Schritte in der Zukunft gezogen werden.

Bei der Zusammenstellung dieses Berichtes arbeitete Devinder Sharma mit einem Team vier weiterer Forscher zusammen: Herrn Dr. T.N. Prakash, Herrn Bhaskar Goswami, Herrn Raghav Narsalay und Frau Abigail Dymond. Devinder Sharma wurde nicht darum gebeten, den Standpunkt Aprovev und seiner Mitgliedsorganisationen wiederzugeben, sondern er sollte seinen Bericht aus der Perspektive von jemandem schreiben, der im Süden lebt und arbeitet. Das Ergebnis ist eine teilweise provokative Analyse, die, so hoffen wir, Diskussionen anregen wird über die ernstesten Probleme, mit denen wir konfrontiert sind.

Auf der Grundlage dieser Analyse, und auch als komplementärer Ansatz, verfasste die Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung des Forums Umwelt & Entwicklung eine Stellungnahme, in der sie ihre Ansichten über die Hauptthemen, die in den derzeitigen WTO-Verhandlungen über landwirtschaftliche Fragen diskutiert werden, darstellt. Diese Stellungnahme ist als Anhang in dieser Publikation enthalten.

Wir sind Devinder Sharma und seinem Team sehr dankbar für die Zusammenstellung dieses Berichtes und wir hoffen, dass die Ergebnisse die Leser überzeugen werden, dass mit Blick auf heutige und künftige Generationen grundlegende Veränderungen der nationalen, regionalen und internationalen Ansätze der Agrarpolitik notwendig sind.

Rudolf Buntzel, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Aprovev zu Handel, Ernährungssicherheit und Gender.

Rob van Drimmelen, Generalsekretär Aprovev

Jürgen Maier, Forum Umwelt & Entwicklung

Bonn und Brüssel, November 2005

Zusammenfassung

Angebliche Zusammenhänge zwischen der Liberalisierung des Handels und der menschlichen Entwicklung sind vielfach konstatiert worden. So trüge der Handel zum Wachstum bei, ermögliche höhere Einkommen und eröffne enorme Beschäftigungspotenziale, das wiederum die Minderung der Armut unterstützen soll. Sofern das Umfeld stimmig sei, schaffe der internationale Handel engere Bindungen der Länder untereinander und verringere so wirtschaftliche Disparitäten.

In den letzten Jahren ist dem Agrarhandel zunehmende Aufmerksamkeit geschenkt worden. Auch wird er als Vehikel eines weltweiten Wachstums und als Förderer der Gleichheit angesehen. Die Liberalisierung würde die Märkte ausweiten und Verzerrungen, die aus dem hohen Schutzniveau für den Landwirtschaftssektor resultieren, abbauen. Dadurch schaffe der globale Agrarhandel nicht nur Erleichterungen für den Wettbewerb, sondern unterstütze auch das Wachstum in einem Bereich, der direkt mit Armut und Hunger zusammenhängt. Das Hauptziel des Agrarhandels bestehe darin, so wird behauptet, ein Umfeld für die Ärmsten der Welt zu schaffen, das sie in die Lage versetzen würde, enorme Einkommensverbesserung zu erzielen und ein gelingendes Leben zu realisieren.

Laut Schätzungen der Weltbank könnte höheres Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger globaler Verringerung von Schutzmaßnahmen im Handel die Anzahl der Menschen, die in Armut leben, bis zum Jahre 2015 sogar um 13 Prozent reduzieren. Konkret bedeutet dies, dass 300 Millionen Menschen von der Armut befreit würden. William Cline (2003) schätzte aufgrund eines Computermodells, dass der freie Handel 75 Millionen Menschen in Indien aus der Armut entlassen könnte. Eine Vielzahl anderer Studien verwies auf den direkten Zusammenhang zwischen "offenen" Volkswirtschaften und schnellerem Wachstum. Jeffrey Sachs und Andrew Warner (1995) zogen den Schluss, dass sich der Wirtschaftsumfang offener Volkswirtschaften innerhalb von 16 Jahren verdoppele, während geschlossene Volkswirtschaften hierfür einhundert Jahre benötigen. Das Entwick-

lungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) stellte jedoch später fest, dass solche Studien fehlerhaft sind.¹

Bei solchen theoretischen Überlegungen und bei der Anwendung derartiger Computermodelle wird vergessen, dass es bei Entwicklung nicht um Wachstumszahlen, sondern um Menschen geht. Der Zusammenhang zwischen der Liberalisierung des Agrarhandels und der Armutsminderung muss gemessen werden anhand der konkreten Auswirkungen, die sie auf die Existenzbedingungen in der Landwirtschaft sowie auf die nationale Ernährungssouveränität hat. Rein empirische ökonomische Impulse für Wachstum sind für sich allein genommen noch kein Maß für menschliche Entwicklung. Solche Betrachtungen laufen Gefahr, den Menschen selbst aus der Diskussionen über Entwicklung zu verdrängen. Eine genauere Betrachtung der Auswirkungen des freien Agrarhandels auf menschliche Lebensbedingungen könnte diesen Trend sogar umkehren.

Armutsverringern hängt nicht einfach von Ertragssteigerung und mehr internationalem Handel in der Landwirtschaft ab. Das WTO-Abkommen zur Landwirtschaft zielte auf multilaterale Regeln ab, die den dringend benötigten Ansporn zu Wachstum und Effizienz liefern würden. Diese Regeln waren wesentlich darauf gerichtet, gleiche Ausgangsbedingungen für alle Betroffenen zu schaffen. Es stellte sich im Nachhinein heraus, dass sie den Schutz der Agrarinteressen der Industrieländer bewirken. Sie geben vor, der Armutsbeseitigung und der Hilfe für kleine und marginalisierte Bauern in den Entwicklungsländern zu dienen. Tatsächlich aber konnten die reichen und mächtigen Länder damit fortfahren, eine noch höhere Schutzmauer um ihren Landwirtschaftssektor zu erreichen.

Dieser Bericht macht den Versuch, das breite Spektrum der Fragestellungen zu umreißen, die derzeit den Kern der laufenden Verhandlungen bei der WTO über die Landwirtschaft ausmachen. Er will auch die Auswirkungen zurückverfolgen, die die handelspolitischen Regelungen auf die Agrarsysteme in den Entwicklungsländern gehabt haben. Ungeachtet der

Theorie muss die Realität bestätigen, ob die unterstellten Zusammenhänge zwischen Agrarhandel und Entwicklung wirklich bestehen. Es gibt zwar umfangreiche empirische Literatur, in der diesen Zusammenhängen nachgegangen wird; kommen wir jedoch zu den Lebensrealitäten der Betroffenen, erleben wir die Realität noch anders.

Angesichts der Vielfalt der Regionen und der sozioökonomischen Bedingungen wurde davon ausgegangen, dass die Auswirkungen der Handelsliberalisierung uneinheitlich sein würden. Dieser Bericht versucht, über die übliche Diskussion zu Handel und Entwicklung hinauszugehen. Er wirft einen Blick darauf, wie die Entwicklungsländer in einer Ära des freien Marktes zurechtkommen. Die vorhandene Literatur zur Liberalisierung des Agrarhandels sowie ihren Auswirkungen wurde gesichtet. Dabei wird sehr deutlich, dass die Auswirkungen des Agrarabkommens nicht isoliert betrachtet werden können. Für eine große Anzahl von Entwicklungsländern war für die Agrarliberalisierung nicht die WTO ausschlaggebend, sondern der Prozess der Liberalisierung, der von den in den achtziger Jahren durchgeführten Strukturanpassungsprogrammen ausging. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds waren hierfür die Auslöser.

Der Bericht kommt jetzt, zehn Jahre nach der Gründung der WTO, zu der Schlussfolgerung, dass sich die Liberalisierung des Agrarhandels katastrophal auf die bäuerlichen Gemeinschaften und landlosen Arbeiter, insbesondere Frauen, auswirkte. Im vergangenen Jahrzehnt sind ländliche Existenzen in den Entwicklungsländern im großen Ausmaß zusammengebrochen, was zu mehr Arbeitslosigkeit auf dem Lande und stärkerer Landflucht geführt hat. Auch zeigt dieser Bericht, wie Agrarexporte von Entwicklungsländern weiterhin eingeschränkt bleiben und wie Importfluten in vielen Entwicklungsländern Handelsbedingungen verändert und ländliche Gemeinwesen weiter marginalisiert haben.

Aus der ganzen Welt erreichen uns Berichte zu folgenden Trends: rasant ansteigende Importfluten, Preisdruck, Verlust von Lebensgrundlagen, Aufgabe heimischer Unternehmen, einer Verschiebung von Anbaumustern hin zu einer exportorientierten "Cash-Crop"-Landwirtschaft, Kontrolle der Landwirtschaft durch Konzerne. Die

Unterhändler bei den WTO betrachten solche Trends als kurzfristige Störungen, die der Handel langfristig angeblich ausgleicht. Jedenfalls werden deshalb die ‚Spielregeln‘ im Handel nicht extra geändert, etwa um eine Minimierung der negativen Auswirkungen zu erreichen. Wie der Bericht zeigt, steht ein Großteil der Entwicklungsländer - in Asien, Lateinamerika und Afrika - vor einer ernsten Krise ihrer Landwirtschaften. Dies ergibt sich aus den kumulativen Effekten verschiedener Politiken der Wirtschaftsliberalisierung. Eine davon ist das WTO-Agrarabkommen.

Vier Jahre nach dem Beginn der Doha-Entwicklungsrunde, die 2001 gestartet wurde, ist es den Industrieländern noch immer nicht gelungen, ihr Versprechen zu erfüllen, dass der internationale Handel Entwicklung begünstige. Keine hinreichend gewichtige Regel ist seitdem in die Verpflichtungen der WTO aufgenommen worden, die es geschafft hätte, eine positive Wende herbeizuführen. Das Rahmenabkommen von Juli 2004 mag zwar als "historisch" bezeichnet werden; doch zeigt unsere Analyse, dass es die vorhandenen Handelshemmnisse sogar noch stärkt. Zudem bietet es den Industrieländern noch weitere Puffer, um die Subventionen in der Landwirtschaft weiter zu steigern. Wie überhaupt in Bezug auf das ganze WTO-Paket, so wird auch für das WTO-Agrar-Rahmenabkommen vom Juli 2004 viel zu kräftig die Werbetrommel gerührt.

Unabhängig davon ob wir den Bericht nun als "journalistisch" oder gar "emotional" bezeichnen, hat er doch eine ganze Reihe von Studien und Literatur aus den verschiedensten Kontinenten gesichtet. Neben dem regionalen Überblick legt der Bericht auch einige nationale Fallstudien vor. Dadurch wird sowohl statisch als auch dynamisch der negative Effekt der Liberalisierungspolitiken offenbar.

Wir hoffen, dass der Bericht den Politikern, Aktivisten, Betroffenen, Forschern und Akademikern, Organisationen der Zivilgesellschaft und den politischen Herrschenden die Augen öffnen wird. Wir sind zuversichtlich, dass - zusammen mit einer kleinen Anzahl von Vorschlägen zum Abschluss, wie sich Handel fair und gerecht gestalten lässt - der Bericht dazu beitragen wird, den Schwerpunkt des internationalen Agrarhandels wieder dorthin zu verlagern, wo er von Rechts wegen hingehört: den Kleinbauern wieder Grund zur Hoffnung zu geben.

Liberalisierung des Agrarhandels: Erfahrungen mit den ersten 10 Jahren der WTO

“Würden jene hohen Zölle auf einen Schlag entfernt, so könnten billigere ausländische Waren derselben Sorte derart schnell in den einheimischen Markt strömen, dass viele Tausende unserer Menschen sofort ihrer üblichen Beschäftigung und Subsistenzgrundlage beraubt wären. Das Durcheinander, das solch ein Vorkommnis (darstellen) könnte, (wird) zweifelsohne sehr erheblich sein.”
Adam Smith in *Wealth of Nations*²

Hintergrund

Vor über 200 Jahren malte der Hauptarchitekt des Freihandels-Paradigmas, der Ökonom Adam Smith, die verheerenden Folgen eines unausgeglichene Handelsregimes aus. Seine Warnungen blieben unbeachtet. Hätte man seine Lehre ernst genommen, hätten diejenigen, die heute unter Hunger leiden und in erbärmlicher Armut leben, vom raschen Wirtschaftswachstum viel eher profitieren können.

Es herrscht weitgehende Einigkeit darüber, dass Handelsliberalisierung einen signifikanten Beitrag zum globalen Wirtschaftswachstum leisten und auf diese Weise die Armut reduzieren kann. Allerdings ist das Ausmaß ihrer Auswirkung auf die Armen nicht hinreichend untersucht worden. Vor zehn Jahren wurde die Welthandelsorganisation (WTO) gegründet, und vor rund 20 Jahren gingen die Verfechter einer radikalen Wirtschaftsliberalisierung zur erzwungenen Öffnung der Märkte und Abbau der staatlichen Interventionen in den Entwicklungsländern über. Dabei gingen sie davon aus, dass Volkswirtschaften wachsen müssten,

wenn arme Menschen zu Nutznießern der Globalisierung werden sollten. Heute ahnen wir: Der Prozess der Wirtschaftsliberalisierung könnte viele arme Gemeinschaften um eine Generation zurückgeworfen haben.³

In den neunziger Jahre hat eine große Anzahl von (oftmals wiederholten) Bekundungen der internationalen Völkergemeinschaft mehr Hilfe für die arme Landbevölkerung versprochen: z.B. die UN-Resolution zum Recht auf Entwicklung, der “Menschenrechtspakt zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten”, der Welternährungsgipfel, Weltsozialgipfel und die Millenniumserklärung der UN-Vollversammlung. Globalisierung wurde zum Schlüsselbegriff. War 1960 das reichste Fünftel der Weltbevölkerung 30-mal wohlhabender als das ärmste Fünftel, stieg diese Zahl auf 74 bis 1997 an. Während die Globalisierung fortschreitet, häufen die 500 reichsten Personen der Welt enorme Reichtümer an. Ihr Gesamteinkommen ist größer als das, was den 416 Millionen Ärmsten zur Verfügung steht.

Jenseits dieser Extreme verfügen 40 Prozent der Ärmsten der Welt über ganze

5 Prozent des globalen Einkommens; sie machen rund 2,5 Milliarden Menschen aus, die mit weniger als \$ 2 pro Tag auskommen müssen. Die reichsten 10 Prozent, von denen fast alle in Ländern mit hohem Einkommen leben, verfügen über 54 Prozent.⁴ Im Großen und Ganzen sind die Armen von den Vorteilen der wirtschaftlicher Entwicklung ausgeschlossen geblieben.

Kein Wunder, wenn das derzeit vorherrschende Paradigma der Marktwirtschaft das Elend der ländlichen Armen ignoriert. Diesem Paradigma haben sich z.B. beherzt die Stabilisierungsprogramme der Bretton-Woods-Organisationen verschrieben (Weltbank, Internationaler Währungsfonds), jetzt flankiert durch die Verträge der WTO. Mark Malloch Brown, ehemaliger Generalsekretär des UN-Entwicklungsprogramms, verwarf diese wirtschaftlichen Rezepte, die zur Verringerung globaler wirtschaftlicher Ungleichheit verteilt wurden. Bei der Veröffentlichung des *Berichts über die Menschliche Entwicklung 2003* konstatierte er: "Im sogenannten großartigen Jahrzehnt fiel ein sehr beachtlicher harter Kern von Ländern mit mehr armen Menschen noch weiter zurück". Bei der Erläuterung dieses sozio-ökonomischen Debakels sagte er, dass 54 Länder, von denen fast die Hälfte afrikanische Länder sind, ärmer seien als in den neunziger Jahren. Er prognostizierte, dass einige von ihnen auch in 50 Jahren die Entwicklungsziele nicht erreichen würden.

Wirtschaftliche Liberalisierung und freier Handel, wie sie von der WTO verfolgt werden, haben die Kluft noch mehr erweitert. Nirgendwo sonst war mit stärkeren Auswirkungen zu rechnen als in der Landwirtschaft - der ersten Verteidigungslinie gegen die Armut. Die Landwirtschaft spielt eine zentrale Rolle in der Beseitigung von Armut und bei der Abschaffung des Hungers. Außerdem bildet sie die Grundlage der nachhaltigen Entwicklung. Damit steuert ländliche Entwicklung auch wesentlich zur Sicherung des Weltfriedens und der politischen Stabilität bei.

Die Aufhebung von Schutzbestimmungen in der Landwirtschaft

In den Volkswirtschaften der Länder mit niedrigem Einkommen spielt die Landwirtschaft eine zentrale Rolle. Sie schafft mehr als 70 Prozent der Arbeitsplätze - zum Vergleich sind dies 30 Prozent in Ländern mit mittlerem und ganze 4 Prozent in den Ländern mit hohem Einkommen.⁵ Mehr als 3,1 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern sind direkt oder indirekt von der Landwirtschaft als Existenzgrundlage abhängig. Für die Mehrheit von ihnen bedeutet die Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte oder die Weiterverarbeitung und der Handel mit Agrarprodukten die einzige Einkommensquelle.

Lange bevor die WTO entstand, hatten eine ganze Reihe von Entwicklungsländer-Regierungen starke Strukturveränderungen bei ihrer Agrarpolitik durchgeführt. Diese Prozesse waren gestützt auf den Rat der Weltbank/IWF. Unter dem Deckmantel der Verringerung des Staatsdefizits sowie einer besseren Lenkung der Staatsausgaben reduzierten die Regierungen den Umfang und die Qualität von Ressourcenflüssen. Das schloss die Subventionen, die für kleine und marginalisierte Bauern vorgesehen waren, mit ein. In den zehn Jahren von 1986 bis 1996 waren die Haushaltszuwendungen für die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern um rund 50 Prozent gefallen.

Um Haushaltsdefizite zu überbrücken, fingen die Regierungen an, in rücksichtsloser Weise und oftmals bar jeglicher wirtschaftlicher Logik die öffentliche Versorgung in den Bereichen Wasser, Strom und Kredite für die Landwirtschaft zu privatisieren. Das führte zu einem Anstieg der Kosten für Betriebsmittel für kleine landwirtschaftliche Betriebe. Gleichzeitig wurden die Staatszuschüsse für Konzerne zur Entwicklung von Technologien, die die landwirtschaftliche Produktivität steigern sollen, erhöht. Beide Trends, Rückzug des Staates und die wachsende Abhängigkeit

von Konzernen, veränderte die politische Ökonomie der Landwirtschaft weltweit.

Die großen Konzerne wurden zu natürlichen Verbündeten in diesem Verschlangungsprozess. Die Regierungen wurden durch das Versprechen höherer Steuereinnahmen gelockt. Die Privatunternehmen verschlangen zur Verwendung der neuesten Technologien - gentechnisch veränderte Kulturpflanzen eingeschlossen - die eigentlich für die Bauern vorgesehenen Ressourcen und Subventionen. Sie konnten selbst in Ländern mit vielfältig strukturierter Landwirtschaft ihre Kontrolle über Kulturpflanzen wie Getreide, Sojabohnen, Mais, Reis, Kaffee usw. konsolidieren. Supermarktketten folgten dem Trend und dominierten zusehends die Lebensmittelmärkte in den Entwicklungsländern.

Zurecht stellt die Welternährungsorganisation der UN (FAO) fest: "Over recent decades, a handful of vertically integrated, transnational corporations have gained increasing control over the global trade, processing and sale of food. The 30 largest supermarket chains now account for about one third of food sales worldwide. In South America and East Asia, the supermarket share of retail food sales has ballooned from less than 20 per cent to more than 50 per cent over the past decade. And the biggest chains, most of them owned by multinational giants, now control 65 to 95 per cent of supermarket sales in Latin America." (Ref: FAO 2004, *State of Food Insecurity 2004*)

Entscheidungen zur Ernährungspolitik sind stark politisch gefärbt. Im Zeitalter der Globalisierung wird Agrar- und Ernährungspolitik zunehmend zu Handelspolitik, statt nationaler Strukturpolitik. Der Beitrag von internationalem Handel und ausländischen Direktinvestitionen wächst beständig. Sie bestimmen die Art des Betriebsmitteleinsatzes, die Struktur der Lebensmittelmärkte. Die Globalisierung der Ernährungswirtschaft hat sich auf alle Aspekte der Ernährungssicherheit ausgewirkt. Noch wichtiger: Einzelhändler

wurden in großer Zahl an die Handelsketten für Lebensmittel gebunden.

Zwar gestehen viele Ökonomen inzwischen ein, dass die Beziehung zwischen der Liberalisierung der Wirtschaft und Wachstum bestenfalls ungewiss ist⁶; jedoch hat die Fachwelt keine brauchbaren Lehren aus der auf den Ebenen der Wirtschaft und der politischen Planung nach wie vor bestehenden unethischen Dichotomie gezogen. Die wachsende Kontrolle der Konzerne über Lebensmittel und Landwirtschaft bedeutet, dass die Zugewinne zwischen den Händlern, Verarbeitern, Großhändlern und Einzelhändlern aufgeteilt werden. Der Prozess beschränkt sich nicht nur auf die Entwicklungsländer. Doch hier neigen die Politiker blind dazu, das Farmmodell der industrialisierten Länder nachzuahmen. Was bedeutet dies im Klartext? Z.B. erhielt in den USA noch 1990 ein Farmer etwa 70 Prozent von jedem Dollar, der für Lebensmittel ausgegeben wurde; heute sind dies nicht mehr als 3 bis 4 Prozent.

Das WTO-Agrarabkommen kam zu einem Zeitpunkt, als das Augenmerk darauf gerichtet war, die noch bestehenden Verzerrungen im internationalen Agrarhandel zu beseitigen. Das sollte dem internationalen Agrarhandel neue Impulse geben. Die Agrarhandelsregeln sollten an diejenigen, die für den allgemeinen Handel gelten, angepasst werden. Erstmals in der Uruguay-Runde (1986-1994) wurde Landwirtschaft in die multinationalen Verhandlungen über den Handel einbezogen. Seitdem sind Agrarhandelsfragen die umstrittensten und am schärfsten debattierten Fragen der internationalen Handelspolitik.

Es ist allgemein bekannt, dass das WTO-Agrarabkommen sich auf drei Säulen stützt: interne Stützung, Exportwettbewerb und Marktzugang. Es sah für Industrie- und Entwicklungsländer unterschiedliche Zollsenkungssätze, Obergrenzen für interne Stützungsmaßnahmen und Exportsubventionen vor. Die Industrielän-

der sollten ihre Zölle um durchschnittlich 36 Prozent, mindestens aber um 15 Prozent, innerhalb von sechs Jahren reduzieren. Für die Entwicklungsländer war die angestrebte Zollreduktion mit 20 Prozent über einen Zeitraum von zehn Jahren niedriger angesetzt. Subventionen wurden nach dem Grad der Handelsverzerrung klassifiziert und in die "Gelbe Box", "Blaue Box" und "Grüne Box" eingeordnet.

Verschiedenste Kritiker hatten davor gewarnt, dass die Umsetzung des Abkommens eine Spur der Verwüstung auf dem Lande nach sich ziehen und Hunger und Armut verschlimmern würde. Die Freihandelsadvokaten wischten diese Argumente beiseite. Ihnen zu Folge würden alle ihre Wohlfahrt verbessern können. Schließlich schaffe der Handel enge Verbindungen zwischen den Ländern der Welt und könnte eine potenziell starke Kraft bei der Armutsverringerung entwickeln. Nichtsdestotrotz sei ein kurzfristiger Anstieg der Armut ein Preis, den die Entwicklungsländer für langfristiges Wirtschaftswachstum und Entwicklung werden zahlen müssen.

Die Politik des Agrarhandels

Kein Jahr war vergangen, nachdem die "Doha-Runde" im November 2001 eingeleitet wurde, in der sich die entwickelten Länder zu einer 'Entwicklungsrunde' multilateraler Verhandlungen über den Handel verpflichteten, dass die beiden größten Agrarexporteure - die Vereinigten Staaten und die Europäische Union - damit fortführen, während sie den freien Handel predigten gleichzeitig die Mauern ihres Agrarprotektionismus zu erhöhen. Die wahre Absicht, die sich hinter der aggressiven Liberalisierungshaltung verbirgt, wird anhand der folgenden Ausführungen offensichtlich:

So ging zum Beispiel die USA - in einem Kopf-an-Kopf-Rennen mit der Europäischen Union um die Beibehaltung der Vorherrschaft im internationalen Agrarhandel - zu einer neuen Offensive über. Erst stellten

sie sicher, dass die Entwicklungsländer ihre WTO-Verpflichtungen des allmählichen Abbaus bzw. der Aufhebung quantitativer Beschränkungen einhalten. Dann bereiteten sie den endgültigen Anschlag vor. Das Ziel war die Durchdringung der Agrarmärkte der Entwicklungsländer mit amerikanischen Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln. Das neue politische Vorgehen zielte auf die 600 Millionen "neuen Konsumenten" in Asien und Südostasien sowie auf weitere 400 Millionen in Latein- und Mittelamerika ab.⁷

Durch die Liberalisierung des Handels und Veränderungen der globalen Marktstrukturen steigerten die USA in den letzten 15 Jahre ihre Agrarexporte zwar auf geschätzte \$53,5 Milliarden im Jahr 2002, ihr Marktanteil fiel jedoch gleichzeitig von 24 Prozent des globalen Agrarhandels 1981 auf 18 Prozent 2001. Dagegen hatte im gleichen Zeitraum die EU ihren Marktanteil von 13,5 Prozent auf 17 Prozent steigern können. 1980-81 war die EU der größte Agrarimporteur der Welt und verbuchte 32 Prozent aller Weltimporte. 2000/01 war ihr Importanteil auf 23 Prozent gefallen, während ihr Exportanteil auf 16 Prozent angestiegen war.⁸ Im Zeitraum 1995 bis 2005 stiegen die Agrarexporte der EU um den phänomenalen Prozentsatz von 26%.⁹

Die Absichten der USA waren eindeutig. "Es klingt vielleicht nicht nach viel, wenn sechs Prozentpunkte im Zeitraum von 20 Jahren verloren werden. Allerdings bedeutet jeder verlorene Prozentpunkt am Marktanteil einen Verlust an Exportverkäufen in Höhe von \$3 Milliarden und eine Verminderung des Agrareinkommens in Höhe von \$750 Millionen. Die gute Nachricht wäre jedoch gleichzeitig, dass jeder Prozentpunkt, den wir wieder hereinholen können, jährlich \$3 Milliarden Exporteinnahmen sowie \$750 Millionen Einkommen für unsere Landwirtschaft bedeuten wird", teilte Mattie Sharpless, der damalig amtierende Administrator des "Foreign Agriculture Service" des US-Landwirtschaftsministeriums, dem Landwirtschaftsausschuss des Senats 2002 mit.

Die Konzentration der Konzerne auf nationalen und globalen Agrarmärkten

Saatgut und Agrarchemikalien

- Sechs multinationale Konzerne – BASF, Bayer, Dow, DuPont, Monsanto und Syngenta – beherrschen jetzt 75-80% des globalen Pestizidmarktes. Im Jahr 1994 waren es noch 12 Konzerne.
- Zusammen beherrschen DuPont u. Monsanto die Weltmärkte für Saatgut für Mais (65%) u. Soja (44%)
- Monsanto beherrschte 91% des globalen Marktes für genmanipuliertes (GM) Saatgut im Jahr 2001 und übernahm mehr als 60% des brasilianischen Saatgutmarktes für Nicht-GM-Mais im Zeitraum von zwei Jahren (1997-1999).
- Bayer beherrscht 22% des indischen Pestizidmarktes.

Handel mit Massengütern

- Zwei US-amerikanische multinationale Konzerne - Chiquita und Dole Foods - beherrschen fast 50% des Weltbananenhandels.
- Die kakaoverarbeitende Industrie der Elfenbeinküste ist in den Händen von Archer Daniels Midland (ADM), Barry Callebaut und Cargill. In diesem Land werden 95% der Weiterverarbeitungskapazitäten von multinationalen Konzernen beherrscht.
- Fyffes, der wichtigste Großhändler von frischen Lebensmitteln in Europa, ist der einzige Exporteur von Bananen aus Belize & Surinam.
- Drei Firmen – ADM, Cargill und Zen Noh – vermarkten mehr als 80% der US-amerikanischen Maisexporte.

Lebensmittelherstellung und -verarbeitung

- Die 10 größten lebensmittelverarbeitenden Firmen machen 37% der Verkäufe der 100 größten Firmen in der Branche aus.
- 3 Firmen beherrschen 85% des Weltmarktes für Tee und Unilever ist der weltgrößte Teelieferant.
- Nestlé hat den Markt für H-Milch in Pakistan praktisch monopolisiert und beherrscht rund 80% von Perus Milchproduktion.
- 4 Firmen, darunter Cargill und Tyson, beherrschen 81% der US-amerikanischen Rindfleischverarbeitung.
- Die 6 größten Schokoladenverarbeitungsfirmen beherrschen 50% des Weltmarktes.
- Drei globale Unternehmen beherrschen 80% des Marktes für Sojabohnenschrot in Europa und mehr als 70% in den USA.
- 3 oder 4 Firmen verfügen über 60% der Anlagen zur Endverarbeitung von Getreide, 61% der Anlagen zur Mehlproduktion, 81% des Maisexportes sowie 49% der Ethanolherstellung in den USA.

Der Lebensmitteleinzelhandel

- Die 30 größten Einzelhandelskonzerne für Lebensmittel tätigen etwa ein Drittel aller Lebensmittelverkäufe weltweit, wobei die 10 größten Konzerne Gesamtverkäufe von US\$ 649 Milliarden im Jahre 2002 verbuchten.
- Wal-Mart beherrscht 40% von Mexikos Einzelhandelssektor.
- 36% aller Lebensmittelverkäufe in Thailand verlaufen jetzt über multinationale Einzelhandelskonzerne, wobei Tesco im Jahr 2003 48 Verkaufsstellen hatte und Verkäufe im Wert von etwa US\$ 1,2 verbuchen konnte.
- Asda-Walmart, Safeway, Sainsbury und Tesco tätigen 75% aller Lebensmittelverkäufe in Großbritannien.

Quelle: Action Aid (2005) Power Hungry: six reasons to regulate global food corporations. Action Aid International, Johannesburg. Januar 2005. S. 13; * FAO (2004)

Die Industrieländer waren eigentlich nicht gewillt, irgendwelche bedeutsamen Reformen einzuleiten, um die handelsverzerrende Wirkung ihrer Subventionen wirklich zu vermindern. Die Reformschritte der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU, die 2003 initiiert wurden und deren Umsetzung 2005 begann, haben die Gesamthöhe der Subventionen für Europas Agrarproduzenten nicht geändert. Die Höhe an Subventionsgeldern, die ein Landwirt im Bezugszeitraum 2000/2002 erhielt, wird Anspruchsbasis für die ihm persönlich zustehenden Subventionen bis 2013; das war die ganze Änderung.

Falls die WTO überhaupt Kontrolle über diese Subventionen ausüben kann, dürfte diese minimal sein. Die Entkopplung der Subventionen von der Produktion und die Zahlung einer einheitlichen Betriebsprämie bedeuten für die EU nur, dass die Subventionen von der "Blauen Box" zur "Grünen Box" verschoben sind. Um sicherzustellen, dass die EU nicht wirklich irgendwelche Verpflichtungen zu drastischen Kürzungen eingehen muss, wird im Rahmenabkommen vom Juli

2004 ausdrücklich erklärt: "In den Fällen, in denen ein Mitglied einen außergewöhnlich hohen Prozentsatz seiner handelsverzerrenden Unterstützung in der Blauen Box abgestellt hat, wird auf einer Grundlage, die noch auszuhandeln ist, ein gewisses Maß an Flexibilität gewährleistet. Es soll sichergestellt werden, dass ein solches Mitglied nicht aufgefordert wird, eine gänzlich unverhältnismäßige Kürzung vorzunehmen".

Als wäre dies nicht genug, wurde der EU eine weitere Aussetzung von Vertragspflichten zugesprochen. Bei der Ausformulierung der Kriterien für Direktzahlungen an Landwirte besagt Artikel 14 des WTO-Rahmenübereinkommens vom Juli (Anhang A: *'Framework for Establishing Modalities in Agriculture'*): "Jegliche neuen Kriterien, die noch zu verhandeln sind, sollen keine verkehrten ('perverse') Auswirkungen im Sinne einer Umkehrung von laufenden Reformen" haben müssen.¹⁰

Bevor wir versuchen, die Auswirkungen der GAP-Reform auf die Landwirtschaft der Entwicklungsländer zu verstehen, ist es wichtig, ihre Bedeutung für kleineren

Auszüge zum Thema EU-Agrarsubventionen an die dänische Landwirtschaft (Juni 2004)¹

[...] Zu den größten Nutznießern 2003 zählten: Arla Foods (DKK 1,3 Milliarden)²; die dänische Krone (DKK 119,6 Millionen); und das "Danish Institute of Agricultural Sciences" (DKK 111,1 Millionen). 2003 erhielt das "Danish Agricultural Centre for Advisory Services" DKK 29,9 Millionen - und seine Vorstandsmitglieder (unter ihnen Peter Gæmelke, Henrik Høegh und Vorstandsvorsitzender Gert Karkov) erhielten im selben Jahr zusammen Subventionen in Höhe von DKK 8,9 Millionen.

Politiker zählen auch zu den Nutznießern. Vier von 18 Ministern (oder ihre Ehegatten) erhielten jährliche Zahlungen von der EU: Mariann Fischer Boel, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Fischerei (DKK 389.702); Ulla Tørnæs, Bildungsministerin (DKK 487.490); Thor Petersen, Finanzminister (DKK 139.799); und Bent Bendtsen, Wirtschafts- und Handelsminister (DKK 1.841) [...]

Eine Reihe der derzeitigen Mitglieder des Dänischen Parlamentes erhielten im Jahre 2003 Agrarsubventionen - insbesondere die Mitglieder, die die Dänische Liberaldemokratische Partei (Venstre) vertraten, wie zum Beispiel: Jens Vibjerg (DKK 74.396) und Jens Kirk (DKK 241.871). Niels Busk Simonsen, ein altgedientes liberaldemokratisches Mitglied des EU-Parlamentes, erhielt 2003 eine großzügige Zuzahlung zu seinem EU-Salär als Subvention von DKK 295.837 [...]

Produzenten von Kartoffelstärke werden besonders bevorzugt: 4 Fabriken erhielten 2003 insgesamt DKK 184 Millionen, die an die Produzenten verteilt wurden; in ähnlicher Weise stellt die private Lagerung von Schweinefleisch eine bevorzugte Branche dar, denn 5 Schweinespeckfabriken teilten sich DKK 114 Millionen. Die wichtigsten Subventionsprogramme, von denen Arla profitiert, sind Exportsubventionen sowie Subventionen für Produkte in der Produktion, die sich jeweils auf DKK 1,0 Milliarden und DKK 286 Millionen belaufen.³

¹ Siehe <http://www.dicar.dk/research/databank/EUsupport.htm> - ² 1 dänische Krone = 0,13435 Euro am 31. Dezember 2003; d.h., dass "Arla Foods" 2003 174.658.761 Euro erhielt. - ³ Eine hervorragende Studie über EU-Subventionen für die Landwirtschaft enthält Marita Wiggerthale's Aufsatz: "What's wrong with EU agricultural subsidies?". Siehe www.fairer-agrarhandel.de.

Landwirte in Europa zu betrachten. Im Jahr 1999 machten Direktzahlungen an Landwirte 56 Prozent aller EU-Agrarausgaben aus. Genau wie anderswo beziehen landwirtschaftliche Grossbetriebe weiterhin den Löwenanteil der Direktzahlungen. Ganze 2,2 Prozent der 4,5 Millionen landwirtschaftlichen Betriebe Europas erhalten 40 Prozent der Gesamtzahlungen. Diese kleine, aber einflussreiche Gruppe von Landwirten erhält jedes Jahr mehr als 50.000 Euro pro Betrieb. Fast 80 Prozent der Subventionen werden an nur 20 Prozent der Landwirte gezahlt. Die restliche Unterstützung geht an größere landwirtschaftliche Betriebe, insbesondere an die reicheren.¹¹

Als Folge hiervon verlieren kleinere Landwirte in Europa ihre Wettbewerbsfähigkeit und scheiden aus der Landwirtschaft aus. So gaben im Vereinigten Königreich beispielsweise 17.000 Landwirte und Landarbeiter 2003 die Landwirtschaft auf. Derzeit verliert die EU einen landwirtschaftlichen Betrieb pro Minute.¹²

Dem reichsten Mann des Vereinigten Königreiches, dem Herzog von Westminster, gehören rund 55.000 Hektar an landwirtschaftlicher Nutzfläche. Er erhält Subventionen in Höhe von durchschnittlich £300.000 als Direktzahlung und zusätzlich £350.000 pro Jahr für die 1200 Milchkühe, die ihm gehören.¹³

In Großbritannien gehört die Königliche Familie zu den größten Nutznießern. Königin Elisabeth die Zweite erhielt 2003-04 mehr als £769.000 an landwirtschaftlichen Subventionen. Prinz Charles z.B. kommt in den Genuss von rund £300.000 an Zahlungen für die Landwirtschaft für seine persönlichen Güter im Herzogtum Cornwall sowie für die Heimatfarm des Herzogtums.¹⁴ In Dänemark gibt es 109 Empfänger, denen jährlich mehr als 134.353 Euro zugutekommen. Die Königliche Familie Dänemarks gehört zu den größten Empfänger. 2003 erhielt z.B. Prince Joakim Subventionen in Höhe von DKK 1,4 Millionen für die laufenden Kosten seines Schackenborg-Gutes in Süd-Jütland.¹⁵

Es wundert nicht, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission, die jährlichen Direktzahlungen an einzelne Landwirtschaftsbetriebe bei 300.000 Euro zu deckeln, auf derart harten Widerstand stieß, dass er zurückgezogen werden musste. In vielen OECD-Ländern mit hohem Pro-Kopf-Einkommen ist wegen dieser Agrarsubventionen das durchschnittliche Einkommen der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen höher als das eines Durchschnittsbürgers. In den Niederlanden beträgt das durchschnittliche Einkommen einer Familie in der Landwirtschaft fast 275 Prozent des durchschnittlichen Haushaltseinkommens in der Gesamtgesellschaft, während es 175 Prozent in Dänemark, 160 Prozent in Frankreich und 110 Prozent in den Vereinigten Staaten und Japan beträgt.¹⁶

Im Jahr 2005 gaben die USA mehr als \$50 Milliarden an "Grüne Box"-Zahlungen aus. Zu den Empfängern zählen Ted Turner und David Rockefeller. 2001 erhielten die 20.000 Baumwollpflanzer der USA etwa \$3,9 Milliarden Subventionszahlungen. Der Wert der Baumwollernte auf dem Weltmarkt betrug nur US \$3 Milliarden. Ein Baumwollpflanzer aus Arkansas erhielt z.B. US \$6 Millionen, was dem jährlichen Einkommen von 25.000 Baumwollpflanzern in Mali entspräche. 2005 dürften die Subventionen für die Baumwolle in den USA auf \$4,7 Milliarden ansteigen. Dies ist mehr als das Bruttoinlandsprodukt mehrerer afrikanischer Länder und dreimal soviel wie die Entwicklungshilfe, die die USA für eine halbe Milliarde Afrikaner ausgibt, die in Armut leben.

Von 2000 bis 2003 kostete es durchschnittlich \$415 eine Tonne weißen Reis in den USA anzubauen und zu verarbeiten. Allerdings wurde dieser Reis für nur \$274 pro Tonne exportiert, hauptsächlich in Entwicklungsländer. Die Dumpingpreise liegen rd. 34 % unter den Selbstkosten.¹⁷

Fehlerhafte Rahmenbedingungen

Nach dem Scheitern des Treffens in Cancún im September 2003 traten die Verhandlungen über ein neues Abkommen über die Landwirtschaft in eine kritische Phase. Es wurde deutlich, dass ein Scheitern weiterer WTO-Ministerratstreffen dem internationalen Handelsabkommen den Todesstoß versetzen würde. Deshalb verlegte man sich darauf, die Entscheidungsebene auf den Allgemeinen Rat der WTO zu verlagern. Ergebnis ist das in Genf hastig unterzeichnete Rahmenabkommen vom Juli 2004. Es hat zwar nicht sonderlich rechtliches Gewicht, genießt aber eine breite politische Unterstützung, was in dieser Phase der Verhandlungen noch wichtiger ist.

Das Rahmenabkommen enthält leere Versprechungen zur Reduzierung umstrittener Agrarsubventionen. Tatsächlich bietet es das Zugeständnis zur Erhöhung von Agrarsubventionen für die Industrieländer und ersucht gleichzeitig offeneren Zugang zu den Märkten der Entwicklungsländer.

Der Teufel steckt im Detail. In Paragraph 7 des Rahmenübereinkommens für die Landwirtschaft (endgültiger Entwurf vom 31. Juli) steht: "Als erste Rate der Gesamtkürzungen wird die Summe aller handelsverzerrenden Unterstützungen im ersten Jahr der Umsetzungsperiode 80 Prozent der Gesamtsumme der gebundenen AMS, plus der erlaubten *de minimis* Subventionen und plus der Blauen Box gemäß dem in §15 vorgeschriebenen Niveau nicht überschreiten". Was bedeutet dieser Satz? Er sagt, dass alle politischen Anstrengungen der Entwicklungsländer, die handelsverzerrenden "Blaue Box-Maßnahmen" zu beseitigen, gescheitert sind. Man hat sich diesem Ziel sogar entfernt. Der Satz ermöglicht es den Industrieländern, einen großen Teil ihrer Agrarsubventionen von der "Gelben Box" in die "Blaue Box" zu verlagern. Den Vorteil, den die Entwicklungsländer mit der Beendigung der Friedensklausel am 31. Dezember

2003 erlangt hatten (gemäß derer die Entwicklungsländer Agrarsubventionen in den reichen Ländern nicht hatten anfechten können), ist annulliert worden. Nun werden die Entwicklungsländer mit einer mindestens genauso abträglichen neuen "Blauen Box" konfrontiert, gegen deren schädigende Wirkung sie nicht angehen können.

Tatsächlich liefert das Rahmenabkommen den USA und der EU ein Polster, das es ihnen erlaubt, vorhandene Agrarsubventionen über das derzeitige Maß hinaus anzuheben. Bei genauer Durchsicht des Entwurfs stellt sich heraus, dass die erste Rate einer Kürzung von Subventionen um 20 Prozent nicht von der derzeitigen wirklichen Höhe der Subventionen ausgeht, sondern von einem theoretischen, sehr viel höheren Betrag. Das wurde jetzt autorisiert. Im Falle der EU dürfte sich die Ausgangsbasis auf 101,6 Milliarden Euro erlaubte Subventionen belaufen. Nach der ersten Kürzung würden die erlaubten Subventionen bei 81,3 Milliarden Euro liegen.¹⁸ In ähnlicher Weise erlaubt das Rahmenabkommen den USA Subventionen von derzeit US \$ 19,1 Milliarden auf US \$ 48,8 Milliarden zu erhöhen. Selbst nach den 20 Prozent Kürzungen des ersten Jahres der Umsetzung lägen diese handelsverzerrenden Subventionen immer noch 100 Prozent höher als bisher erlaubt - und zwar bei US \$39,1 Milliarden.

Andererseits wollen die USA die US \$ 180 Milliarden in die Blaue Box verlagern, die sie ihren Landwirten gemäß der berüchtigten "Farm Bill" 2002 über zehn Jahre zukommen lassen wollen (70 Prozent dieser Summe sollten über die ersten drei Jahre ausgegeben werden). Seit Beginn der Doha-Runde haben die USA die Unterstützung für die Landwirtschaft um US \$ 7 Milliarden pro Jahr angehoben.¹⁹

Das Rahmenabkommen erlaubt auch mehr Schutzmaßnahmen für die Industrieländer. Es ist sogar so, dass sie die eigentlichen Nutznießer der "Sonder- und

Vorzugsbehandlung“ sind und nicht die Entwicklungsländer. Sie können z.B. die „spezielle Schutzklausel“ für sich in Anspruch nehmen. Obendrein sorgen die Bestimmungen zur Auszeichnung einiger Produkte als „sensitive Produkte“ dafür, dass Schlüsselprodukte aus Reduktionsverpflichtungen ausgenommen werden können. Die Absicherung der Binnenmärkte ist für die Industrieländer massiver geworden. Würden die Schutzwirkungen von heimischer Unterstützung gemessen, so stiege der Zollschutz in der EU und den USA insgesamt kräftig an.²⁰ Sie können die für ihre Landwirtschaft durch die Liberalisierung verursachten Preissenkungseffekte mittels direkter Zahlungen kompensieren und alle "nicht-handelsbezogenen Anliegen" in bar bezahlen. Die Entwicklungsländer stehen bloß da.

Mit zweierlei Maß

Das hohe Niveau der Unterstützung für die Landwirtschaft in den Industrieländern, das über US \$ 350 Milliarden pro Jahr liegt²¹, regt die Überproduktion an und drückt die Weltmarktpreise, wodurch Produzenten in den Entwicklungsländern vom Markt gedrängt werden. Zugleich haben die Exportsubventionen weitreichende Handelsverzerrungen zur Folge. Werden die technischen Handelsbarrieren für Agrarimporte, die wie selbstverständlich von Europa, Japan und den Vereinigten Staaten den Exporteuren auferlegt werden, hinzugenommen, so verwandelt sich der internationale Agrarhandel in eine Einbahnstraße - die Warenströme fließen nur von den Industrieländern in die Entwicklungsländer.

Während die Entwicklungsländer ihre Märkte geöffnet, quantitative Beschränkungen entfernt und ihre Kleinproduzenten dem Wettbewerb mit den subventionierten Exporten aus den industrialisierten Ländern ausgesetzt haben, haben die reichen und entwickelten Länder eine weitere Stärkung des Protektionismus vorgenommen. Damit haben sie das Vertrauen in das Argument des freien Handels selbst

gebrochen. Der Umfang der zur Verfügung gestellten Subventionen ermöglicht es den Industrieländern, ihre Produkte zu Preisen zu verkaufen, die niedriger liegen als die Produktionskosten. Als Folge werden die Weltmarktpreise für die meisten Grundnahrungsmittel gedrückt. Das wiederum verdrängt die Landwirte in den Entwicklungsländern aus den Märkten.

Was die Industrieländer predigen steht im Gegensatz zu dem, was sie praktizieren. Hier sind einige der erstaunlichen Methoden, derer sie sich bedienen, um ihre Landwirtschaft zu schützen.

Vor allem die USA haben strenge und ausgeklügelte Anti-Dumping-Gesetze, um ihre eigenen Märkte zu schützen und sie haben keine Bedenken, ihre Anti-Dumping-Maßnahmen auch voll gegen andere Länder einzusetzen. Das US-amerikanische Gesetz "Abschnitt 301 des Handelsgesetzes von 1974" definiert rein unilateral, was die USA als unfaire Handelspraktiken betrachten. Dieses Gesetz gibt dem US-amerikanischen Handelsbeauftragten weitreichende Befugnisse bei der Bestimmung dessen, was Dumping ist. Das US-amerikanische Anti-Dumping-Gesetz wurde wirkungsvoll eingesetzt, z.B. gegen Pilze und Lachs aus Chile, gefrorenen brasilianischen Orangensaft, frische Blumen aus Kolumbien, Chile, Ecuador und Mexiko, Tomaten aus Mexiko und Honig aus Argentinien.

Kein Entwicklungsland hat vergleichbare Maßnahmen gegen US-Agrarexporte angewendet. Die Erfahrung vieler lateinamerikanischer und karibischer Länder mit der Anwendung von Abschnitt 301 hat sie extrem misstrauisch gemacht gegenüber den US Standards zu Anti-Dumping-Maßnahmen. Allein schon die Drohung der US-Regierung, sich auf Abschnitt 301 zu berufen, hat dazu geführt, dass Entwicklungsländer ihre Exporte beschränkten.

Zolleskalation, d.h. Zölle, die mit jeder Stufe der Verarbeitung ansteigen, ist ein Standardmerkmal des Protektionismus in den Industrieländern. In der EU unterliegen

vollständig verarbeitete Produkte Zöllen, die fast zweimal so hoch sind wie die Zölle im ersten Stadium der Produktion, sofern es sich um tropische Waren handelt. Zum Beispiel müssen lateinamerikanische Exporteure die EU Zölle einkalkulieren, die für Tomatensoße fünfmal höher sind als für frische Tomaten. Gleichzeitig werden frischen Tomaten in der EU während der Saison in Europa exorbitante Zölle auferlegt. Sie dienen hauptsächlich dem Schutz der italienischen und spanischen Produzenten gegen ihre Konkurrenten in Lateinamerika sowie, in geringerem Maße, in Afrika. Ganz Westafrika wird gleichzeitig von europäischen Tomatenmark und anderen Verarbeitungsprodukten überschwemmt.

Es ist somit nicht verwunderlich, dass seit den siebziger Jahren der Anteil importierter Lebensmittel im durchschnittlichen Warenkorb der allermeisten Entwick-

lungsländer stetig angestiegen ist. Mengenmäßig stiegen die Bruttolebensmittelimporte jährlich um 5,6 Prozent an - viel mehr als das jährliche Importwachstum der Industrieländer von 1,9 Prozent.²² Der Anstieg ist in den am wenigsten entwickelten Ländern am stärksten. Hier stieg der Wert der Lebensmitteleinfuhren von 1 Prozent ihres BIP auf mehr als 4 Prozent. Dies bedeutet, dass die Steigerung der Ausgaben für Lebensmittelimporte höher ist als die des Wirtschaftswachstums. Ebenso bleibt ihre Einnahmesteigerung aus Agrarexporten hinter den entsprechenden Importzahlen zurück. Ein derartiger Wirtschaftstrend verschärft noch einmal die Armutstrends in diesen Ländern.

Das WTO-Abkommen über die Landwirtschaft kam zu einem Zeitpunkt, als die Preise der meisten Exporte aus den Entwicklungsländern ihren tiefsten Stand seit der Großen Depression der dreißiger Jahre erreicht hatten. In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind die Preise für Agrarprodukte um etwa 50 Prozent gefallen, wenn sich auch die Preise während der vergangenen zwei Jahre aufgrund der wachsenden Nachfrage in China marginal wieder ein wenig erholt haben. Daraus errechnet sich ein Nettoverlust von US\$60 Milliarden pro Jahr an Einnahmenverluste aus den Agrarexporten der Entwicklungsländer.²³

Angesichts der langfristigen Trends und der kurzfristigen Schocks auf den Warenmärkten für Agrarprodukte stellt sich deutlich heraus, dass die direkten Auswirkungen weit über Haushalte und Gemeinden hinaus die ganze Volkswirtschaft betreffen. Der freie Handel wirkt sich u.a. negativ auf das Durchschnittseinkommen der ländlichen Haushalte und demzufolge den Lebensstil aus, indem er Löhne auf dem Lande untergräbt und Arbeitslosigkeit verschärft. Was allerdings zwischen den empirischen Belegen, Computersimulationen und den linearen Modellen verloren geht, ist das menschliche Gesicht, ist der verheerende Schaden, den die unfairen Handelsregeln für die Lebensgrundlagen von Bauern in Entwicklungs-

Nicht-tarifäre Handelshemmnisse

Tiviski, ein erfolgreiches mauretanisches Unternehmen, ist jahrelang daran gehindert worden, seinen pasteurisierten Kamelkäse an die EU zu verkaufen. Obwohl in Deutschland ein Käufer gefunden wurde, sind Tiviskis Bemühungen durch EU-Handelsbestimmungen vereitelt worden - oder vielmehr durch das Fehlen solcher Bestimmungen! Die EU hat keine besonderen Regelungen für Kamele, und die Verabschiedung einer besonderen Richtlinie wäre nötig, um Tiviski die Erlaubnis zu erteilen, seinen Kamelkäse zu exportieren. Die Firma ist also nicht in der Lage, Zugang zu lukrativen EU-Märkten zu erhalten. Dies bedeutet versäumte Gelegenheiten für die 800 nomadischen Herdentreiber, die von höheren Einkommen aufgrund ihrer Milchverkäufe an die Firma profitiert hätten.

Quelle: Oxfam (2002) Milking The CAP: How Europe's dairy regime is devastating livelihoods in the developing world. Oxfam Briefing Paper # 34 Oxfam Dezember 2002.

länder anrichten. Die Folgen sind verstärkte Abwanderung in die städtischen Gebiete und vor allem Armut, Hunger und Elend.

Die Gesamtauswirkungen auf ländliche Lebensgrundlagen - insbesondere die der Frauen und Kinder - und der sich ergebende Verlust der Sicherung des Lebensunterhalts und das Abstürzen in Armut und Verzweiflung, lassen sich nicht einfach quantifizieren. Rasant ansteigende Lebensmitteleinfuhren haben die Einkommen von Landwirten hart getroffen und schwere Folgen für die Beschäftigung in vielen Entwicklungsländern bewirkt. Insbesondere Frauenbetriebe und arme Bauern sind kaum in der Lage, mit billigen Lebensmitteleinfuhren zu konkurrieren. Angesichts des Fehlens ausreichender Schutzmaßnahmen sind diese am stärks-

ten von den Importfluten betroffen.

Die kombinierte Wirkung der Freihandelspolitik und bestehender Armut erzeugt weitere Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Das passiert im Rahmen umfassender Umstrukturierungen durch Wirtschaftsliberalisierung weltweit, die einigen wenigen Wohlstand bringt und die Massen in Armut verharren lässt. Für die Behauptung, dass verstärkter internationaler Handel Armut reduziert und somit zur Verringerung der Anzahl der hungernden und unterernährten Menschen führt, fehlen bislang die Beweise. Ein Jahrzehnt liberalisierten Handels in den Entwicklungsländern im Namen allumfassender Entwicklung hat die Agrarkrise und das Elend in Bauernkreisen und ländlichen Regionen verschärft.

Afrika

Für die einen ist es der 'dunkle Kontinent' und ein 'hoffnungsloser Fall'. Viele andere wiederum betonen, dass Afrika ein klassisches Opfer globaler Politik und Wirtschaftspolitiken ist. Die Landwirtschaft stellt das Einkommen für etwa 60 Prozent der aktiven arbeitenden Bevölkerung des Kontinents, steuert 17 Prozent von Afrikas gesamtem Bruttoinlandsprodukt bei und macht 40 Prozent seines Deviseneinkommens aus. Internationale Investitionsströme gingen an Afrika vorbei. Viele afrikanischen Regierungen widmen weniger als ein Prozent ihres Staatshaushalts dem ländlichen Bereich.

Jahrzehntelang stagnierten die landwirtschaftlichen Erträge. Während die Gesamterzeugnisse stetig anstiegen, und zwar häufig ganz einfach, indem die Fläche für den Anbau ausgedehnt wurde, konnte der Produktivitätsanstieg in der Landwirtschaft kaum mit dem Bevölkerungswachstum in Afrika Schritt halten. Insbesondere die Lebensmittelproduktion hinkt hinterher.

Der Anteil der Hungernden nimmt leicht ab, es steigen aber die absoluten Zahlen erbarmungslos an. 1997-99 litten rund 200 Millionen Menschen - 28 Prozent der Bevölkerung - unter chronischem Hunger, verglichen mit 173 Millionen 1990-92. Die Einfuhren landwirtschaftlicher Produkte sind schneller angestiegen als die Ausfuhren. Afrika insgesamt ist seit 1980 Netto-nahrungsmittelimporteur und gab allein im Jahr 2000 schätzungsweise \$18,7 Milliarden für Lebensmittel aus.²⁴

Die zur Verfügung stehende Literatur zeigt, dass der Effekt, den die WTO auf die Landwirtschaft Afrikas hatte, nicht isoliert betrachtet werden kann, da er eng

mit den strukturellen Anpassungsprogrammen und der allgemeinen wirtschaftlichen Liberalisierung zusammenhängt. Hierfür gibt es drei Gründe. Erstens laufen in vielen afrikanischen Ländern immer noch die strukturelle Reformprogramme von IWF/WB. Zweitens werden eine Reihe von afrikanischen Ländern erst in Zukunft der WTO beitreten.²⁵ Drittens sind die meisten afrikanischen Länder schon seit Jahrzehnten Nettoimporteure von Lebensmitteln, einige in Form von Nahrungsmittelhilfe.

Die strukturellen Anpassungsprogramme haben Afrikas wirtschaftliche Vitalität untergraben - ein Umstand, der inzwischen sowohl implizit als auch explizit von Gegnern und Gestaltern der politischen Reformpakete gleichermaßen anerkannt wird. Afrika hat die zweifelhafte Auszeichnung, die einzige unterentwickelte Region der Welt zu sein, die während des Zeitraums 1965-95 ein Pro-Kopf-Nullwachstum erlebte. Das schloss negatives Wachstum im Zeitraum nach 1980 ein, als die strukturellen Anpassungsprogramme umgesetzt wurden. Die afrikanischen Länder wurden auf der Grundlage extrem schwacher Voraussetzungen in die Ungleichheiten des globalen Handelsregimes integriert.

Seit den achtziger Jahren bedienen sich IWF und Weltbank formaler Konditionalitäten bei der Kreditvergabe, um Regierungen von Entwicklungsländern davon zu überzeugen, dass sie so schnell wie möglich ihre Märkte für Landwirtschaft deregulieren und liberalisieren sollten. So waren beispielsweise in Afrika südlich der Sahara 80 Prozent der Kredite an eine landwirtschaftliche Preisreform als wesentlicher Teil ihrer Konditionalität gebun-

den.²⁶ Das WTO-Abkommen zur Landwirtschaft war ein Faktor unter anderen bei der Liberalisierung.

Seit Mitte der neunziger Jahre mussten viele Länder mit niedrigem Einkommen und Ernährungsunsicherheit auf Lebensmittelimporte zurückgreifen. Die Importabhängigkeit führt dazu, dass lokale Märkte geschädigt werden, weil dadurch die niedrigen Weltmarktpreise auf die Binnenmärkte übertragen werden. In vielen Fällen hat dies negative Auswirkungen auf die lokale Produktion gehabt. Viele dieser Fälle können als Importflut bezeichnet werden.²⁷ Zu den am schwersten betroffenen Ländern gehören Guinea, das 55 Fälle von Importfluten erlitt, Niger

erlebte 54 Fälle, Malawi 50, Mali 50, Burkina Faso 48, Madagaskar 46, Benin 44 und Kenia 45. Generellen hat das Auftreten von plötzlich sprunghaft angestiegenen Importen seit 1994 zugenommen, was auf die Rolle der WTO hindeutet. Laut der FAO²⁸ "könnte dies angesichts der großen Anzahl von Fällen von Importfluten sowie immer häufigeren Berichten über dieses Phänomen aus der ganzen Welt ein ernstes Problem werden".

Offensichtlich hängen Importfluten (siehe Kasten) mit der heimischen Unterstützung der Landwirtschaft in dem jeweiligen Exportland zusammen. Im Allgemeinen geht es hierbei primär um Milch- und Tierprodukte, verarbeitete Früchte und

Afrika: Importfluten aufgrund des AoA

Tomatenmarkimporte nach **Senegal** sind 15-fach angestiegen und zwar von durchschnittlich 400 Tonnen pro Jahr zwischen 1990 und 1994 auf rund 6.000 Tonnen jährlich zwischen 1995 und 2000. In demselben Zeitraum fiel die durchschnittliche jährliche Eigenproduktion um 50 Prozent, und zwar von 43.000 Tonnen auf etwa 20.000 Tonnen. Die Liberalisierung des Handels mit Tomatenmark nach 1994 wird für den dramatischen Anstieg der Importe und die negativen Auswirkungen auf den Export verantwortlich gemacht.

In **Burkina Faso** ist in demselben Zeitraum der Import von Tomatenmark um das Vierfache angestiegen und zwar von 400 Tonnen auf 1.400 Tonnen, während die Tomatenproduktion um 50 Prozent von 22.000 Tonnen auf 10.000 Tonnen zurückging.

In **Kenia** stieg die Menge weiterverarbeiteter Milch 1980-90 stetig an und zwar von 179.000 Tonnen auf 392.000 Tonnen, also um mehr als 100 Prozent. Von 1992 an sank die verarbeitete Menge drastisch und 1998 wurden lediglich 126.000 Tonnen Milch verarbeitet. Dieser Rückgang war hauptsächlich eine Folge der Deregulierung des "Kenyan Milk Board". Gleichzeitig stieg der Import von Milchpulver von 48 Tonnen auf 2.500 Tonnen (ausgedrückt in Frischmilchäquivalenten entspräche dies einem Anstieg von 408.000 Liter auf 21 Millionen Liter). Die Zunahme des Imports von Milchpulver sowie anderen Molkereiprodukten drückte die Nachfrage bei Milchverarbeitern, die frische einheimische Milch verwendet hätten. Insbesondere die kleinen Milchproduzenten bekamen die Auswirkungen zu spüren. Auch wurden Kenias Bemühungen, im Bereich der Weiterverarbeitung zu diversifizieren, untergraben.

In **Benin** stiegen Hühnerfleischimporte bis zum Zeitraum 1995-2000 um das Siebzehnfache, ausgehend von einem jährlichen Durchschnitt von etwa 1.000 Tonnen in den Jahren 1985-1989. Während dieses Zeitraums blieb das Wachstum der einheimischen Produktion gedämpft und stieg nur bescheiden von 25.000 Tonnen auf 27.000 Tonnen. Der Löwenanteil des importierten Hühnerfleisches wurde nach Nigeria geschmuggelt, das die Einfuhr von Hühnerfleisch generell verboten hatte.

Quelle: FAO (2003) Some Trade Policy Issues Relating to Trends in Agricultural Imports in the context of Food Security. Committee on Commodity Problems: sixty-fourth session. Rom 18.-21. März 2003.

Gemüse und Zucker. Angesichts der gesenkten Zölle in den Importländern ist es einfacher für solche Exportländer die Produkte zu Dumping-Preisen in den Entwicklungsländern abzusetzen, mit den entsprechenden verheerende sozialen Folgen dort.

Die afrikanischen Länder, die ohnehin schon hungern und arm sind, waren die Verlierer der Agrarhandelsliberalisierung. In den meisten afrikanischen Ländern befindet sich die Landwirtschaft ohnehin schon in einer heillosen Krise, was den Verlust von Millionen von Existenzen zur Folge gehabt hat. Die Handelsproblematik kommt zusätzlich.

Hochsubventionierte Landwirtschaft in der OECD hat negative Auswirkungen auf die afrikanischen Agrarsysteme. Die USA und die EU stellen sich als Hauptquellen des Agrardumping heraus. Allein die EU-Agrarpolitik hat die afrikanischen Milchexporte um fast 90 Prozent, Viehexporte um fast 70 Prozent, Fleisch um fast 60 Prozent, Nichtgetreide-Feldfrüchte um 50 Prozent und Getreide um mehr als 40 Prozent reduziert.²⁹ Schauen wir uns im folgenden einige der wichtigsten Auswirkungen an, die die WTO in Afrika gehabt hat.

Baumwolle: Ballen der Armut

Unmittelbar vor dem Ministertreffen in Cancún war Präsident Touré von Mali Mitverfasser eines Briefes an die *New York Times*, in dem die Baumwollsubventionen in Amerika verurteilt wurden. Diese Subventionen hätten verheerende Auswirkungen für die westafrikanischen Länder Burkina Faso, Mali, Tschad und Benin gehabt. Sein Kollege, Präsident Compaore von Burkina Faso, richtete sich 2003 an den WTO-Ausschuss, der die Doha-Runde steuert. Der Ausschuss äußerte seine Besorgnis zu der Art und Weise, in der finanzielle Unterstützung einer Reihe von Ausfuhrländern - darunter USA, EU und China - Existenzen in westafrikanischen Ländern zerstört haben. Die Höhe

der Subventionen betrage 73 Prozent des Werts der Weltbaumwollproduktion.

Ungeachtet der Schäden, die die hohe Subventionierung der Baumwolle ange richtet hat, sprach das WTO-Schiedsgericht sein Urteil auf Grund einer Klage Brasiliens gegen diese Baumwollsubventionen. Der Text des Cancún-Ministerentwurfs lautete: "Der Generaldirektor ist angewiesen worden, mit den relevanten internationalen Organisationen - einschließlich der Bretton-Woods-Institutionen, der FAO und dem ITC - darüber zu beraten, wie vorhandene Programme und Ressourcen wirksam zur Diversifizierung derjenigen Volkswirtschaften Westafrikas eingesetzt werden können, in denen Baumwolle einen großen Anteil am BIP ausmacht". Dies wurde im WTO-Rahmenabkommen von Juli 2004 wiederholt.

Auf den Punkt gebracht wird hier gesagt, dass es nichts an der hochsubventionierten Baumwollproduktion in den USA, der EU und China auszusetzen gibt. Vielmehr liegt der Fehler bei den Millionen von kleinen und marginalisierten Landwirten in Westafrika. Mit anderen Worten: Die WTO sagt, dass die westafrikanischen Landwirte mit dem Baumwollanbau aufhören sollten.

Die Subventionen, die die USA alleine für Baumwolle zur Verfügung stellen, entsprechen dem vierfachen Wert der Baumwolle, die von den vier westafrikanischen Staaten Benin, Burkina Faso, Tschad und Mali produziert wird. Übrigens übertrifft dies auch die Summe des BIP von Benin, Burkina Faso und Tschad. Laut einer Schätzung von Oxfam verursachen die Baumwollsubventionen der USA und der EU jedes Jahr \$250 Millionen an direkten Verlusten für diese Länder und \$1 Milliarde an indirekten Verlusten.³⁰

Was die Baumwolle betrifft, spielt die EU-Produktion international keine große Rolle, obwohl sie jährlich \$1 Milliarde bzw. \$2,5 Millionen pro Tag an rund 100,000 Baumwollpflanzern in Spanien und Griechenland zahlt. Obwohl diese nur

2,5 Prozent der Baumwolle in der ganzen Welt produzieren, erhalten sie 17 Prozent der globalen Baumwollsubventionen.³¹ Dank den Subventionen ist die Baumwollproduktion in diesen beiden Ländern kräftig angestiegen.

Während in Burkina Faso die Baumwollexporte seit 1994 um fast 50 Prozent angestiegen sind, sanken die Einnahmen um US\$ 60 Millionen. Die starke Verminderung der Exporteinnahmen hängt direkt mit dem Anstieg ländlicher Armut zusammen, die jetzt bei über 51 Prozent liegt, wobei die Unterernährung bei Frauen und Kindern besonders stark ausgeprägt ist. Im Jahr 2001 betrug der Verlust an Exporteinkommen ein Prozent am BIP für Burkina Faso, 1,7 Prozent für Mali und 1,4 Prozent für Benin.³² Das Ergebnis der Baumwollsubventionen der USA ist die Armut von zwei Millionen Landwirten in West Afrika.³³

Der Verkauf der Baumwolle macht die Hälfte des Einkommens der Haushalte aus. Gedrückte Preise in Verbindung mit hohen Zinsen für Kredite verursachen eine wachsende Verschuldung der Landwirtschaftlichen Familien. Dadurch sind viele Bauern gezwungen worden, den Betriebsmitteleinsatz zu verringern, was die Erträge drückt und ihr künftiges Einkommen untergräbt.³⁴ Eine Studie des "International Food Policy Research Institute" (IFPRI) besagt, dass eine 40-prozentige Reduzierung des Erzeugerpreises für Baumwolle das Einkommen der Baumwollpflanzer um 21 Prozent verringert. Dadurch wurde die Armut von 37 auf 59 Prozent der ländlichen Haushalte erhöht. Absolut gerechnet bedeutete die Preiskürzung von 40 Prozent, dass in Benin 334.000 Menschen unter die Armutsgrenze fielen.³⁵ Im Jahr 2001 betrug der Anteil der USA zu den Ausfällen der westafrikanischen Exporteinnahmen \$ 33 Millionen in Benin und \$ 43 Million in Mali.³⁶ Der gleiche Trend setzte sich im Jahr 2002 fort und die Größenordnungen sind noch verheerender.³⁷ Auf der Grundlage einer Analyse des "International Cotton Advisory Com-

mittee" (ICAC) schätzte Oxfam³⁸, dass im Erntejahr 2001 Baumwollexporteure südlich der Sahara \$ 305 Millionen Dollar verloren.

Diese Verluste an Exporteinnahmen stellen auch die Umsetzung der Initiative für die Hochverschuldeten Armen Länder (HIPC) vor ein Problem. Bis dato haben 23 afrikanische Länder, darunter Burkina Faso, Mali, Tschad und Benin, Schuldenerleichterungspakete genehmigt bekommen. Diese vier Länder haben im Rahmen der "Enhanced HIPC Initiative" Anspruch auf weitere Entlastung, teilweise aufgrund der gedrückten Baumwollpreise. Allerdings wirken sich derart hohe Verluste an Einkünften aus dem Export auch auf laufende Schuldenerleichterungspakete aus. Im Falle von Benin wurde die Verschuldung/Export-Rate³⁹ für 2003 auf 161 Prozent geschätzt. Als allerdings die Umsetzung im März 2003 zu Ende ging, lag die Verschuldung/Export-Rate bei 191 Prozent, größtenteils aufgrund niedrigerer Einkünfte aus der Ausfuhr von Baumwolle.⁴⁰

Um einen Zusammenbruch ihres Baumwollsektors zu vermeiden, sahen sich west- und zentralafrikanische Regierungen genötigt, begrenzte finanzielle Mittel von anderen kritischen Bereichen wie Bildung, Gesundheitsfürsorge und Entwicklung ländlicher Infrastruktur umzuwidmen.⁴¹ Auch wird der Zugang zu Lebensmitteln durch die niedrigen Baumwollpreise bedroht, da diese Länder sich auf Exporteinkünfte zum Erwerb von Lebensmitteleinfuhren verlassen haben.

Der Zusammenbruch der Baumwollpreise hat einige afrikanische Länder dazu bewegt, sich auf den Export von anderen Waren zu konzentrieren. So verdreifachte Mali beispielsweise von 1998 bis 2002 seine Goldexporte. Inzwischen ist Gold wertmäßig Malis Hauptexportartikel. Allerdings hat Gold nur einen Bruchteil des Beschäftigungspotenzials von Baumwolle; sein Beitrag zur ländlichen Entwicklung ist gering.

Bitterer Zucker

Zucker ist eine weitere Ware, die die afrikanischen Landwirte beraubt. In der EU beläuft sich die jährliche finanzielle Unterstützung für den Zuckersektor lt. Untersuchungsbericht des EU-Rechnungshofs auf \$ 6,3 Milliarden pro Jahr. Diese Zahl ist allerdings umstritten. Jedenfalls hat die enorme Unterstützung dafür gesorgt, dass die EU heute der weltweit zweitgrößte Exporteur von Zucker ist und erst kürzlich durch Brasilien vom ersten Platz verdrängt wurde.⁴³ Im Jahr 2004 gab die EU Euro 3,30 an Subventionen aus, um Zucker im Werte von Euro 1 auszuführen. Zusätzlich zu den Euro 1,3 Milliarden an Exportsubventionen, die jährlich

im EU- Haushalt verzeichnet sind, hat die EU versteckte Beihilfen in Höhe von etwa Euro 833 Millionen für nominell nicht-subsidierte Zuckerexporte beigesteuert. Diese versteckten Subventionen spiegeln die Kluft zwischen den Produktionskosten in der EU und den Exportpreisen wieder. Hohe Exportsubventionen und hohe Importzölle sind eine Folge der weiten Kluft zwischen den von der EU garantierten Preisen und den Weltmarktpreisen. Die Binnenpreise werden auf der dreifachen Höhe der Weltmarktpreise gehalten.

Afrikanische Länder hatten von der EU-Zuckermarktordnung Vorteile und gleichzeitig auch Nachteile. Einige AKP-Staaten genießen bevorzugten Zugang zum europäischen Zuckermarkt zu Preisen, die an die EU Garantiepreise gebunden sind. Die am wenigsten entwickelten Länder (LDC) haben auch einen bescheidenen bevorzugten Zugang zu einem beschränkten Kontingent durch eine Übergangsregelung im Rahmen der "Alles außer Waffen"-Initiative, die zollfreien Zugang ab 2009 gewährleistet.

Gleichzeitig exportiert die EU auch subventionierten Zucker auf Märkte, von denen die AKP-Zuckerländer verdrängt werden. Die folgende Tabelle (Seite 24) enthält Angaben über solche Exporte und die konkurrierenden afrikanischen Länder. Viele von ihnen erlitten erhebliche Verluste aufgrund des Zuckerdumpings der EU.

Im Jahr 2002 erlitt der Zuckersektor Afrikas Verluste in Höhe von etwa \$ 60 Millionen. Die südafrikanische Zuckerindustrie hängt hauptsächlich von Exporten ab. Es gibt rund 51.000 kleine und mittelgroße Zuckeranbauer, sowie 2.000 Großbetriebe (hauptsächlich in der Ostkapprovinz bis Kwa-Zulu-Natal und Mpumalanga). Schät-

Zucker: Die Zahlen sprechen für sich

- £1,34 Milliarden: soviel zahlt die EU jedes Jahr an Zuckersubventionen
- £120 Mio.: soviel erhielt der Lebensmittelkonzern "Tate and Lyle" an Ausfuhrerstattungen 2003-04
- 300%: betragen die Subventionen, die für EU-Zucker gezahlt werden (die EU zahlt Euro 3,3 für jeden Euro Zucker, den sie exportiert)
- €64: der Betrag, den jeder Haushalt in der EU jedes Jahr zahlt, um das Zuckerregime zu stützen
- Zwei Drittel: die Anzahl der Menschen in Mosambik, die mit weniger als \$2 pro Tag auskommen müssen
- 1,8 Mio.: die Anzahl der Menschen in Mosambik, die an HIV und AIDS leiden
- 38: die Lebenserwartung in Mosambik
- 20.000: die Anzahl der Arbeitsplätze, die in Mosambik geschaffen werden könnten, wenn die Handelsverzerrungen in der Zuckerwirtschaft gestrichen würden
- Die Verluste, die Mosambik entstehen, entsprechen den Gesamtausgaben der Regierung für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung.
- Äthiopiens Verluste entsprechen den Gesamtausgaben auf nationaler Ebene für Programme zur Bekämpfung von HIV/AIDS.
- Die Verluste Malawis übertreffen den nationalen Haushalt für Basisgesundheitsdienste.

Quelle: Maxine Frith (2005) Bitter Harvest: How EU Sugar Subsidies Devastate Africa. Independent, June 22, 2005.
www.independent.co.uk; Oxfam (2004) Dumping on the World: how EU sugar policies hurt poor countries. Oxfam Briefing Paper # 61, April 2004. S. 2

zungen zufolge beschäftigt jede mittelgroße Farm fünf Vollzeit- und zehn Saisonarbeiter. Insgesamt unterstützt der Zuckersektor etwa 250.000 Vollzeit- und 500.000 Saisonarbeitsplätze. Viele von ihnen sind von den EU-Dumping-Verkäufen bedroht.

Der Zuckersektor ist der größte Arbeitgeber organisierter Lohnarbeit in Mosambik. Er ist auch einer der effizientesten Zuckererzeuger der Welt. Hier wird raffinier-

ter Zucker für etwa \$280 pro Tonne produziert, was weit unter den durchschnittlichen Produktionskosten in Europa liegt. Allerdings ist Mosambik aufgrund von Zugangsbeschränkungen zum EU-Markt und unfairem Wettbewerb durch Dumping nicht in der Lage gewesen, seine Zuckerproduktion bisher wesentlich auszudehnen. Das kann sich erst ändern, wenn Mosambik ab 2009 als LDC freien Marktzugang zum EU-Zuckermarkt erhält.

Länder, in denen zu Dumpingpreisen verkauft wird	Von der EU exportierte Menge (2000/01)	Konkurrierendes afrikanisches Land
Demokratische Republik Kongo	4,846	Sambia
Nigeria	129,000	Südafrika
Angola	68,000	Südafrika
Ägypten	176,000	Südafrika, Malawi
Jordanien	151,430	Südafrika
Syrien	634,000	Südafrika
Kenia	15,926	Malawi, Mosambik, Sambia, Südafrika, Sudan
Dschibuti	130,000	Äthiopien
Jemen	52,000	Sudan
Bangladesch	21,457	Südafrika
Indonesien	133,077	Südafrika
China	16,263	Südafrika

Quelle: Übernommen von: Oxfam (2004) *Dumping on the World: How EU sugar policies hurt poor countries*. Oxfam Briefing Paper # 61, April 2004. S. 30

Hühnerfleisch

Es gibt gut dokumentierte Beweise über die schädlichen Auswirkungen von Einfuhren gefrorenen Geflügels aus der EU in Westafrika. Im Jahr 2000 entschied sich die Wirtschaftsregelungsinstanz der französisch-sprechenden westafrikanischen Länder (Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine [UEMOA] - Benin, Burkina Faso, Cote d'Ivoire, Guinea Bissau, Mali, Niger, Senegal and Togo), die Zölle auf gefrorene Geflügelprodukte um ein Drittel zu senken, und zwar angeblich aufgrund des Druckes der EU und der Fi-

nanzorganisationen. Obwohl die Einfuhr gefrorener Geflügelprodukte zwischen 1995 und 1999 stetig um 20 Prozent pro Jahr anstieg, wurden die Einfuhrzölle noch einmal gesenkt.

Diese Einfuhren bestanden hauptsächlich aus Resten. Da die europäischen Konsumenten inzwischen nur die Hühnerbrust und die oberen Teile der Beine essen, sind große Teile des Schlachtkörpers Abfall. In der Vergangenheit wurden diese Teile für die Herstellung von Fleischmehl oder Dosenfutter für Katzen und Hunde verwendet. Diese Teile können zu einem vernachlässigbaren Preis exportiert werden, da es für

sie in Europa keinen Markt mehr gibt und sie vernichtet werden müssten. Die EU hat solchen Ausschuss zu Dumping-Preisen von 50 Cent pro Kilo in Afrika verkauft. Im Vergleich dazu kosten auf dem westafrikanischen Binnenmarkt Lebendhühner \$ 1.5 - 2 pro Kilo. Als Folge mussten viele Geflügelhalter ihre Produktion aufgeben, insbesondere in Westafrika (Kamerun, Ghana, Senegal, Benin, Elfenbeinküste, Burkina Faso).

Der Import von gefrorenem Hühnerfleisch nach Kamerun z.B. ist von 978 metrischen Tonnen 1996 auf 25.000 metrische Tonnen 2003 kräftig angestiegen, was einen phänomenalen Zuwachs von fast 2,500 Prozent bedeutet. Im gleichen Zeitraum wurde die einheimische Geflügelproduktion von 27.000 auf 13.500 Tonnen halbiert. Diese Importe haben 110.000 Beschäftigte um ihr Einkommen gebracht.⁴⁴ Der gleiche Trend ist im Senegal beobachtet worden, wo der Import von Produkten aus tiefgefrorenen Hühner teilen zwischen 1999 und 2003 um das Fünffache angestiegen ist und die Schließung von 70 Prozent der einheimischen Betriebe zur Folge hatte.⁴⁵ Über Importfluten von gefrorenem Geflügel ist auch von der FAO in Benin berichtet worden (siehe Kasten Afrika: Importfluten aufgrund des Abkommens über die Landwirtschaft).

Rindfleisch und Milchprodukte

Afrika leidet seit langem unter einer Kombination von wirtschaftspolitischen Programmen und politischen Unruhen. Seit den frühen achtziger Jahren und unter der Aufsicht der Weltbank wurden z.B. die

Getreidemärkte in Somalia dereguliert.⁴⁶ Das SAP beeinträchtigte die nomadische und kommerzielle Viehwirtschaft. Subventionierte Rinder- und Milchprodukte aus der EU hatten bereits extremen Druck auf die Weidewirtschaft ausgeübt. In den achtziger Jahren stiegen europäische Rindfleischimporte nach Westafrika um das Siebenfache an. Das EU-Rindfleisch wurde zum halben Preis des einheimischen Fleisches verkauft, was dazu führte, dass beispielsweise die Tierhalter im Sahel keine Käufer für ihre Rinderherden mehr fanden.⁴⁷ Diesem wurde mit der massiven Abwertung des CFA-Francs und der Einführung von Schutzmaßnahmen durch die westafrikanischen Länder ein Ende gesetzt.

Jahrelange wirtschaftliche Entbehrungen und Konflikte haben dazu geführt, dass Mogadischu, die Hauptstadt Somalias, durch das Einströmen von Flüchtlingen und bewaffneten Kämpfern stark angewachsen ist. Ruanda, Sudan, Somalia und das Horn von Afrika befinden sich kontinuierlich in einem Zustand von bewaffnetem Konflikt und Terror. In Norduganda leben Menschen seit 18 Jahren in Flüchtlingslagern und sind völlig von Nahrungsmittelhilfe abhängig geworden - ohne lernen zu können und ohne die Möglichkeit selber wirtschaftliche Existenzen aufzubauen: eine verlorene Generation. Nahrungsmittelhilfe hat zu einer strukturellen Abhängigkeit des Landes und seiner Menschen geführt und sorgt dafür, dass beide arm bleiben.⁴⁸

Detailliertere und landesweite Analysen der Auswirkungen auf der landwirtschaftlichen Front für Kenia, Senegal, Mali, Uganda, Ghana und Mauritius finden sich in den Anhängen.

Lateinamerika und Karibik

Viele der wichtigsten Feldfrüchte der Welt haben ihren Ursprung in Lateinamerika. Lebensmittel wie Kartoffeln, Süsskartoffeln, Mais und Bohnen sind nicht wegzudenkender Teil der nationalen Ernährung. Die Landwirtschaft und die Agrarindustrie sind zentrale Sektoren der Volkswirtschaften von Lateinamerika und der Karibik (LAC). Rund 123 Millionen Menschen (25 Prozent der Bevölkerung) sind von der Landwirtschaft abhängig. Eine signifikant große Anzahl von Menschen sind direkt und indirekt im landwirtschaftlichen Bereich beschäftigt sind:⁴⁹ Haiti (67 %), Guatemala (52 %), Bolivien (47 %), Honduras (40 %), Paraguay (39 %), Peru (36 %), El Salvador (36 %) und Ecuador (33 %). In ähnlicher Weise spielt die Wirtschaftskraft des Agrarsektors eine bedeutende Rolle in der Volkswirtschaft. Sie ist durchaus zutreffend als 'einer der Antriebsmotoren der Binnenwirtschaften' in Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Peru, Uruguay und Venezuela zu sehen, wo etwa 74 Prozent der landwirtschaftlichen Primärprodukte der Entwicklung anderer Wirtschaftssektoren als Rohstoff zugute kommt.

In vielen Ländern der Region sind große Agrobusinessbetriebe führend bei der Erzeugung für den Export. Dennoch bleibt die bäuerliche Landwirtschaft das Rückgrat der Beschäftigung und der Schaffung von Einkommen in den meisten Teilen der Region. Die Schaffung von Einkommen unter Kleinbauern reduziert Einkommensunterschiede. Ihre Nachfrage nach Gütern des Grundbedarfs, die arbeitsintensiv erzeugt sind und weniger Devisen benötigen, geben einen wichtigen Impuls für die ländliche Wirtschaft.

In den letzten Jahren hat in der Landwirtschaft eine Verschiebung des Anbaus stattgefunden: von Lebensmitteln zu "cash

crops" (Verkaufsfrüchte). Obst und Gemüse sind zu führenden Agrarexporten geworden und haben wertmäßig traditionellen tropischen Exportprodukten, wie Kaffee und Zucker, den Rang abgelassen. Auch die Produktion von Ölsaaten ist stark angestiegen. Die Agrarexporte übertreffen die Agrarimporte in dieser Region. Vieles an dieser Verschiebung ist auf die Strukturanpassungsmaßnahmen zurückzuführen. Nettoimporte von Getreide und Milchprodukten sind aufgrund der größeren Nachfrage aber auch enorm angewachsen.⁵⁰

Der Trend zu einem verstärkten Süd-Süd-Handel in dieser Region ist mächtig. Begünstigt durch regionale Freihandelsabkommen, wie das Nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) und "Mercado Común del Sur" (MERCOSUR), stieg der Handel innerhalb des amerikanischen Kontinents (einschließlich der Vereinigten Staaten und Kanada) von einem Viertel aller landwirtschaftlichen Exporte 1981-1983 auf mehr als ein Drittel Mitte in den neunziger Jahren. Regionale Handelsabkommen nehmen in dieser Region zu und mit jedem neuen Abkommen wird die Zukunft der Landwirtschaft nicht nur komplexer, sondern auch unsicherer, da die traditionelle Landwirtschaft zunehmend verfällt und die Konkurrenz stark wächst.

Studien zeigen, dass seit Gründung der WTO die Agrarhandelsbilanz der 17 lateinamerikanischen und karibischen Länder von einigen wenigen Exportländern verzerrt wird: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile und Ecuador. Alle diese Länder hatten große Exporterfolge, müssen sich jetzt aber mit verschlechternden Umweltauswirkungen der zweiten Generation auseinandersetzen, die ihr Agrarwachstum höchst beeinträchtigen. Gleichzeitig berichtet die FAO von der stetig

schlechter werdenden Situation landwirtschaftlicher Betriebe in einer Reihe von Ländern wie Barbados, Jamaika, Mexiko, Paraguay, Peru und Venezuela. Die Liberalisierung des Handels, die mit der Umstrukturierung der Wirtschaft vor etwa drei Jahrzehnten begann und nach der Gründung der WTO beschleunigt wurde, hat insofern die existierenden makroökonomischen Ungleichheiten zwischen den Ländern der Region lediglich akzentuiert.⁵¹

Festschreibung der Ungleichheit

Das WTO-Agrarabkommen wurde den Agrariern von den jeweiligen Regierungen mit dem Versprechen schmackhaft gemacht, dass sich der Marktzugang zu den Industrieländern verbessere. Das würde sich in höheren Preisen und besseren Lebensstandards für lateinamerikanische Bauern niederschlagen. Was die Regierungen möglicherweise zu erwähnen vergaßen, als sie dieses ungeheuerliche Agrarhandelsabkommen aushandelten, war, welche Landwirte in welchen Ländern sie meinten.

Everardo Orellana Villverde, ein Landwirt aus Peru, ist vom Handelsregime der WTO zur Landwirtschaft desillusioniert.⁵² Er fasst zusammen:

“Die Bedrohung und die größte Gefahr ist das willkürliche Anwachsen von importierten Produkten. Wir konkurrieren mit aus den USA und anderen Ländern importiertem Weizenmehl und Milch. Wir exportieren unsere Produkte nicht. Und wir können keine ausgewogene Ernährung haben, wenn wir nicht über die entsprechenden Ressourcen verfügen. Die importierten Produkte zerstören unsere Ernährungsgewohnheiten als Konsumenten. Mit dem bisschen, das wir haben, kaufen wir manchmal eingeführte Produkte wie Spaghetti oder Dosenmilch, weil die sich länger halten”.

Herr Villverde hat ins Schwarze getroffen. Viele Veröffentlichungen, die sowohl aus dem akademischen Bereich als auch

von der Zivilgesellschaft stammen (IATP, 2005⁵³; OXFAM, 2004; et al), betonen die Bedeutung des massiven Agrardumpings und sehen es als das konstitutive Element des sich entwickelnden WTO-Agrarhandelssystems auch für Lateinamerika.

Mais, Baumwolle, Reis, Fleisch und Weizen - Produkte, die eine zentrale Rolle in den Nahrungsmittel- und Landwirtschaftssystemen der Region spielen - werden weiterhin ungehemmt zu Dumpingpreisen von den Agrarkonzernen der EU und der USA abgesetzt. Mit durchschnittlichen Zollhöhen von 14 Prozent für Lateinamerika und die Karibik (von 9,8 Prozent in Chile bis 20 Prozent in der Dominikanischen Republik), ist es für diese Länder kaum möglich, einen Schutz gegen Billigimporte zu realisieren. Gross-

Kinder des Mais

Mais stellt die Lebensgrundlage der indigenen Völker von Mexiko und Guatemala dar. In der Popol Vuh (der Schöpfungsgeschichte der Maya) war Mais das einzige Material, in das die Götter den Lebensatem einhauchen konnten und die Götter verwendeten ihn, um das Fleisch der ersten vier Menschen auf der Erde zu erschaffen. Für die anderen Völker Mexikos ist Mais die Speise der Götter, und verschiedene Götter sind für die verschiedenen Entwicklungsstadien in der Kultivierung des Mais verantwortlich.

Für andere wiederum ist der Mais selbst eine Göttin. Mais ist auch Jahrhunderte lang das Grundnahrungsmittel der Mexikaner gewesen und die Tausende von Sorten bieten eine erstaunliche Vielfalt an Geschmack, Konsistenz, Rezepten, Nährstoffen und Verwendungen in der Medizin. Indigene Völker, die Diskriminierung, Armut und Plünderungen ausgesetzt sind, hat der Mais am Leben erhalten.

Mais ist wichtig und oftmals genauso heilig für bäuerliche Gemeinden in Mexiko und vielen anderen Teilen der Welt geworden. Die überwiegende Mehrheit der Mexikaner scheut sich nicht, sich als die “Kinder des Mais” zu bezeichnen.

Quelle: <http://www.grain.org/seedling/?id=280#5>

bauern - im Wesentlichen Kapitalunternehmen mit Massenproduktion - können vielleicht mit Hilfe von extremer Großtechnik, Realisierung von Skalenerträgen und von der Unterstützung durch ihre Regierungen überleben. Die Kleinbauern aber werden aus der Landwirtschaft herausgedrängt, wenn die lokalen Märkte mit billigen Importprodukten weiterhin überflutet werden.

In der Dominikanischen Republik gab es seit 1990 zwei Importfluten mit Weizen, drei mit Pflanzenöl, acht mit Rindfleisch und sechs mit Schweinefleisch und Geflügel⁵⁴,

von denen die meisten über Uruguay ins Land kamen und von denen fast keine eine erhöhte Nachfrage widerspiegelte. Lediglich in einem Fall gab es ein Produktionsdefizit. In Chile stieg die Einfuhr von Pflanzenöl zwischen 1985-89 und 1995-2000 von 58.000 auf 173.000 Tonnen, während gleichzeitig die einheimische Produktion um 50 Prozent fiel.⁵⁵

Tabelle 1 enthält Daten die zeigen, wie die USA ihre Hauptagrarerzeugnisse auf den internationalen Märkten zu Dumpingpreisen abgesetzt haben.

Tabelle 1: US-Exportpreise im Vergleich zu den Selbstkosten der Warenerzeugung

Jahre	Baumwolle	Mais	Reis	Soja	Weizen
1996	16%*	-26%	6%	-12%	18%
1997	24%	12%	3%	-23%	27%
1998	40%	21%	13%	1%	30%
1999	50%	30%	20%	27%	42%
2000	50%	33%	19%	24%	43%
2001	63%	18%	20%	28%	44%
2002	65%	11%	34%	16%	43%
2003	47%	10%	26%	10%	28%

*Die Zahlen sollen das Ausmaß des Exportdumpings ausdrücken. Die Differenz zwischen den Vollkosten (Produktionskosten des US-Landwirt, die staatliche finanzielle Unterstützung sowie Transport- und Abwicklungskosten) im Vergleich zu dem Exportpreis. Zum Beispiel wurde 2003 Baumwolle zu einem Durchschnittspreis von 47 Prozent unter den Eigenkosten exportiert. Quelle: WTO Agreement on Agriculture: A Decade of Dumping, IATP, 2005

Die Wirtschaft melken bis sie austrocknet

Milch- und Molkereiprodukte bilden einen Sektor, der in der ländlichen Wirtschaft der meisten lateinamerikanischen Länder eine bedeutende Rolle spielt. Billige Milch- und Molkereiexporte aus der EU haben z.B. die Agrarwirtschaft von Jamaika und Peru destabilisiert und Tausende von Landwirten in die Armut getrieben.

Die Molkereiwirtschaft Jamaikas erlebte zum ersten Mal im Jahr 1992 Schwierigkeiten, als die Regierung Importzölle auf Milchpulver im Einklang mit den Anpassungsmaßnahmen der Weltbank/IWF senkte. Nach zehn Jahren gelingt es den einheimischen Landwirten noch immer nicht, mit den subventionierten Milchimporten zu konkurrieren. Hauptquelle der Importe ist die EU, die ihre Exporte nach Jamaika vervierfacht hat und im Jahr 2000 mehr als zwei Drittel der Milchpulverimporte lieferte.

Die EU unterstützt ihre Molkereiwirtschaft mit 16 Milliarden Euro pro Jahr oder etwa 2,7 Euro pro Kuh pro Tag. Dies ist mehr als das tägliche Einkommen eines Viertels der Jamaikaner. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) fördert die Überproduktion der Milch durch eine Quotensystem und staatliche Garantiepreise. Die daraus resultierenden Überschüsse werden mit Hilfe von Exportsubventionen zu Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt verkauft.

Durch das Angebot von billigem Milchpulver haben sich jamaikanische Lebensmittelhersteller von einheimischen Produkten abgewandt. Nestlé, ein großer Einkäufer, hat seine lokalen Bezugsquellen stark reduziert. Hatte die Firma im Jahr 2001 noch 10 Millionen der 25 Millionen Liter Milch von einheimischen Milchbauern aufgekauft, so war diese Menge zwei Jahre später auf 6 Millionen Liter gesunken. Einheimische Bauern wurden aus dem Markt gedrängt. Ihre Produktion fiel innerhalb von fünf Jahren auf nur 300.000 Liter, ausgehend von einem Spitzenwert von 2,5 Millionen Liter.⁵⁶ Mangels Alternativen begannen die Landwirte ihre Kühe abzuschaffen.

In Peru war die Situation nicht besser. Peru hat vier große Importfluten von Rindfleisch, neun von Schweinefleisch und sechs von Milch erlebt und zwar zu einem Zeitpunkt, als es keine Produktionsdefizite auf dem heimischen Markt gab. Es wurde von drei Importfluten im Weizen Sektor und von neun im Geflügelsektor berichtet.⁵⁷ Dies führte zu ungewollten Veränderungen in der Landwirtschaft, z.B. im Milchsektor. In den achtziger Jahren wurde die Milchproduktion hauptsächlich von Kleinproduzenten, die in den Hochlandgebieten von Arequipa und Cajamarca lebten, bestritten. Heute wird die Milch meistens importiert oder von landwirtschaftlichen Großbetrieben in Lima und den Küstentälern erzeugt.⁵⁸

In der Dominikanischen Republik sind viele der 30.000 Milchproduzenten mittlerweile arbeitslos - trotz der gestiegenen Inlandsnachfrage nach Molkereiprodukten. Das ist Ergebnis subventionierter

Mexikanisches Hühnerfrikassee

US-amerikanische und mexikanische Konsumenten unterscheiden sich hinsichtlich der Auswahl von Hühnerteilen, die sie konsumieren. Während Erstere das Brustfleisch bevorzugen, essen die Mexikaner das ganze Huhn. Die Nullzollsätze der NAFTA regten den Export von Hühnerschenkeln und -keulen zu Tiefstpreisen an - ein lukratives Zusatzgeschäft für die US-Exporteure. Seit NAFTA haben zwei US-amerikanische Firmen ("Pilgrim's Pride" und "Tysons") ein Drittel der mexikanischen Produktion übernommen. Dies hat die kleinen Produzenten in Mexiko, die die lokalen Märkte belieferten, zerstört. Ihr Zustand hat sich aufgrund der Übernahme des Lebensmitteleinzelhandels durch Walmart noch verschlechtert.

Niedrigere Lohnkosten hätten Mexiko einen komparativen Vorteil bei der Hühnerproduktion und -verarbeitung verleihen können. Doch sind die Vorteile des Landes hinsichtlich seiner Lohnkosten durch die Mechanisierung sowie die Besonderheiten von NAFTA selbst untergraben worden. Tyson, der größte US-amerikanische Hühnerfleischproduzent, ist auch beschuldigt worden, mexikanische Arbeiter über die Grenze zu schmuggeln, wo sie dann unter verheerenden Bedingungen in den Hühnerverarbeitenden Anlagen arbeiten. Ferner nutzen US-amerikanische Firmen billige mexikanische Arbeitskräfte aus, indem sie "offshore"-Verarbeitungsanlagen in den Maquiladora-Grenzgebieten eröffnen. Die Verlierer hierbei sind die armen mexikanischen Hühnerproduzenten und die lokalen Verarbeitungsanlagen.

Quelle: Laura Carlsen (keine Zeitangabe) Chickening out on NAFTA? International Relations Centre, Silver City, Neumexiko, USA.

Milchpulverimporte.⁵⁹ In Haiti wuchsen zwischen 1984-89 und 1995-2000 Milchimporte dreißigfach an und riefen eine entsprechende Abnahme der einheimischen Produktion von 72 auf 65 Tausend Tonnen hervor.⁶⁰ Die Folge waren eine gestiegene Arbeitslosigkeit und Ernährungsunsicherheit. Das in einem Land, in dem 56 Prozent der Bevölkerung ohnehin schon unterernährt ist.⁶¹

Nicaragua hat allerdings von dem Zentralamerikanischen Freihandelsabkommen (CAFTA) profitiert. Der Molkereieriese Parmalat konnte erhöhte Importquoten für die USA erwerben. Früher zahlte

In Zentralamerika und Mexiko, wo Kaffee höchster Qualitäten angebaut wird, haben, so schätzt die Weltbank, 600.000 fest angestellte Kaffeeplantagenarbeiter und Gelegenheitsarbeiter ihre Beschäftigung alleine in den vergangenen zwei Jahren verloren. Hilfsorganisationen gehen davon aus, dass mehr als 1,5 Millionen Landwirte in der Region an Lebensmittelknappheit leiden.

Quelle: The Asian Wall Street Journal, 9. Juli, 2002

te Parmalat einheimischen Landwirten in der Milchwirtschaft US\$ 0,45 pro Liter Frischmilch. Aber jetzt kauft die Firma mehr Milchpulver aus den Vereinigten Staaten und verlangt von Landwirten in Nicaragua, dass sie Milch zum Preis von nur \$ 0,25 pro Liter liefern.⁶² Parmalat kontrolliert die einzige Milchverarbeitungsanlage Nicaraguas, die die Kapazität hat, die Pasteurisierungsbestimmungen für die Lieferung auf den US-amerikanischen Markt zu erfüllen.

Exportbeschränkungen

Kevin Watkins⁶³ hat sehr überzeugend errechnet, dass ein Anstieg von einem Prozent des lateinamerikanischen Anteils an globalen Exporten zu einem Pro-Kopf-BIP von 4 Prozent führen würde. Wenn Lateinamerika einen Anteil am Weltmarkt entsprechend seinem Anteil an der Weltbevölkerung verbuchen könnte, würde sich der entsprechende Zuwachs auf \$460 pro Person belaufen, was einem 10-prozentigen Anstieg der Durchschnittseinkommen gleichkäme.

Mit ihrem Ansturm auf exportorientierte Früchte haben einige der lateinamerikanischen Länder einen hohen Grad an Wettbewerbsfähigkeit bei Obst erreicht. Brasilien verkauft viele Äpfel, Orangen und Trauben; Chile betreibt ein sehr gutes Kiwi-Exportgeschäft und exportiert auch einige veredelte Früchte, wie Himbeeren

und Erdbeeren. Kolumbien, Honduras und die Dominikanische Republik verkaufen Bananen, Ananas, Mangos und andere Tropenfrüchte; Argentinien verkauft Äpfel, Birnen und Zitrusfrüchte, Mexiko ist auch mit Äpfeln, Avocados und Bananen auf dem Weltmarkt vertreten. Costa Rica exportiert mehr als 2 Millionen Kilo Bananen für die Babyahrungsbranche in Europa und Amerika. Für Zentralamerika gibt es zunehmend gute Aussichten für den Export von Ananas.⁶⁴

Selbst diese Produkte sind einem starken Wettbewerb durch subventionierte Obstprodukte aus der EU ausgesetzt. Die EU stellt Obstproduzenten sowohl Subventionen als auch Unterstützung für Vermarktung und Werbung zur Verfügung. Sämtliche Unterstützung wird über Organisationen von Produzenten bereitgestellt. Die Erzeugergemeinschaften können Subventionen beantragen, um Aktivitäten durchzuführen, die auf Lieferungs- und Preismanagement, Vermarktungsprogramme, Qualitätsverbesserung sowie die Förderung umweltfreundlicher Methoden abzielen. Subventionen nehmen hauptsächlich die Gestalt von Marktinterventio-

*“Die Liberalisierung und Deregulierung in Mexiko haben in unterschiedlichen Regionen und gesellschaftlichen Gruppen stark divergierende Möglichkeiten und Bedrohungen geschaffen. Für Kapitaleigner haben die Privatisierung der Staatsbetriebe sowie die Landreform von 1992, die es Investoren ermöglicht, Land von Kleinbauern abzukaufen, neue Quellen zur Anhäufung von Reichtum geschaffen. **Mitten in einer der schwersten Wirtschaftskrisen, die das Land je erlebt hat, stieg die Zahl der Milliardäre von zehn auf fünfzehn an.** 1996 entsprach ihr Reichtum zusammengenommen 9 % von Mexikos BIP“.*

Quelle: Kevin Watkins (1997): Trade Liberalisation, Poverty, and Distribution. Human Development Report Office Occasional Paper No. 32

nen (Entschädigungen für den Rückzug aus dem Markt) oder Ausfuhrerstattungen an.

Im Jahr 2001 beliefen sich von der EU genehmigte Ausgleichszahlungen für den Rückzug aus einem Marktsektor auf 117 Millionen Euro (für Obst und Gemüse). EU-Ausfuhrerstattungen für frisches Obst und Gemüse in 2001 kamen auf 36,1 Millionen Euro. 2001 stellte die EU insgesamt Subventionen in Höhe von 153 Millionen Euro zur Verfügung, zusätzlich zur Unterstützung für Vermarktungs- und Werbungsaktivitäten. 2004 genehmigte die EU fünf Programme für die Unterstützung von Vermarktungsaktivitäten im Ausland. Es wird erwartet, dass die EU ausgewählten Gruppen weitere 3 Millionen Euro zur Vermarktung von Obst und Wein in der Schweiz, Japan, Russland, den Vereinigten Staaten, Kanada und Brasilien zur Verfügung stellen wird. Die Vielzahl von EU-Subventionen stellt auch ein großes Hindernis für lateinamerikanische Unternehmer dar, die sich nach Märkten umschaun.

Die Unterstützung für obst- und gemüseverarbeitende Betriebe ist höher als das gesamte Einkommen der Obst- und Gemüsebauern in Ländern wie Chile, Venezuela und Mexiko.⁶⁵ Nehmen wir zum Beispiel Kaffee: Wäre das Abkommen über den Zugang zu Märkten richtig umgesetzt worden und hätte man erlaubt, dass Costa Ricas Kaffeexporte weltweit um 10 % ansteigen - was ohne weiteres zu erreichen gewesen wäre - so hätte allein schon diese Maßnahme einen einprozentigen Zuwachs im Gesamtwert der Ökonomie des Landes herbeigeführt und Gehälter auf dem Lande um 0,8 % erhöht - das Dreifache des Anstiegs der Gehälter von Arbeitern in städtischen Gebieten.⁶⁶

Dies sind nur einige Beispiele von weitverbreiteten sichtbaren Auswirkungen. Detailliertere Berichte aus einigen der am schlimmsten betroffenen Länder wie Brasilien, Peru, Guyana, Haiti, Honduras, Ecuador, Bolivien, Venezuela und Argentinien finden sich in den Anhängen.

Asien

Professor Gunnar Myrdal sagt zu dem Teufelskreis von Armut und wachsenden Ungleichheiten in asiatischen Volkswirtschaften: "Die Theorie vom internationalen Handel, wie auch die ökonomische Theorie insgesamt, hatte nie den Zweck, wirtschaftliche Unterentwicklung zu erklären".

Später bemerkte er in seiner aufschlussreichen Veröffentlichung "Asian Drama - An Inquiry into the Poverty of Nations" (1968): "Wir können hinter den Komplexitäten und den Heterogenitäten eine klare Konfliktlage wie eine Art Leitmotiv in einem Drama erkennen. Die Spannung des Dramas spitzt sich zu: sowohl wirtschaftlich als auch sozial und politisch". Nach fast vier Jahrzehnten wird klar, dass das Leitmotiv die Liberalisierung des Handels ist. An diesem Punkt ist ein Versuch, das Drama im Kontext der asiatischen Landwirtschaft neu zu untersuchen, von größter Bedeutung.

Wie im Falle Afrikas und Lateinamerikas entzieht sich die Heterogenität, was den Entwicklungsstand, die Größe der Volkswirtschaften sowie die Handelsbedingungen betrifft, einer einfachen Verallgemeinerung. So hat zum Beispiel Indien eine riesige Bevölkerung, kann sich landwirtschaftlich selbst versorgen und hat ein negatives Aggregiertes Stützungsmaß (AMS) für die Landwirtschaft. Dagegen sind Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand Mitglieder der Cairns-Gruppe, haben eine nichtsubventionierte Landwirtschaft und unterstützen eine marktorientierte Agrarwirtschaft. China, der weltweit größte Hersteller von Agrarprodukten, hat sich kürzlich zusammen mit Tai-

wan der WTO angeschlossen. Japan hingegen, die größte Volkswirtschaft der Region, unterhält nach wie vor eine hochproduktive Landwirtschaft. Eine gänzlich andere Problemlage stellt sich für viele Lebensmittel-importierenden Niedrigeinkommensländer, wie etwa Bangladesch, Laos, Nepal, Kambodscha und die Malediven.

Allen gemeinsam sind jedoch die einzigartigen soziokulturellen und agrarökologischen Merkmale. Die beiden gemeinsamen Nenner, die die asiatische Landwirtschaft einzigartig machen, sind (a) die Vorrangstellung des Reisanbaus - fast 97 Prozent der globalen Reisproduktion findet hier statt, und 92 Prozent des weltweit konsumierten Reis wird in Asien gegessen - und (b) Landwirtschaft wird von Kleinbauern betrieben - in Indien und China zum Beispiel beträgt die durchschnittliche Betriebsgröße etwa einen Hektar pro Familie.

Das große Drehbuch des Dramas hat viele Einzelhandlungen. Angefangen hat alles mit einer Neudefinition des Begriffes 'Ernährungssicherheit'. Die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs war die Fähigkeit eines Entwicklungslandes, die eigene Bevölkerung selbst zu ernähren. Durch eine Ausweitung der Definition von 'Ernährungssicherheit' im Zuge der Globalisierung wurde der Sinngehalt des Begriffs aber gänzlich ausgehöhlt. Nun beschreibt er lediglich die Situation, dass jedes Land seinen Lebensmittelbedarf durch Importe decken kann. Anders ausgedrückt wurde das Ziel der Selbstversorgung diskreditiert, um einen Markt für die Berge von Überschüssen aus der Landwirtschaft in den Industrieländern zu schaffen.

Die Beseitigung staatlicher Unterstützung

Die 'Entkoppelung' der Ernährungssicherheit von der Selbstversorgung mit Lebensmitteln war elementarer Bestandteil des systematischen Angriff auf die Möglichkeit von Staaten, gezielte Unterstützung zu liefern. Diese Binnenmaßnahmen sind aber die Grundlage dessen, was heute als Ernährungssouveränität bezeichnet wird. Das Ziel des Angriffs war ein allmählicher Abbau der staatlichen 'Interventionen' und Verantwortlichkeiten hinsichtlich der Preispolitik, der Produktion, der Lagerung und der Verteilung von Lebensmitteln. Dabei wurde der Geist der Landreformen, die auf Gleichheit und soziale Gerechtigkeit abzielten, ausgehöhlt; propagiert wurden Vertrags-, Konzern- oder Pacht-Modelle der Landwirtschaftlichen Produktion. Das Ziel ist die Steigerung privaten Profits und die Beseitigung selbst der minimalsten Unterstützungs-Möglichkeiten sowie die Verabschiedung von stabilen Preise, die an die Landwirte in einem System 'verwalteter Preisgestaltung' ausgezahlt wurden. In der Folge sollten Zukunftsmärkte und Termingeschäfte gefördert werden, um mit der Landwirtschaft spekulieren zu können und schließlich sollte der Schwerpunkt der Landwirtschaft vom Binnenmarkt auf den Exporthandel verschoben werden.

Auch die asiatischen Länder gingen bis zum Äußersten, um die notwendigen Anpassungen durchzuführen. Sie senkten die Zölle entsprechend der Vorschriften der WTO und einige von ihnen (wie etwa Indien) bauten quantitative Beschränkungen ab, wobei sie alle Schutzmaßnahmen entfernten, die als Schild gegen hochsubventionierte Billigimporte hätten dienen können. Im Schnitt haben die südasiatischen Länder ihre Zölle um sieben Prozent pro Jahr reduziert. Im Gegensatz zu den gebundenen Zollsätzen von 50 bis 300 Prozent gemäß den WTO-Vereinbarungen haben die südasiatischen Länder durchschnittliche Zölle von nur 46,22 Prozent für Agrarprodukte erhoben.

Als erstes Land liberalisierte Sri Lanka seinen Marktzugang. Zurzeit liegt der durchschnittliche Zollsatz für Agrargüter bei 35,5 Prozent. Sri Lanka hat keine handelsverzerrenden Programme und seine Handelsbeschränkungen und Vorschriften für interne Stützung liegen jetzt innerhalb des von der WTO gesteckten Rahmens.

Überraschenderweise war Pakistan bei der wirtschaftlichen Liberalisierung Vorreiter, was wahrscheinlich mit den undemokratischen Regime zusammenhing, die sich leicht unter Druck setzen ließen. Schon in den achtziger Jahren führte es Agrarsektorreformen (*sprich Privatisierung*) durch. Im Einklang mit den Forderungen des Strukturanpassungsprogramms wurden die Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel sowie für die resultierende Produktion den Weltmarktpreisen angepasst, was staatliche Interventionen verringerte und folglich die Rolle des privaten Sektors stärkte.

In der Folge wurde der größte Teil der staatlichen Unterstützung für landwirtschaftliche Betriebsmittel eingestellt. Auch wurde ein Programm für den schrittweisen Abbau von Düngemittelsubventionen entwickelt. Die Regierung fühlte sich derart verpflichtet, auf die privatwirtschaftliche Kontrolle der Landwirtschaft hinzuwirken, dass das 'ration shops system' (Läden zur Ausgabe verbilligter Lebensmittel) bereits 1988 abgeschafft wurde. Der Privatsektor wurde im Handel mit Agrargütern, der Beschaffung von Reis und Baumwolle sowie der Verteilung von Schädlingsbekämpfungsmitteln und Düngemitteln gefördert.

Alle nicht-tarifären Hemmnisse sind verringert worden und quantitative Einfuhrbeschränkungen und Quoten sind so gut wie beseitigt; auch wurden in Pakistan Negativisten gekürzt und Verwaltungsmaßnahmen wie Exportgenehmigungen beseitigt. Allerdings stellten diese Maßnahmen nicht eine direkte Konsequenz des WTO-Regimes dar, sondern waren in Pakistans Strukturanpassungsprogrammen diktiert.

Pakistan senkte freiwillig die Zölle auf Agrarprodukte von einem Spitzensatz von 65 Prozent in 1995 auf 25 Prozent in 2002-03. Allerdings war Pakistan aufgrund eines insgesamt negativen AMS im zugrundegelegten Zeitraum (1986-88) nicht genötigt, spezifische Verpflichtungen zur Reduzierung der Agrarsubventionierung einzugehen. Trotzdem wurde die Liberalisierungs-Politik fortgesetzt - zwischen 1995 und 2000 kürzte Pakistan seine interne Stützung für Land- und Viehwirtschaft um 44 Prozent (laut "WTO Trade Policy Review" 2001).

Im gleichen Zeitraum meldete Pakistan bei der WTO eine 30-prozentigen Kürzung von produktbezogenen Subventionen für Weizen und Zucker auf provinzieller und Bundesebene. Zusätzlich zu diesen spezifischen Budgetunterstützungen sind auch Subventionen für Düngemittel und Kredite abgebaut worden. Selbst die geringen Subventionen an Stelle von Zollkürzungen für Strom für den Betrieb von Brunnen sind seit Juli 2000 abgeschafft. Auch wurden die Subventionen der Regierung vom (pakistani-schen) Punjab für die Brunnenbohrung abgeschafft. Pakistan ist ein klassisches Beispiel dafür, was die Liberalisierung der Wirtschaft und des Handels für die Landwirtschaft und Ernährungssicherheit bedeutet.

In der indischen Landwirtschaft begann die Liberalisierung des Handels in den frühen neunziger Jahren. Die Abwertung der Währung Mitte 1991 läutete den neoliberalen wirtschaftlichen Reformprozess ein, dem die Beseitigung von Exportsubventionen für Plantagenprodukte wie Tee und Kaffee folgte. Im Einklang mit den WTO-Abkommen bedeutete ökonomische Liberalisierung die praktische Abschaffung von Exportkontrollen, die Liberalisierung von quantitativen Kontrollen auf Importe und die Deregulierung des Binnenhandels.

Indien hatte eine hohe Zollbindung für Speiseöle (über 300 Prozent) und für Roh-

Von 1998 bis Mitte 2001 wurden 35 Millionen Chinesen im staatlichen Sektor durch Bankrotte, Rationalisierung und Stellenabbau sowie Privatisierung, die als "corporatization" bezeichnet wird, arbeitslos. Firmen, die Obst, Getreide und andere Nahrungsmittel nach China exportieren, werden in den Genuss einer allmählichen Zolllenkung kommen, während Millionen von chinesischen Landwirten damit rechnen müssen, unter drastischen Subventionskürzungen zu leiden.

Quelle: Time, Jan 28, 2002, Vol 159#3

produkte (100 Prozent) aufrechterhalten. Der im Durchschnitt angewandte Zollsatz für Agrarprodukte ist in der Folge auf 29 Prozent gesenkt worden. Eine Reihe von Importen von Primärgütern wurde dereguliert und für den privaten Sektor geöffnet. Importzölle wurden im Laufe des Jahrzehnts erheblich gesenkt. Exporte von wichtigen Anbauprodukten, einschließlich Weizen und Reis, wurden von Kontrollen ausgenommen und es wurden Folgemaßnahmen zur Förderung der Exporte von Rohprodukten und verarbeiteten Produkten aus der Landwirtschaft ergriffen.

Indien wandte auch Mengenbeschränkungen (QRs) auf rund 1.500 problematische Waren an. Diese Vorkehrung wurde unter dem Vorwand der ungünstigen Zahlungsbilanzsituation (BoP) zugelassen. Als die BoP-Situation sich in der Folge verbesserte, wurde die Vorkehrung über den Zwang zum 'Marktzugang' begründet. Alle QRs für den Import und Export von Erdnussöl, Saatgut, Weizen und Weizenprodukte, Butter, Reis und Hülsenfrüchten wurden von April 2000 an aufgehoben. Fast alle Agrarprodukte können nun frei exportiert werden.

Währenddessen herrscht unter den ostasiatischen Ländern Uneinigkeit über die Frage jeglicher weiterer Liberalisierung von Agrarmärkten. Insbesondere sind Japan und Südkorea gegen mehr Liberalisierung. Bis vor Kurzem verfolgte Japan eine protektionistische Agrarpolitik. Dem Handelsdruck ausgesetzt unterzeichnete es ein MOU mit Australien im Dezember 1995 das zum ersten Mal die Einfuhr von Austern gestattete. Der Zoll auf Rindfleischimporte wurde um 1,9 Prozent pro Jahr gekürzt bis er einen Tiefpunkt von 38,5 Prozent im Jahr 2000 erreichte. Ostasiatische Länder wie Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Thailand sprechen sich jedoch trotzdem für eine noch schnellere Liberalisierung aus.

Die Schutzmaßnahmen, die die WTO als Hindernis für den freien Handel behandelt, wurden von den asiatischen Ländern zum Schutz ihrer Landwirtschaft, also für das Überleben von bäuerlichen Gemeinschaften, benötigt. Betrachtet man weiterhin, was Prof. Myrdal früher aufgezeigt hatte, so steigen die Preise von Primärgütern, die die weniger entwickelten Länder verkaufen, niemals in demselben Maße an wie die Preise der Waren, die sie von den Industrieländern kaufen. Er bezeichnete dies als "die spread effects des internationalen Handels", die "weniger ausmachen als die backwash effects des internationalen Handels". Er folgerte, dass der "Multiplikator des freien Handels in weniger entwickelten Ländern sehr schwach ist", was die Notwendigkeit des 'Protektionismus' gegen den freien Handel begründe.

Wachsende Ernährungsunsicherheit

Strukturanpassungsprogramme und Wirtschaftsliberalisierungs-Programme

haben den Geist der Agrarreform sowie die Ernährungs- und Agrarpolitik in Asien ernsthaft untergraben. Das Drängen der

China kippt den US-amerikanischen Apfelkarren um

China hat den US-amerikanischen Markt mit Apfelsaftkonzentrat überschwemmt. Doch China gibt sich nicht mit Konzentraten alleine zufrieden. Es ersucht jetzt Quarantänegenehmigungen vom US-amerikanischen Landwirtschaftsministerium für den Export frischer Äpfel. Daher wird jetzt mit einer roten Flut von Äpfeln in Amerika gerechnet.

Die Schwemme von Apfelsaftkonzentrat war derart massiv, dass amerikanische Apfelbauern schätzungsweise US\$ 135 Millionen an Einkünften alleine durch die Importe von 2002 verloren. Trotz der Auferlegung eines Antidumpingzolls von 51,74 Prozent auf chinesisches Apfelsaftkonzentrat, der im Mai 2000 wirksam wurde, fließen die Importe weiterhin ins Land. In den vergangenen fünf Jahren ist der Anteil des chinesischen Apfelsaftkonzentrates am US-amerikanischen Apfelsaftmarkt auf 45 Prozent gestiegen. Die Branche fleht jetzt um Hilfe.

Keine 20 Jahre, nachdem das Land begonnen hatte, Apfelbäume zu pflanzen, begannen Chinas Exporte von Konzentrat, den US-amerikanischen Markt zu beherrschen, und sie wuchsen allmählich auf 1.200 Prozent an. Durch den Anstieg der Importe sank der Preis stetig von US\$ 7,65 pro Gallone (ca. 3,8 l) im Jahr 1995 auf US\$ 3,57 im Jahr 1998. Während die Apfelproduzenten und die Branche sich bitter beklagten, freuten sich die Konsumenten ganz offensichtlich. Supermarktketten wie Wal-Mart erwarben die Konzentrate zu Tiefstpreisen und verpackten sie in Saft Dosen und Flaschen, gaben den Preisvorteil allerdings nicht in gleichem Umfang an die Konsumenten weiter, wie sie ihn durch die Kürzung der Importpreise erhalten hatten.

Die US-amerikanische Apfelbranche ruft nach dem Schiedsrichter.

Quelle: Devinder Sharma, The Hindu, 2. Juni 2005

WTO auf die Liberalisierung des Agrarhandels hat die Möglichkeiten der einheimischen Landwirtschaft verstärkt untergraben, Lebensmittelversorgung und ökonomisches Auskommen in Asien sicherzustellen. Dies hat zu einem scharfen Anstieg der Anbaukosten geführt, sodass die arme Bauernschaft noch weiter in Verschuldung und Armut gedrängt worden ist. Die Abschaffung sämtlicher Einfuhrbeschränkungen für Lebensmittel, die Förderung exportorientierter Landwirtschaft und die Auslieferung der Landwirte an die Schwankungen des Marktes haben die Selbstversorgung der Region mit Lebensmitteln zerstört.

Historisch ist staatliches 'Eingreifen' in die Produktion, Beschaffung, Lagerung und Verteilung von Grundnahrungsmitteln in den meisten asiatischen Ländern sehr intensiv gewesen. Es zielte darauf ab, die Interessen der Landwirte und der landlosen Armen zu schützen, die ansonsten nicht in der Lage gewesen wären, Schwankungen bei Preisen und der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln auszuhalten.

So bot beispielsweise Indien 24 Produkten Schutz in Gestalt eines "minimum support price" (MSP). Dazu gehörten hauptsächlich Getreide, Hülsenfrüchte, Ölsamen und andere lebenswichtige Feldfrüchte. Diese Feldfrüchte sind nicht nur wesentliche Bestandteile des 'Warenkorbs' bzw. der Ernährung der durchschnittlichen Haushalte, sondern sie machen auch etwa 82 Prozent der Bruttoernte fläche und fast 75 Prozent des Wertes der Gesamtproduktion aus. Der Schutz wurde gewährleistet über die Schaffung von Nahrungsmittelreserven und mit den daran anschließenden Bemühungen des Staates, die erworbenen Lebensmittel mittels eines umfangreichen Public Distribution System (PDS) in die defizitären Gebiete zu liefern, was zurecht als eines der wirksamsten Instrumente der Ernährungssicherheit bezeichnet worden ist.

China, Vietnam, Thailand, Sri Lanka und Indonesien wandten ebenfalls derartige 'Marktinterventions'-Programme an, um sowohl die Bauernschaft als auch

die Konsumenten zu schützen.

Einige der staatlichen Handelsunternehmen, wie die "Food Corporation of India" (FCI), die "National Food Authority" in den Philippinen, die "Paddy Marketing Board of Sri Lanka" sowie BULOG in Indonesien, waren damit befasst, die Verpflichtungen ihrer Regierungen, Ernährungssicherheit und das ökonomische Überleben der Kleinbauern sicherzustellen und die Nachfrage der Konsumenten zu decken.

Während heutzutage die Bemühungen darauf gerichtet sind, die Beschaffungsprogramme abzubauen, hat ein Jahrzehnt der Handelsliberalisierung zu Elend geführt. Anstatt ihre Exporte zu verbessern, werden diese Länder nun Nettoimporteure, was zu mehr Arbeitslosigkeit, Ernährungsunsicherheit, wachsender Ungleichheit und sinkenden Umweltstandards führt. Die "Terms of Trade" in der Landwirtschaft sind heute negativ.

Vor der Wirtschaftsliberalisierung machten Agrarprodukte etwa 21% der asiatischen Importe aus, um heute auf 12% in Südasien und 10% in Ostasien drastisch abzusinken. Dieser Rückgang ist in China noch dramatischer, wo die Agrarexporte von 16% auf 5% gefallen sind. Es ist durchaus natürlich, dass sich bei der Entwicklung von Volkswirtschaften ihre Zusammensetzung vom Primär- (Landwirtschaft) auf den Sekundär- (Verarbeitung) und dann weiter in Richtung Tertiärbereich (Dienstleistungen) verschiebt. Allerdings vollzog sich dies nicht auf der Importfront, besonders nicht in Südasien, was ein triftiger Grund zur Sorge ist. Auch in Indien und Bangladesch wuchsen die Agrarimporte.

Reis ist für Asien lebensnotwendig. Reis ist das Hauptnahrungsmittel in drei der meistbevölkerten Länder der Welt: der Volksrepublik China, Indien und Indonesien. Allein in diesen Ländern leben 2,5 Milliarden Menschen hauptsächlich von Reis. Seit Jahrhunderten hat Reis die Soziologie, Tradition und Lebensgrundlagen für die Mehrheit der Weltbevölkerung bestimmt.

Es ist interessant, festzustellen, dass trotz der Unterschiede in der Produktion und Produktivität die asiatischen Länder aktive Partner im Reishandel geblieben sind was Exporte und Importe betrifft. China, Indien, Thailand, Vietnam und Pakistan sind die Hauptexporteure des Reises, während Indonesien, die Philippinen und Bangladesch nun Nettoimporteure von Reis geworden sind.

Der Weltmarkt für Reis ist stark verzerrt; teilweise aufgrund eines hohen Grades an Interventionen in den Reismärkten in der ganzen Welt. Während arme Länder wie Thailand, Vietnam und Indien dazu neigen, protektionistische Maßnahmen abzuschaffen, gewähren die reichen Länder Ostasiens (Japan und Korea), Europa und die USA

ihren Reisproduzenten ein großes Maß an Unterstützung. Folglich sind die Binnenpreiseniveaus für Reis sehr unterschiedlich. Vor diesem Hintergrund wird allgemein anerkannt, dass die Liberalisierung des Reishandels enorme Auswirkungen auf wirtschaftliches Wohlergehen, Ernährungssicherheit und Armut hat.

Auf den folgenden Seiten werden wir das Debakel um den Reis diskutieren, während wir damit beginnen, die schädigende Auswirkung der Handelsliberalisierung auf einige der wichtigen Länder in der Region zu untersuchen. Auch enthalten die Anhänge Länder-Fallstudien aus Indien, Indonesien, den Philippinen, Sri Lanka, Thailand und Vietnam.

Schlussfolgerung

Nach dem was oben gesagt worden ist, dürften die Auswirkungen der Politik der Handelsliberalisierung für die Entwicklungsländer überaus deutlich sein.

Die Situation ist klar: das unterschwellige Ziel des Freihandelsparadigmas ist es, dass die Entwicklungsländer sich aus der Produktion von Grundnahrungsmitteln sowie einigen der wichtigsten Waren wie Baumwolle und Zucker zurückziehen. Dank der monumentalen Subventionen sowie der Erhöhung ihres Protektionismus werden die OECD-Länder weiterhin ihre Dominanz über diese Feldfrüchte beibehalten. Es ist sogar so, dass der Prozess der Verschiebung der Produktion von Grundnahrungsmitteln und wichtigen Handelswaren in die OECD viel früher begonnen hat. Die WTO legitimiert lediglich die neuen globalen Agrarsysteme.

Mit den Strukturanpassungsprogrammen hatten die Weltbank und der IWF sehr deutlich die Diversifizierung der Agrarproduktion als Bedingung für Kredite ausgesprochen. Dies zwingt Entwicklungsländer weiterhin, sich weg von Grundnahrungsmitteln (die unerlässlich für die Belange der Ernährungssicherheit sind) hin in Richtung "cash crops", die die Luxurnachfrage der westlichen Länder decken, zu orientieren. Aus diesem Grunde sind die Entwicklungsländer gezwungen gewesen, die staatliche Unterstützung für die Nahrungsmittelbeschaffung abzubauen, Preisstützungen für Landwirte zurückzuziehen und Gesetze zur Deckelung von Landbesitz abzuschwächen, was es den Konzernen ermöglicht, in der Landwirtschaft zu operieren. Landwirte müssen den Kräften des Marktes

ausgesetzt werden. Da sie 'ineffiziente' Produzenten sind, müssen sie durch die Industrie ersetzt werden.

Die Liberalisierung der Landwirtschaft wird in den industrialisierten Ländern bei weitem nicht so rigoros durchgesetzt. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die industrialisierten Länder der Teil der Erde sind, in dem eine unmittelbare Diversifizierung der Agrarproduktion angebracht ist. Sie sind die Länder, in denen sich ständig anhäufende Überschüsse von Weizen, Reis, Mais, Sojabohnen, Zuckerrüben und Baumwolle produziert werden, und dies mit schlimmen Umweltfolgen. Sie sind die Länder, die zweifachen Schaden anrichten: Zuerst wird das Land durch hochintensive Anbaumethoden zerstört, das Grundwasser wird verseucht, und die Umwelt wird vergiftet. Und dann erhalten sie riesige Subventionen, um diese nicht nachhaltigen Praktiken künstlich am Leben zu erhalten.

Geht es nach dem Willen der WTO und gelingt es den Entwicklungsländern nicht, die vorherrschende Politik hinter der Agenda des Agrarhandels zu verstehen, so wird die Welt bald zwei Arten von Agrarsystemen haben: die reichen Länder werden Grundnahrungsmittel für die über 6 Milliarden Menschen der Welt produzieren und die Entwicklungsländer werden "cash crops" wie Tomaten, Schnittblumen, Erbsen, Sonnenblumen, Erdbeeren und Gemüse anbauen. Die Dollars, die die Entwicklungsländer vom Export dieser Feldfrüchte einnehmen, werden schließlich gebraucht, um Getreide für ihre Bewohner von den Industrieländern zu kaufen - was in Wirklichkeit eine Rückkehr zu

den Tagen einer Existenz nach der Devise "von der Hand in den Mund" bedeutet.

Nehmen wir das Beispiel Mittelamerikas: Die Schuldenkrise, die die mittelamerikanischen Länder Mitte der Achtziger Jahre traf, kam sehr gelegen, um Anbaumuster in Richtung nichttraditioneller Exporte zu verschieben. Propagiert und gefördert von der "United States Agency for International Development" (USAID), wurde Landwirten die Illusion grünerer Felder in der entwickelten Welt eingetrichtert. Sie bauten nun Feldfrüchte wie Melonen, Erdbeeren, Blumenkohl, Broccoli und Kürbisse an, die in die Supermärkte verschifft wurden, hauptsächlich nach Amerika. Diese mittelamerikanischen Länder wiederum hörten auf, Grundnahrungsmitteln wie Mais und Bohnen zu produzieren und sind jetzt Großimporteure.

Bis jetzt hat die Landwirtschaft der Industrieländer eine einzigartige 'Sonder- und Vorzugsbehandlung' genossen, die eigentlich den Entwicklungsländern sowie den am wenigsten entwickelten Ländern vorbehalten war. Die undurchdringbare Mauer, die seit den Tagen der Uruguay-Rund aufgebaut worden ist, lässt sich nicht so leicht erklimmen.

In tragischer Weise unterstreicht der Selbstmord des koreanischen Landwirtes Lee Kyung-hae in Cancún im September 2003 die Zerstörung, die die WTO den bäuerlichen Gemeinschaften in der ganzen Welt bereitet hat. Was bedauerlicherweise nicht verstanden worden ist, ist dass die WTO auf eine sehr schlaue Weise die Landwirte eines Landes gegen die des anderen ausgespielt hat. Wir wissen, dass jamaikanische Landwirte unter den billigeren Molkereiiimporten aus Großbritannien

en leiden; philippinische Landwirte leiden unter billigeren Reisimporten aus den USA; indonesische Landwirte leiden unter billigerem Reis aus den USA und Vietnam; indische Landwirte leiden unter billigerer Seide aus China und billigerem Tee aus Sri Lanka; die Liste ist endlos ...

Eigenartigerweise fühlen sich Landwirte in der ganzen Welt seit 1995 - dem Jahr, in dem die WTO gegründet wurde - extrem unter Druck gesetzt. Es herrscht bei ihnen Unsicherheit darüber, was ihre Kollegen in der Landwirtschaft jenseits ihrer Landesgrenzen zu künstlich niedrigen Dumpingpreisen ins Land bringen könnten. Dies sind die Landwirte, die Opfer unfairen Handelsliberalisierung geworden sind. Der Grund ist offensichtlich. Jemand zieht einen Nutzen daraus, zwei bäuerliche Gemeinschaften (aus unterschiedlichen Ländern) gegeneinander auszuspielen. Es sind dies die Agrarkonzerne.

Eine echte Reform der Landwirtschaft setzt voraus, dass die Weltgemeinschaft das Leitprinzip akzeptiert, dass wirkliche Ernährungssicherheit für alle eine internationale Verpflichtung ist. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Notwendigkeit der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln zum Eckstein des Agrarabkommens der WTO wird. Sie lässt sich nur erreichen, wenn sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer von einem Kampf um die Vormachtstellung auf den Agrarmärkten Abstand nehmen und ihre Bemühungen darauf richten, Gleichheit, Gerechtigkeit und menschliches Mitgefühl ins Feld zu führen, um der Menschheit größten Geißel zu begegnen, nämlich chronischem Hunger und akuter Unterernährung. Dies wird durch die Sicherstellung der folgenden Punkte erreicht:

- **Den Grad der Ernährungssouveränität in den Entwicklungsländern erhöhen:** Jedes Land sollte das Recht haben, Maßnahmen zum Schutz seiner Ernährungssicherheit und der Absicherung des ökonomischen Überlebens seiner Bäuerinnen und Bauern zu ergreifen. Um solche Ziele zu erreichen, brauchen die Entwicklungsländer wachsende Souveränität über ihre eigene Agrar- und Handelspolitik. Produktionssysteme, die nur auf Effizienz setzen und den Energieverbrauch in ihrer Kostenanalyse nicht berücksichtigen, müssen verworfen werden.

- **Agrarsubventionen unterscheidbar machen:** Agrarsubventionen sollten in zwei Kategorien fallen: eine, deren Nutznießer Kleinbauern sind und die andere für die Agrarwirtschaftsbetriebe und die Großbauern/Großgrundbesitzer. Da kaum 20 Prozent der Agrarsubventionen in Höhe von einer Milliarde US \$, die jeden Tag ausbezahlt werden, Kleinbauern zugute kommt, sollten die verbleibenden 80 Prozent der Subventionen vollständig abgeschafft werden, bevor irgendwelche weiteren Agrarverhandlungen geführt werden.
- **Wiederherstellung von Mengenbeschränkungen:** Entwicklungsländern sollte es gestattet sein, Mengenbeschränkungen (und besondere Schutzmaßnahmen für die Länder, die dem QR-Ansatz nicht gefolgt sind) und Zölle wieder einzuführen. Die Streichung von Subventionen sollte sogar mit der Aufhebung von Mengenbeschränkungen gekoppelt sein. Da die Agrarsubventionen (einschließlich der Einkommenssubventionen, die gemäß der "Grünen Box" gewährt werden) nicht abgebaut werden, brauchen die Entwicklungsländer einen unmittelbaren Schutz gegen die Flut von Billigimporten. Nur dies schafft die notwendige Absicherung für die Landwirtschaft und Ernährungssicherheit der Entwicklungsländer.
- **Neuverhandlung des Rahmenübereinkommens vom Juli 2004:** Dieser Rahmen verschafft den USA und der EU einen Puffer, um Agrarsubventionen über die bestehende Höhe hinaus anzuheben. Abgesehen von der Erwähnung von Kürzungen bei Exportsubventionen ist kein fester Zeitrahmen formuliert worden. Der Rahmen erweitert die Möglichkeit von Schutzmaßnahmen der reichen und industrialisierten Ländern. Sonder- und Vorzugsbehandlung, besondere Schutzmaßnahmen und obendrein Vorkehrungen, um einige der Schlüsselprodukte in die Kategorie der 'sensiblen' Produkte aufzunehmen, verfestigen die Absicherung der Binnenmärkte der reichen und industrialisierten Länder.
- **Multilaterales Abkommen gegen den Hunger:** Hunger ist immer noch ein Thema, das nicht im Rahmen von Handelsabkommen diskutiert wird. Die Entwicklungsländer müssen darauf drängen, dass ein multilaterales Abkommen gegen den Hunger in die neuen zu diskutierenden Themen aufgenommen wird. Es sollte auf dem Leitprinzip des Rechtes auf Nahrung aufbauen und die Grundlage für alle weiteren Verhandlungen bilden. Erst ein solches multilaterales Abkommen würde sicherstellen, dass Länder das Recht haben werden, angemessene Schutzmaßnahmen zu ergreifen, wenn ihre Verpflichtungen gegenüber der WTO das Hunger- und Armutproblem verschärfen.

Endnoten

- ¹ UNDP 2003: Making Global Trade Work for People, ff. 29-31
- ² Smith, A. 1776: *Wealth of Nations*, Buch 4, Kapitel 2
- ³ Christian Aid. 2004: Taking liberties: poor people, free trade and trade justice
- ⁴ UNDP (2005): Human Development Report 2005. United Nations Development Programme. S. 4. Siehe http://hdr.undp.org/reports/global/2005/pdf/HDR05_complete.pdf
- ⁵ UNDP (2003): Making Global Trade Work for People, Earthscan publications, London.
- ⁶ Winters, A. 2000: Trade policy and poverty: What are the links?, Centre for Economic Policy, UK
- ⁷ Anhörung vor dem Landwirtschaftsgremium des US Senats 2002
- ⁸ World Bank 2005: Global Agricultural Trade and Developing Countries, ff. 26
- ⁹ UN Commodity Trade Statistical Database
- ¹⁰ Buntzel-Cano, R. 2004. *How to relate the results of the field trip to the AoA discussion*, Vortrag beim Workshop zu "WTO agricultural negotiations and nature conservation: Towards sustainable rural development", Genf, Sept 7
- ¹¹ OECD (2003): Farm Household Incomes in OECD Countries. Paris.
- ¹² Windfuhr, M. and Jonsen, J. 2005: Food Sovereignty – Towards Democracy in localized food systems, ITDG and FIAN.
- ¹³ Barnett, A. 2001. Revealed: How Britain's richest man takes a pound 3 million tax hand-out. The Observer, Mai 20
- ¹⁴ Siehe <http://www.freedominfo.org/case/cap/>.
- ¹⁵ Siehe <http://www.dicar.dk/research/databank/EUsupport.htm>.
- ¹⁶ OECD 2002
- ¹⁷ Oxfam (2005): Kicking Down the Door. Oxfam Briefing Paper 2005
- ¹⁸ Devinder Sharma (2004): WTO accord - Faulty frame, rude reality, *The Hindu Business Line*, Neu-Delhi, Aug 5
- ¹⁹ Watt 2005
- ²⁰ Cline, W.: "Trade policy and global poverty" (erscheint demnächst)
- ²¹ OECD 2002
- ²² FAO 2004
- ²³ UNCTAD 2003: Handbook of Statistics
- ²⁴ NEPAD 2002: Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP). New Partnership for Africa's Development, Aug 2002
- ²⁵ Seit September 2005 sind 38 afrikanische Staaten Mitglieder der WTO, von denen 22 LDC sind.
- ²⁶ Commander, S. (1989): 'Structural Adjustment and Agriculture, Theory and Practice in Africa and Latin America', ODI, London
- ²⁷ Eine Importflut liegt vor, wenn eine 20-prozentige (positive) Abweichung von einem beweglichen Fünfjahresdurchschnitt für eine bestimmte Ware in einem Land vorliegt.
- ²⁸ FAO (2003): Some Trade Policy Issues Relating to Trends in Agricultural Imports in the context of Food Security. Committee on Commodity Problems: sixty-fourth session. Rom 18-21 März 2003. (Siehe <http://www.fao.org/DOCREP/MEETING/005/Y8319E/Y8319E00.HTM>)
- ²⁹ Hassett, K.A. and Robert Shapiro (2003): How Europe Sows Misery in Africa. *Washington Post* Juni 22
- ³⁰ Louis Goreux (2004): Cotton After Cancun, März 2004, S.16
- ³¹ International Cotton Advisory Committee (2004): 'Production and Trade Policies Affecting the Cotton Industry,' Mai 18 2004.
- ³² Oxfam 2002 Cultivating Poverty: The Impact of US Cotton Subsidies on Africa, Oxfam Briefing Paper, S. 19
- ³³ New York Times (2003): The Long Reach of King Cotton. New York Times, August 5, 2003.
- ³⁴ Oxfam (2004): Finding the Moral Fibre. Oxfam Briefing Paper # 69, S. 7, Oktober 2004.
- ³⁵ Nicholas Minot and Lisa Daniels (2002): Impact of Global Cotton Markets on Rural Poverty in Benin. MSSD Discussion Paper Number 48. International Food Policy Research Institute, Washington. S. 26
- ³⁶ Oxfam (2002): Cultivating Poverty: The Impact of US Cotton Subsidies on Africa, Oxfam Briefing Paper, S. 17
- ³⁷ Oxfam (2004): Finding the Moral Fibre. Oxfam Briefing Paper # 69, S. 10, October 2004.
- ³⁸ Oxfam (2004): Finding the Moral Fibre. Oxfam Briefing Paper # 69, S. 8, October 2004.

- ³⁹ Die Verschuldung/Export-Rate wird vom IWF als Indikator benutzt, um einen Zusammenhang zwischen der Höhe der Verschuldung und der Verfügbarkeit vom Deviseneinkommen in der Volkswirtschaft insgesamt herzustellen. Der IWF hat im Rahmen der “enhanced HIPC Initiative” eine Nachhaltigkeitsschwelle von 150 Prozent des gegenwärtigen Nettowertes (NPV) für die Verschuldung/Export-Rate definiert.
- ⁴⁰ IMF and World Bank (2004): Heavily Indebted Poor Countries (HIPC) Initiative—Statistical Update, März 31, 2004, S. 38.
- ⁴¹ Oxfam (2002): Cultivating Poverty: The Impact of US Cotton Subsidies on Africa, Oxfam Briefing Paper, S. 19
- ⁴² IMF Country Report No. 04/10: “Mali- Selected Issues and Statistical Index”. S. 23
- ⁴³ FAO 2004
- ⁴⁴ EPAWatch (2004): Civil Society Programme at the Joint Parliamentary Assembly, 20, 23 and 24 November 2004 (Siehe <http://www.epawatch.net/general/text.php?itemID=254&menuID=28>)
- ⁴⁵ Fanny Pigeaud (2003): The Senegalese Chicken is Debated at the WTO: Subsidised Imports Ruin the Country. *Liberation* August 5 2003
- ⁴⁶ Chossudovsky, Michel (1997): *The Globalisation of Poverty: Impacts of IMF and World Bank Reforms*. S. 106. Penang: Third World Network.
- ⁴⁷ Chossudovsky, Michel (1997): *The Globalisation of Poverty: Impacts of IMF and World Bank Reforms*. S. 106. Penang: Third World Network.
- ⁴⁸ Food Trade & Nutrition Coalition (2005): Dumping Food Aid: Trade or Aid? April 2005, S. 5
- ⁴⁹ Bonilla, Eugenio and Reza, Lucia (2001): “Latin American Perspective”; 2020 Focus 1 (Getting Ready for the Millennium Round Trade Negotiations), Brief 2 of 9, April 2001
- ⁵⁰ Eine hervorragende Analyse der Verschiebung der Anbaumuster und ihrer Auswirkung auf ökonomisches Überleben der Bauern und Ernährungssicherheit wird vom UNDP 2002 in “Making Global Trade Work for People” dargestellt.
- ⁵¹ FAO (2002): ‘A Harvest of Silence; Efforts to boost the economy of one of Guatemala’s poorest regions through cash cropping threatens the cultural and genetic diversity of the Maya. Summary of the larger report.
- ⁵² Posner, Lauren (2001): “Unequal Harvest: Farmers’ Voices on International Trade and Right to Food”; Published by Rights and Democracy in cooperation with University of McGill
- ⁵³ IATP (2005): “WTO Agreement on Agriculture: A Decade of Dumping”
- ⁵⁴ Khan, A; Clarke, C; Green, D; Rice, T (2003): Agricultural Negotiations in the WTO; Six ways to make a new Agreement on Agriculture work for Development. S. 12
- ⁵⁵ Khan, A; Clarke, C; Green, D; Rice, T (2003): *Agricultural Negotiations in the WTO; Six ways to make a new Agreement on Agriculture work for Development*. S. 12
- ⁵⁶ Thornton, Phillip (2003): “The Have Nots: Suffering the Inability to Compete”; September 10
- ⁵⁷ Khan, A; Clarke, C; Green, D; Rice, T (2003): Agricultural Negotiations in the WTO; Six ways to make a new Agreement on Agriculture work for Development. S. 12
- ⁵⁸ Oxfam 2002
- ⁵⁹ Khan, A; Clarke, C; Green, D; Rice, T (2003): Agricultural Negotiations in the WTO; Six ways to make a new Agreement on Agriculture work for Development. S. 12
- ⁶⁰ FAO Committee on Commodity Problems (2003): *Some Trade Policy Issues Relating to Trends in Agricultural Imports in the Context of Food Security* Document no CCP 03/10 E. S. 4
- ⁶¹ Inter-American Institute for Co-operation in Agriculture (IICA) (2004): *The State of, and Outlook for, Agriculture and Rural Life in the Americas*. S. 66
- ⁶² Ricker, Tom (2004): “Competition or Massacre: Central American’s Farmers’ Dismal Prospects under CAFTA”; April; Multinational Monitor
- ⁶³ Oxfam/ Watkins, K (2002): *Rigged Rules and Double Standards; Trade, Globalisation and the Fight Against Poverty* Oxford, Oxfam.
- ⁶⁴ FAO 2004
- ⁶⁵ EU Budget 2003
- ⁶⁶ IICA (2004): “The State of and Outlook for Agriculture and Rural Life in the Americas”

- Anhänge -

Anhang I: Länderfallstudien

Aus Afrika

Kenia

Obwohl das ökonomische Überleben von fast 70 Prozent der Bevölkerung Kenias von der Landwirtschaft abhängt, wobei drei Millionen Kleinbauern 75 Prozent aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse produzieren, macht die Landwirtschaft nur 27 Prozent des BIP aus. Die Masse der Produktion beruht auf kleinen landwirtschaftlichen Familienbetrieben, die sowohl Nahrungsmittel als auch "cash crops" produzieren und zwei Drittel der Agrarproduktion erzeugen.

Mit den Strukturanpassungsmaßnahmen der achtziger und neunziger Jahre hat Kenia Wirtschaftsreformen eingeleitet, die auf Kürzungen staatlicher Unterstützung für die Landwirte hinausliefen. Seitdem sank die Produktivität der Landwirtschaft und die Abhängigkeit von Importen wuchs. Weitreichendere Reformen setzten in den frühen neunziger Jahren ein. Sie zielten auf eine Förderung der Beteiligung des Privatsektors in der Produktion, Vermarktung und Verarbeitung sowie im Handel mit Agrargütern. Als Folge dieser Politik werden heute die meisten Agrarpreise durch die Marktkräfte bestimmt, wobei Import- und Exportparität die Hauptdeterminanten von Binnenpreisen sind. Zölle sind mittlerweile das einzige verbliebene Instrument zur Regulierung des Handels.

Trotz der Reformen verschlimmerte sich der Hunger in Kenia in den neunziger Jahren, wobei die Zahl der Armen von 11,3 Millionen (48,4 Prozent der Bevölkerung) 1990 auf 17,1 Millionen Menschen bzw. 55,4 Prozent der Bevölkerung im Jahre 2001 anstieg.¹

Exporte aus Kenia genießen bevorzugten Zugang zu Weltmärkten im Rahmen einer Reihe besonderer Programme für Marktzugang und Zollsenkungen. Der intra-regionale Handel steigt, da Kenia aufgrund seiner Mitgliedschaft in der Ostafrikanischen Gemeinschaft (die aus Kenia, Uganda und Tansania besteht) sowie dem "Common Market for Eastern and Southern Africa" (COMESA) zu den regionalen Märkten Zugang hat. Exporte und Importe in und aus Mitgliedsländern genießen präferentielle Zollsätze, was im Rahmen des AKP/Cotonou-Abkommens auch die EU einschließt. Auch hat Kenia zollfreien Zugang zum US-amerikanischen Markt im Rahmen des von den USA erlassenen "African Growth and Opportunity Act" (AGOA). Kenias Hauptprodukte, die für den Export unter AGOA infrage kommen, umfassen Textilien, Kleider und Kunsthandwerk.

Alle diese Faktoren sollten der kenianischen Wirtschaft helfen. Tatsächlich ist die Realität sehr trüb, wie aus dem folgenden ersichtlich wird.

Mais ist das Grundnahrungsmittel Kenias. Seit 1992 deckt die Maisproduktion nicht mehr den Binnenkonsum, sodass das Land sich in einen Nettoimporteure verwandelt hat. Bereits im Jahr 1993 wurde die Vermarktung von Mais liberalisiert, was das Problem zuspitzte, als die Betriebsmittelkosten in die Höhe schossen. Bevor die Umsetzung der Reformen zur Liberalisierung in Kenia begannen, wurde dem "National Cereals and Pro-

"In den vergangenen Jahren haben Maisbauern riesige Verluste aufgrund der Einfuhr von billigem Mais erlitten. Die Regierung sollte diese Entwicklung stoppen, sofern sie es mit der Förderung der Landwirtschaft ernst meint". Samuel Gitonga, Vorsitzender der Zweigstelle Nakuru der "Kenya Federation of Agricultural Producers", Juli 2003."

duce Board“ (NCPB) die Aufgabe der Regulierung des Maishandels sowie der Stabilisierung der Preise zugewiesen. Das NCPB stellte sicher, dass Maiserträge aus den Regionen, in denen ein Überschuss produziert wurde, in die defizitären Bereiche flossen. Mit der Intensivierung des Reformprozesses wurde die Rolle des NCPB zurückgestuft und sie ist nun nur noch für die Aufrechterhaltung der nationalen Nahrungsmittelreserven zuständig. Seitdem herrscht auf dem Maismarkt Ungewissheit und die Preise unterliegen großen Schwankungen als Folge sowohl saisonaler Schwankungen als auch politischer Veränderungen.

Kenia ist von einem Nettoexporteur zum Nettoimporteur von Mais geworden. Die Masse der Maiseinfuhren kommt aus Italien, den USA, Südafrika und Malawi. Ähnlich liegt der Fall beim Reis. Reisimporte stammen nicht nur aus Asien, sondern auch aus der EU (asiatischer und US-amerikanischer Reis wird in Rohform nach Großbritannien importiert, wo er verarbeitet und dann in die ganze Welt, einschließlich Afrika, re-exportiert wird). Seit 1995 steigen diese Wiederausfuhren an. Sie erreichten im Jahr 2000 einen Höhepunkt von 22.000 Tonnen und erhöhten so den Importdruck erheblich. Als Folge erhielten die Reisbauern 2002 nur wenig mehr als die Hälfte des Preises von 2000.²

Für ein Land, dessen Lebenserhalt und Wirtschaft von der Landwirtschaft abhängt, stellt dies sowohl direkt als auch indirekt eine Bedrohung dar. Ernährungssicherheit, Beschäftigung, Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung sind direkt mit der Landwirtschaft verbunden.

Zusätzlich ist Kenia ein Opfer des Zuckerdumpings. Regierungsberichten zufolge fiel die Zuckerproduktion von einem Hoch von 470.000 Tonnen im Jahr 1999 auf rund 377.440 Tonnen im Jahr 2001 - verglichen mit einer geschätzten Nachfrage von 600.000 Tonnen pro Jahr. Die Landwirte konnten nur noch niedrige Preise verlangen, da die Importe weiterhin den einheimischen Markt überschwemmten, was wiederum zu einer Verringerung der Produktion führte. Tatsächlich verdoppelten sich die Importe im Jahr 2000 sogar, wodurch der Markt für den einheimisch hergestellten Zucker unter Druck geriet. Aufgrund der billigeren Importe sind kenianische Zuckerfirmen nicht in der Lage, auf dem Binnenmarkt zu konkurrieren. Alle großen Zuckerfirmen Kenias sind bei ihren Lieferanten verschuldet, was zu langwierigen Konflikten zwischen der einheimischen verarbeitenden Industrie und den Zuckerbauern geführt hat. Angesichts eines unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs dieses einheimischen Wirtschaftszweiges versuchte die "Kenya Sugar Cane Growers Association" im März 2003 ein Verbot für Zuckerimporte zu erreichen. Allerdings war die Regierung aufgrund ihrer Ver-

Landwirte sind die Leidtragenden

Justus Lavi Mwololo ist Landwirt in Kenia. Er baut Mais, Bohnen, Süßkartoffeln und Kartoffeln an. Noch 1982 war die Lage im Land recht günstig und Kleinbauern kamen ganz gut zurecht. Heute jedoch, da die Landwirtschaft Kenias tief in der Krise steckt, sieht er ein, dass niemand etwas für die Landwirte tun wird. Landwirte wie er erhalten aufgrund der strengen Konditionen und exorbitanten Zinssätze (um die 25%) keine Kredite von einheimischen Banken. Aufgrund der Liberalisierung und der WTO-Bestimmungen sind einerseits die Kosten von Betriebsmitteln in die Höhe geschossen, während andererseits der Preis von Feldfrüchten wie Mais drastisch gesunken ist und Landwirte gezwungen hat, mit Verlust zu verkaufen. Deutschland, so sagt er, ist der größte Käufer von Kaffee aus Kenia. Es kauft die Kaffeebohnen auf, verarbeitet sie und verkauft sie an Kenia zurück. Ähnliche Probleme gibt es bei Baumwolle, Zucker, Molkereiprodukten und eigentlich im gesamten Agrarsektor. Viehbauern, die ihr Vieh an Fleischfabriken in Kenia verkauften, können dies nicht mehr tun, da die Fabriken stillgelegt sind. Aufgrund liberalisierter Importe von Pflanzmaterial ist genmanipulierter Mais von "Pioneer" in Kenia eingeführt worden. Er benötigt höhere Aufwendungen an Düngemitteln, chemischen Spritzmitteln und Bewässerung - viele Teile Kenias sind dürreanfällig und es gibt immer wieder Missernten bei Mais. Gleichzeitig gehen alte traditionelle Maissorten mit rasender Geschwindigkeit verloren.

Übernommen von einem im "Motion Magazine" veröffentlichten Interview; siehe <http://www.inmotionmagazine.com/global/jlm1.html>

pflichtungen der WTO gegenüber nicht in der Lage, die Grenzen zu schließen. Obwohl Kenia daran gehindert wurde, die Importe insgesamt zu verbieten, wurde dem Land von COMESA eine einjährige Verlängerung des Rechtes gewährt, Zölle auf Zucker zu erheben, um riesige Fluten billiger Importe abzuwehren.

In ähnlicher Weise sind im Falle der Baumwolle sowohl die Baumwollpflanzer als auch die Textilindustrie betroffen. Als eine zentrale Einkommensquelle für arme Haushalte fiel die Baumwollproduktion von 70.000 Ballen pro Jahr Mitte der Achtziger auf weniger als 20.000 Ballen Mitte der Neunziger. In nur zehn Jahren sank die Beschäftigung in den Textilfabriken von 120.000 Personen auf 85.000.³

Kaffee ist neben Rohöl die am stärksten international gehandelte Ware. In diesem Sinne hätte er große Gewinne für Kenia liefern müssen. Da sie die prämierten *Arabica*-Bohnen anbauten, rechneten die Kaffeepflanzer aufgrund des einzigartigen Aromas und Geschmacks dieses Kaffees mit hohen Preisen. Weltweit fielen die Kaffeepreise zwischen 1997 und 2001 aber um fast 70 Prozent und die Landwirte können es sich nicht mehr leisten, ihre Pflanzen so zu pflegen, wie dies für Bohnen der höchsten Qualität notwendig wäre. Stattdessen haben sie sich dafür entschieden, rote Bohnen und Mais zwischen den zweieinhalb Meter hohen Kaffeebüschen zu pflanzen. Viele haben den Kaffeeanbau ganz aufgegeben, da er oft nicht mehr gewinnträchtig war.⁴

In der Milchproduktion sind rund 600.000 Kleinbauern beschäftigt und sie macht etwa 10 Prozent von Kenias BIP aus. Im Jahr 2001 bekam ein Land, das im Milchsektor weitgehend selbstversorgend war, die Auswirkungen einer Flut von Milchpulver- und Butterimporten aus der EU zu spüren. Die Importeure waren private Molkereibetriebe und nahrungsmittelverarbeitende Firmen einschließlich Nestlé Foods Ltd, Spin Knit Ltd, und Wonder Foods Ltd. Die Betriebe des öffentlichen Sektors mussten die Preise, die sie an einheimische Produzenten zahlten, senken.⁵ Nachdem das Kenya Dairy Board Bemühungen geleitet hatte, diese Entwicklung zu bremsen, erklärte sich die Regierung tatsächlich bereit, die Importzölle auf Molkereiprodukte zu verdoppeln, um einheimische Produzenten zu schützen. Allerdings werden diese höheren Zölle nicht durchgesetzt, sodass die Produzenten dem unfairen Wettbewerb von billigen und hochsubventionierten Importen ausgesetzt bleiben.

Um das Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe zu erhöhen und um an Devisen zu kommen, hat die kenianische Regierung den Gartenbau gefördert. Dies ist im Einklang mit der Vorgabe der Weltbank, Anbaumuster zu diversifizieren. An Werten gemessen haben sich die Exporte von Gartenbau-Produkten fast verdoppelt und zwar von KSh (Kenia Schillinge) 7.700 Millionen auf KSh 13.900 Millionen im Zeitraum von 1996 bis 2000. Allerdings ist es wichtig, hierbei im Auge zu behalten, dass die Exporte in erster Linie aus Schnittblumen und Gemüse bestehen. Die Intensivierung der Blumenproduktion geschieht auf Kosten der Nahrungsmittelproduktion und wird von transnationalen Konzernen oder lokalen Elite betrieben. Der Anbau von Blumen ist eine der schmutzigsten Formen der Landwirtschaft und er ist von der EU in sehr geschickter Weise nach Kenia, Indien und Kolumbien ausgelagert worden.

Senegal

Wie in anderen afrikanischen Ländern sind auch im Senegal 60 Prozent der Einkommen der Bevölkerung von der Landwirtschaft abhängig. Der Primärsektor macht 18 Prozent des BIPs aus. Der Mitte der achtziger Jahre initiierte Reformprozess in der Wirtschaft schaffte einige landwirtschaftliche Beratungsdienste ab und beendete die Subventionen für Düngemittel. Die daraus resultierenden höheren Produktionskosten zwangen die verarmten Landwirte, private Kredite in Anspruch zu nehmen. Da die Erzeugerpreise nicht mit den hohen Kosten der Betriebsmittel Schritt halten konnten, verschuldeten sich

die Bauern zunehmend. Als Folge fiel der Verbrauch von Düngemitteln für den Anbau von Erdnüssen, dem wichtigsten "cash crop", von 45.500 Tonnen in 1997-98 auf 25.000 Tonnen in 2001-02, und die Erträge sanken drastisch.

Als Vorbedingung für die Schuldenerleichterung (im Rahmen der Initiative für die Hochverschuldeten Armen Länder [HIPC]) musste der Senegal die staatliche Unterstützung der Erdnussproduktion zurückfahren. Im November 2001 wurde die Erdnussernte dem Privatsektor übergeben. Angesichts des Fehlens eines staatlichen Beschaffungswesens

kauften private Händler die Ernten unterhalb des offiziellen Preises, wobei sie oft nur einen kleinen Teil zahlen konnten und den Rest mit 'Gutscheinen' beglichen. Nur 335.000 Tonnen von geschätzten 1,2 Millionen Tonnen gelangten in Umlauf und der Grossteil der Ernte verrottete in den Speichern. Als die Landwirte versuchten, die Erdnüsse auf privaten Märkten zu verkaufen, begegneten sie den gleichen Spekulanten. Den meisten Inhabern von Gutscheinen wurde nichts ausgezahlt.

In ähnlicher Weise war im Dezember 2002-03 bei Feldfrüchten wie Hirse, Sorghum, Reis und Mais die Gesamtproduktion auf 835.000 Tonnen gefallen - von einer Rekordhöhe von 1,2 Millionen Tonnen in den Jahren 1999-2000. Als Folge wurden Ernährungsunsicherheit und Hunger zu einem großen Problem, das die Regierung zwang, ein Nothilfeprogramm zu lancieren. Tatsächlich stieg die Zahl der Unterernährten von 23 Prozent in 1990/92 auf 24 Prozent in 2000/02.⁶ Ganz offensichtlich haben die Liberalisierungsmaßnahmen, die im Senegal durchgeführt wurden - zusammen mit einer 50-prozentigen Entwertung des CFA-Franc im Jahr 1994 - die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarsektors nicht verbessert, sondern haben sogar die Ernährungsicherheit gefährdet. Diese Politik hat zu einem Anstieg der Schuldenlast Senegals geführt. Im Jahr 2002 entsprach die Auslandsverschuldung des Landes 70 Prozent seines BIPs.

Als dann die Liberalisierung der Landwirtschaft in Gang kam, begannen die WTO-Regelungen zu den Sorgen der Landwirte beizutragen. Importe von Tomatenmark, vor allem aus der EU, nahmen während der neunziger Jahre um das 15-fache zu, sodass den einheimischen Tomatenanbauern die Märkte verloren gingen. Laut der FAO "hat die Liberalisierung der Importe von Tomatenmark nach 1994 den dramatischen Anstieg bei Importen sowie die negative Auswirkung auf die Produktion ver-

Was die Liberalisierung des Handels Mali gekostet hat

Mali begann 1991 mit der Liberalisierung seines Handels. Im Jahr 2000 lag sein BIP bei US\$ 2,4 Milliarden. Laut "Christian Aid" wäre 2000 ohne die Liberalisierung das BIP des Landes um US\$ 191 Millionen höher gewesen als es tatsächlich war - das entspricht mehr als Malis Ausgaben für das Gesundheitswesen in jenem Jahr. Werden die Verluste über die zehn Jahre addiert, seit Mali mit der Liberalisierung begann, so beträgt die Gesamtsumme US\$ 1,4 Milliarden.

Im Jahre 2000 zählte Malis Bevölkerung 10,8 Millionen, und es verlor fast US\$ 18 Dollar pro Person durch die Liberalisierung des Handels - mehr als die Hälfte der US\$ 33 pro Person, die das Land an Entwicklungshilfe erhielt. Seit den frühen neunziger Jahren hat Mali fast US\$ 130 pro Person durch die Liberalisierung des Handels verloren - das entspricht einem halben Jahr an Einkommen. Es ist, als ob in Mali alle für sechs Monate aufgehört hätten, zu arbeiten.

Quelle: Christian Aid (2005): The Economics of Failure: the real cost of "free" trade for poor countries. Christian Aid Briefing Paper, Juni 2005

schuldet".⁷ Zusätzlich erfuhr der Geflügelsektor einen tiefen Schlag. Der Import von tiefgefrorenen Geflügel-Teilen, hauptsächlich aus der EU, boomte. In nur fünf Jahren, von 1998 bis 2003, verfünffachten sich die Einfuhren mit dem Ergebnis, dass die einheimische Produktion sank und 40 Prozent der einheimischen Produzenten ihre Existenzen verloren.⁸

Aus der EU importiertes Milchpulver hat den Binnenmarkt praktisch zerstört. Senegalesische Milchbauern und verarbeitende Betriebe sind einfach nicht in der Lage, mit subventioniertem Milchpulver aus der EU zu konkurrieren. Die Bestände gehen

nie aus und werden aggressiv vermarktet. In nur drei Jahren wuchsen Milchpulverexporte nach Westafrika um 25 Prozent. Die einheimisch produzierte Milch (die 28p pro Liter kostet) kann einfach nicht mit den hochsubventionierten Exporten konkurrieren. Die Auswirkung des Milchdumpings ist nicht auf Senegal beschränkt. Im benachbarten Mali ist der Sachverhalt in bedrückender Weise ähnlich.⁹ (siehe Kasten: Was der Handel Mali kostet)

Ghana

Landwirtschaft ist der wichtigste Bereich der Wirtschaft in Ghana und beschäftigt 65 Prozent der aktiv arbeitenden Bevölkerung. Schon bevor die WTO gegründet worden war, verlangten die Kreditprogramme der IWF/Weltbank, dass Ghana Agrarsubventionen für alle Landwirte, die Tomaten und Reis anbauten und Geflügel züchteten, abbaut. Gleichzeitig wurde Ghana aufgefordert, seine Märkte zu öffnen. Hiernach überfluteten Billigimporte von Geflügel und Tomaten aus den USA und der EU sowie Reis aus den USA und Asien den Markt. Der Mangel an Subventionen untergrub die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Landwirte und die Konsumenten zogen die billigeren, importierten Produkte vor - zum Schaden der Kleinproduzenten.¹⁰

Die rasante Liberalisierung des Agrarhandels in der Folge der Strukturanpassungsprogramme resultierte in steigenden Importen von billigem Reis aus Thailand und den USA.

Globale Regeln und die Bananen Ghanas

Hubert van den Broek, Betriebsdirektor der Firma Volta River Estates Ltd., ist Bananenproduzent. Nach dem Auslaufen des Bananen-Abkommens von 2001 zwischen den USA und der EU dachte er, dass er wieder mit dem Export von 5.000 Kisten Bananen pro Woche beginnen könnte. Sein Optimismus schwand jedoch bald. Aufgrund des neuen Abkommens zwischen den USA und der EU, das nicht nur die ehemaligen Quoten beibehielt und Zugang für nicht-traditionelle Bananenproduzenten verschaffte, fielen seine Export von 3.000 Kisten pro Woche auf bloße 600 Kisten; 100 Festangestellte wurden sofort entlassen.

Quelle: Christian Aid (2002) Listen to Africa. Mai 2002 S.17

Diese Importe untergruben nicht nur die Lebensgrundlage der Produzenten, Verarbeiter und Händler des einheimischen Reises, sondern sie veränderten auch Ernährungsgewohnheiten und ermutigten Konsumenten, importierten Reis zu kaufen statt traditionellen Nahrungsmitteln wie Süßkartoffeln, Mais und Sorghum - Grundnahrungsmitteln, die großenteils von Bäuerinnen angebaut werden.¹¹ Trotz der Absicht der Regierung, Zölle zu erhöhen, um diese Importe zu blockieren, gelang es dem IWF nach Verhandlungen, die hinter den Kulissen geführt wurden, Bemühungen in diese Richtung ins Stocken zu

bringen. In der Folge exportierten die USA im Jahr 2003 111.000 Tonnen Reis nach Ghana. Zwischen 2000 und 2003 kostete es im Schnitt \$415, eine Tonne weißen Reis in den USA anzubauen und zu verarbeiten. Allerdings wurde dieser Reis in der ganzen Welt für nur \$274 pro Tonne verkauft und in den Entwicklungsländern zu einem Dumpingpreis 34 Prozent unter den tatsächlichen Produktionskosten angeboten.¹²

Das Reisdumping in Ghana geschah auch in der Gestalt von Nahrungsmittelhilfe. Lange Zeit hatte diese auf Kosten der ghanaischen Reisbauern den Binnenpreis gedrückt. Anhaltendem Druck ausgesetzt hat USAID nun aufgehört, Reis als Nahrungsmittelhilfe zu schicken (stattdessen werden nun etwa 55.000 bis 60.000 Tonnen Weizen pro Jahr exportiert).¹³ Allerdings exportierte Japan nach Ghana im Jahr 2002 Reis im Wert von US\$ 3 Millionen in Form von Nahrungsmittelhilfe.¹⁴

In ähnlicher Weise ist Ghana ein begehrtes Ziel für das Dumping von Tomaten aus Italien. Seit Jahrzehnten werden in den höhergelegenen Bezirken Ghanas Tomaten angebaut, die lokal weiterverarbeitet wurden. Eine Zollsenkung führte zur Einfuhr von billigen Tomatenprodukten aus Italien. Der einheimische Markt wurde überschwemmt (die Tomatenverarbeitung

in Südeuropa erhält jährlich Euro 372 Millionen Subventionen) und die meisten der Tomatenverarbeitungsanlagen wurden vom Markt verdrängt. Die Lebensgrundlage von Verarbeitern und Landwirten erlitt einen schweren Schlag. Als beispielsweise die Pwalugu-Tomatenkonservenfabrik geschlossen wurde, verloren 60 Festangestellte und 100 Aushilfskräfte ihren Arbeitsplatz. Was noch schwerer wog, war, dass den Tausenden Landwirten, an die die Konservenfabrik vertraglich gebunden war, nichts übrig blieb als Notverkäufe zu tätigen.

Die Verwüstung, die die Landwirtschaft erlitt, hat zu Abwanderungen in die städtischen Gebiete in großem Umfang geführt. Schätzungsweise 10.000 Kinder und Jugendliche leben und arbeiten in den Straßen von Akkra. Viele von ihnen kommen aus den ländlichen Gebieten Ghanas, wo Armut und hohe Arbeitslosigkeit sie in die große Stadt treiben.¹⁵ Trotz dieses offensichtlichen Dilemmas verlangen Handelsverträge eine weitere Liberalisierung der Wirtschaft des Landes.

Im Jahr 2000 betrug Ghanas Bruttoinlandsprodukt (BIP) nicht ganz 5 Milliarden US-Dollar. Laut einer Studie der Christian Aid¹⁶ wäre Ghanas BIP fast \$850 Millionen Dollar höher gewesen, wenn es nicht liberalisiert hätte. Wird der jährliche Verlust von 1986 bis 2001 hinzugenommen, ergibt dies einen Gesamtverlust von fast \$10 Milliarden oder rund zehn Prozent von Ghanas BIP in diesem Zeitraum.

Im Jahr 2000 verlor Ghana für jeden seiner 20 Millionen Einwohner 43 Dollar. Im gleichen Jahr erhielt Ghana Entwicklungshilfe in Höhe von nur \$31 pro Person. In den 15 von Handelsliberalisierung geprägten Jahren verlor Ghana das Äquivalent von \$510 pro Person - das ist eine riesige Menge Geld, wenn man bedenkt, dass das Pro-Kopf-BIP im Jahr 2000 nur \$330 betrug. Es ist, als ob alle Menschen in Ghana für anderthalb Jahre aufgehört hätten zu arbeiten.

Mauritius

Trotz seiner geringen Landfläche und einer Bevölkerung von nur 1,18 Millionen lässt sich Mauritius, das strategisch zwischen Afrika, Asien und dem indischen Subkontinent gelegen ist, mit seinem Pro-Kopf-BIP von \$3.600 als eine der wenigen Erfolgsgeschichten Afrikas bezeichnen. Seit der Erlangung seiner Unabhängigkeit im Jahr 1968 hat sich Mauritius von einem Land mit niedrigem Einkommen und einer auf Zuckermonokulturen gegründeten Wirtschaft in ein stärker diversifiziertes, exportgetriebenes Land mit mittlerem Einkommen verwandelt - im Gegensatz zu den meisten anderen afrikanischen Staaten. Nach wie vor legt die Regierung großen Wert auf Wachstum und auf die Diversifizierung von Exporten sowie die Sicherung von Auslandsinvestitionen.

Mauritius ist ein *Single Commodity Exporter* (SCE) von Zucker, also ein Staat, dessen Wirtschaft vom Export des Rohstoffs Zucker abhängig ist. Sein Hauptabsatzmarkt ist die Europäische Union und es zieht Nutzen aus Handelspräferenzen unter dem EU-AKP-Zuckerprotokoll und dem SPS-Abkommen. Zusätzlich zu seinem Status als SCE ist Mauritius ein Netto-Nahrungsmittel-importierendes Entwicklungsland (NFIDC). Grunderzeugnisse, wie Weizen, Reis, Hülsenfrüchte, Rindfleisch, Milch und Speiseöle werden importiert. Diese Situation ergibt sich aus der überragenden Bedeutung des Hauptexportartikels Zuckers, der 90% der gesamten Agrarexporteinnahmen ausmacht und auf mehr als 85% der Ackerfläche, d.h. auf 41% der Landfläche der Insel produziert wird. Abgesehen vom Zucker beschränkt sich die landwirtschaftliche Produktion auf Frischgemüse, einige Tropenfrüchte und einige wenige andere landwirtschaftliche und agro-industrielle Produkte (Geflügel, Eier, Schweinefleisch).

Die Finanziere des Landes hegen eine gewisse Befürchtung, dass Handelspräferenzen in Form von Bevorzugung in einigen Bereichen bald auslaufen könnten. Als Methode der Erhaltung seiner Marktstellung fördert Mauritius die Entwicklung seiner weiterverarbei-

tenden wertschöpfenden Lebensmittelwirtschaft, wie etwa besondere Zuckersorten, vorgeschälte Ananas, Obst- und Gemüsekonserven, Pasten, Pulver und Pommes Frites.

Uganda

Die Liberalisierung des Agrarsektors hat der Ernährungssicherheit geschadet. In zunehmendem Maße werden Feldfrüchte wie Mais, Bohnen und Hirse vermarktet und zu Exportzwecken gefördert. Dies hat dazu geführt, dass Lebensmittelvorräte knapper geworden sind und insbesondere bei den armen Haushalten in den betroffenen Regionen die Ernährungsunsicherheit zugenommen hat.¹⁷

Die Liberalisierung der Wirtschaft hat zu einem verstärkten Zustrom von Devisen geführt und die Handelsbedingungen für den Agrarsektor, der 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung beschäftigt, haben sich verschlechtert. Selbst wenn die Agrarproduktion angestiegen ist, hat die Politik der Liberalisierung zu größerer Ernährungsunsicherheit geführt.

Vor nicht allzu langer Zeit waren Kaffeexporte eine wichtige Devisenquelle für Uganda. Aufgrund der niedergehenden globalen Kaffeepreise (die Gründe hierfür sind im Abschnitt über Kenia erläutert worden) erhielt jedoch ein Kaffeepflanzer in Uganda 14 US Cent pro Kilo für seine grünen Bohnen, die wiederum die Röstfabrik zum Preis von \$1,64 pro Kilo erreichen. Sie enden schließlich auf dem Supermarktregal in Großbritannien zu \$26,40 pro Kilo, einem Preis, der 7000 Mal höher liegt als der an die Landwirte gezahlte Preis. Eine ähnliche Reise der grünen Bohne in eine Packung gerösteten und gemahlten Kaffees, die in den USA verkauft wird, bringt einen Preisanstieg von fast 4000 Prozent mit sich.¹⁸ In den Jahren 1994-95 brachten Kaffeexporte dem Land \$433 Millionen ein, eine Zahl, die bis 2000-01 auf \$110 Millionen sank.

Im Jahr 2000 betrug Ugandas BIP fast \$6 Milliarden. Laut Angaben von Christian Aid¹⁹ wäre das BIP Ugandas um US \$735 Millionen höher, wenn das Land seine Wirtschaft nicht liberalisiert hätte. Diese Differenz ist größer als das, was Uganda im Jahr 2000 für Gesundheit und Bildung zusammen genommen ausgab. Addiert man diesen Rückgang für jedes Jahr von 1986 bis 2001, so erhält man einen Gesamtverlust von fast \$5 Milliarden oder acht Prozent von Ugandas BIP in diesem Zeitraum. Im Jahr 2000 verlor Uganda \$32 für jeden seiner 23,3 Millionen Einwohner aufgrund der Liberalisierung des Handels. Im gleichen Jahr erhielt das Land Entwicklungshilfe im Werte von nur \$35 pro Person. Während der zehn Jahre seitdem der Handel liberalisiert worden ist, hat Uganda \$204 pro Person verloren - verglichen mit einem Pro-Kopf-BIP im Jahr 2000 von \$253. Es ist als wenn alle Menschen in Uganda für zehn Monate aufgehört hätten zu arbeiten.

Aus Lateinamerika

Brasilien

Die zunehmende Übernahme der Landwirtschaft durch die Konzerne im Zusammenspiel mit wachsenden Lebensmittelimporten hat kleine und randständige bäuerliche Gemeinschaften weiter marginalisiert. Beim viertgrößten Agrarexporteur der Welt dominieren große landwirtschaftliche Betriebe und Agrarwirtschaftsfirmen den Exportmarkt, der einen Umfang von \$20 Milliarden hat. Ganze vier oder noch weniger Firmen bestreiten mehr als 40 Prozent der Exporte von Soja, Orangensaft, Geflügel und Rindfleisch. Die Landwirtschaft steuert rund 26 Prozent zu Brasiliens BIP bei.

Obwohl Brasiliens Einkünfte aus dem Soja-Export von \$393 Millionen 1980 auf \$2,7 Milliarden 2001 anstiegen, sind nur 35 Exporteure für 95 Prozent von Brasiliens Sojaexporten

verantwortlich. Während Soja ursprünglich in kleinen landwirtschaftlichen Betrieben im südlichen Brasilien angebaut wurden, werden sie jetzt in Betrieben der Cerrado-Region produziert, wo die Farmen größer als 1000 Hektar sind. Dadurch sind Sojabohnen betriebsmittel- und technologieintensiv geworden, was viele Landarbeiter aus ihrer Arbeit verdrängt hat. Es wird davon ausgegangen, dass eine Farm von 10 Hektar ganze drei Arbeiter beschäftigt.

Die Ungleichheiten sind schockierend und dürften dank der Liberalisierung im Agrarhandel weiter zunehmen. Fast 40 Prozent der Landwirte besitzen zusammen ganze 1 Prozent des Landes, während die reichsten 20 Prozent 88 Prozent des Landes besitzen.²⁰ Die offensichtliche Auswirkung dieses unseligen Kartells ist, dass seit 1975 mehr als 30 Millionen Landarbeiter - Männer und Frauen - die ländlichen Gegenden verlassen haben. Ganze 4,8 Millionen Familien in der Landwirtschaft träumen davon, Land zu besitzen. Eine der schockierendsten Folgen dieser Ungerechtigkeit ist der Hunger: von den 31,5 Millionen Menschen, die in Brasilien an Hunger leiden, lebt die Hälfte auf dem Land.²¹ Allerdings weisen die offiziellen Statistiken²² aus, dass 4,4 Millionen Menschen an Hunger leiden, von ihnen leben 46 Prozent auf dem Land.

Trotz der wachsenden Einkünfte aus der Ausdehnung der Sojabohnen- und Zuckerproduktion ist die Landlosigkeit angestiegen. Die Bewegung der landlosen Arbeiter (MST) schätzt, dass es 20 Millionen landlose Menschen in Brasilien gibt (4 Millionen Familien), während weitere 7 Millionen es als illegale Siedler, Pächter und Wanderarbeiter gerade schaffen, zu überleben. Dies führte auch zu Konflikten um die Ausdehnung von Rinderfarmen in Dschungelgebiete sowie zu Streit zwischen ländlichen Familien und der Regierung, der Polizei und privaten Milizen (in Pernambuco). Es wurde berichtet, dass die Landlosen noch nicht bearbeitete Flächen, die für die Zuckerproduktion gedacht waren, besetzt hatten und in der Folge geräumt wurden.²³

Die Ausbreitung großer Farmen und agrarwirtschaftlicher Konzerne ist eine Folge der Struktur- anpassung. Vom IWF angeleitet unterschrieb Brasilien zwei Abkommen über die Struktur- anpassung, in 1982 und dann wieder in 1988. Beide Verträge haben zu Kürzungen bei Arbeitsplätzen und Dienstleistungen geführt. Durch die Privatisierung der Finanzdienst- leistungen in den späten achtziger Jahren verschwanden Landkredite sowie Stützungs- maßnahmen für Produzentenpreise und Vermarktung gänzlich. Die FAO stellt fest, dass nach der Umsetzung der Uruguay-Runde "für Kleinbauern einfach keine Kredite flossen".²⁴ Die Deregulierung der Preise führte dazu, dass die Landpreise hochschossen und die Armen Land nicht erwerben oder behalten konnten. Als Ergebnis stieg die ländliche Armut auf 41 Prozent im Jahr 2001 an und ist doppelt so hoch wie die urbane Armut. Am schlimmsten sind Kleinbauern betroffen. Allein 1997 wurden 1,6 Millionen Arbeitsplätze in der Land- wirtschaft vernichtet, und anschließend, von 1998-2000, gaben weitere 400.000 Klein- bauern ihr Land auf.²⁵

Zollsenkungen verdoppelten die Einfuhr von Lebensmitteln zwischen 1995 und 98. Brasiliens Importe von Weizen und Weizenmehl stiegen sogar um 43,3 Prozent und von Molkerei- produkten um 194 Prozent an, wenn die Zahlen von 1995-98 mit denen von 1990-94 verglichen werden.²⁶ Das Dumping der OECD-Länder hat auch die Agrarwirtschaft Brasiliens betroffen - subventionierte Zuckerimporte aus der EU haben dem Land einen geschätzten Verlust von \$494 Millionen verursacht.²⁷

Kleine Milchbauern haben ebenfalls die negative Auswirkungen zu spüren bekommen. Da sie nicht in der Lage waren, die von den Supermärkten verlangten technischen Standards zu erfüllen, sind 60.000 kleine Milchbauern aus dem lokalen Markt in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre herausgedrängt worden.²⁸

Peru

Peru gehört zu den Ländern, die von Zeit zu Zeit mit Importen überflutet wurden, was einen maßgeblichen Einfluss auf die Ernährungssouveränität des Landes hatte. Es erlebte 4 Importfluten von Rindfleisch, 9 von Schweinefleisch und 6 von Milch, ohne dass es Produktionsdefizite gegeben hätte. Selbst wenn es Produktionsdefizite gab (was jeweils einmal im Weizen- und Geflügelsektor geschah), wurden diese durch die Importfluten mehr als kompensiert. In diesem Sinne wurde von drei Importfluten im Weizensektor und von neun im Geflügelsektor berichtet.²⁹

Auch verdoppelten sich Lebensmitteleinfuhren fast und zwar von 1,6 Millionen Tonnen von 1990-95 auf 2,5 Millionen Tonnen von 1996-99. Das jährliche Handelsdefizit in der Landwirtschaft erhöhte sich auf \$346 Millionen; mit dem Ergebnis, dass 40 Prozent der in der Region konsumierten Lebensmittel nun importiert werden. Die meisten derer, die aufgrund billigerer Importe aus der Landwirtschaft herausgedrängt wurden, wanderten auf der Suche nach schlecht bezahlter Arbeit in die städtischen Zentren ab.

Im Jahr 2000 wurden eine Million Tonnen Mais importiert - das sind Importe, die die einheimische Produktion übertreffen - was üble Folgen für die Kleinproduzenten hatte, besonders diejenigen in Dschungelgebieten wie San Martin, die nicht konkurrenzfähig waren. Und während in den achtziger Jahren die Milchproduktion hauptsächlich von Kleinproduzenten aus den Hochlandgebieten von Arequipa und Cajamarca getragen wurde, wird die Milch heutzutage meistens importiert oder auf Großfarmen in Lima und den Küstentälern produziert (wie oben erläutert).³⁰

Guyana

Als sich von 1994-98 die Einfuhr von lebenden Tieren und Lebensmitteln verdoppelte, verursachte dies ein dramatisches Anwachsen des Molkerei- und Geflügelsektors. Auch haben 'Fruchtsäfte aus Gegenden wie Frankreich oder Thailand die einheimische Produktion verdrängt... erhöhte Exporte haben zu einem Abfallen der Produktion von *Minca*-Bohnen, einheimischem Kohl und Möhren geführt...., so wird befürchtet, dass ohne ausreichenden Schutz, der von Regierungsprogrammen flankiert wird, sehr viel mehr einheimisch produzierte Waren verdrängt werden'.³¹

Dumping - diesmal als 'Nahrungsmittelhilfe' getarnt - wirkte sich auch auf Guyanas Reisexporte in andere Länder der Dritten Welt aus, insbesondere auf Jamaika. Bis 1997 hatte Guyana 50 Prozent des jamaikanischen Reismarkts von den USA, die unglaubliche 99 Prozent kontrollierten, übernommen. Allein im Jahr 2000 betrug US-amerikanische Reisimporte nach Jamaika 24.000 Tonnen. In der Folge wurde als eklatanter Bruch des Agrarabkommens durch das schwerlich umsetzbare 'Meistbegünstigungs-Prinzip' auf Jamaika seitens der USA Druck ausgeübt, ihre Reisimporte auf einer zollfreien Grundlage zuzulassen.³² Hier ist es wichtig, festzuhalten, dass Guyanas Reissektor früher einmal für 150.000 Menschen Arbeitsplätze bot³³, die nun aufgrund der subventionierten Reisexporte der USA in die Karibik erheblich marginalisiert worden sind.

Haiti

Armut und Unterernährung sind im Verlaufe der raschen Maßnahmen, die Haiti in der Wirtschaftsliberalisierung durchgeführt hat, dramatisch angestiegen. Als der Zoll auf Reis von 35 Prozent auf 3 Prozent 1994-95 drastisch reduziert wurde, überschwemmten Importe von US-amerikanischem, subventioniertem Reis den Binnenmarkt und zerstörten die Existenzen von 50.000 reisproduzierenden Familien.

Zur Zeit werden zwei Drittel des in Haiti konsumierten Reises importiert. Da Haiti kaum Möglichkeiten hat, Reserven für seine Zahlungsbilanz anzulegen, sieht sich das Land nun gezwungen, seine wertvollen Reserven an Devisen für Reis auszugeben - ein Produkt das es ohne Weiteres selbst hätte herstellen können, was wiederum eine Lebensgrundlage für seine Landwirte geschaffen hätte.

Die billigeren Importe haben haitische Landwirte gezwungen, ihren mageren Landbesitz aufzugeben und in Ausbeuterbetrieben zu arbeiten, was ihre Lebensqualität noch mehr verschlechtert hat. Der IWF hat selbst anerkannt, dass 50 Prozent der haitischen Kinder unter 5 Jahren an Unterernährung leiden und dass aufgrund der verloren gegangenen Beschäftigungsmöglichkeiten das Prokopfeinkommen von etwa \$600 1980 auf \$369 in 2004 gesunken ist.

Honduras

In Honduras ist die Ernährungssicherheit geopfert worden. Lagen die Reimporte 1990 bei 50.000 Tonnen, so waren sie ein

Jahrzehnt später auf 7.252.000 Tonnen angestiegen. Genauer ausgedrückt sind 2001 90.000 Tonnen verarbeiteten Reises sowie weitere 133.000 Tonnen nicht-verarbeiteten Reises importiert worden; verglichen mit den neunziger Jahren ein Quantensprung. Während einige Hurrikan Mitch, der 1998 Honduras traf, die Schuld hierfür geben, ist er sicherlich nicht der einzige Faktor und ist wohl kaum bei der Steigerung des Importtrends ausschlaggebend. Die Auswirkungen, die diese Importflut auf ländliche Gemeinden hatte, lassen sich mit dem folgenden Beispiel am deutlichsten darstellen - im Gebiet von Guayaman, wo früher Reis angebaut wurde und wo 24 Haushalte auf Subsistenz-Grundlage ein Auskommen fanden, bauen heute nur noch 4 Reis an.³⁴

Doch damit noch nicht genug: Reisbauern müssen mit hartem Wettbewerb um Land und Arbeitskräfteeinsatz mit den Bananenplantagen zurechtkommen.

Ecuador

Trotz des Versprechens von Vorteilen durch die WTO-Regelungen hat die Liberalisierung der Landwirtschaft negative Auswirkungen auf die einheimische Produktion gehabt. Da die versprochenen Exporte sich nicht realisiert haben, sind die negativen Auswirkungen jetzt hinlänglich sichtbar. Zwischen 1990 und 1998 stiegen Importe von \$1,6 auf \$5,1 Milliarden fast auf das Fünffache an, wobei sich bezeichnenderweise Importe von Konsumartikeln versechsfachten.³⁵

Die Auswirkungen auf Ernährungssicherheit und ländliche Arbeitslosigkeit waren verheerend. Lag die Arbeitslosigkeit in Ecuador 1980 noch bei 4 Prozent, so hatte sie sich zwei Jahrzehnte später, bis 1999, auf 13 Prozent mehr als verdreifacht. Die Arbeitslosigkeit auf dem Land

Haiti: Sich verschlimmernde Armut

- 76 Prozent der Haitianer leben von weniger als US\$ 2 pro Tag, während 55 Prozent von weniger als US\$ 1 pro Tag leben.
- In 25 Jahren hat es in Haiti nicht einen einzigen Zeitraum andauernden wirtschaftlichen Wachstums gegeben und das Land hat einen jährlichen Rückgang von 2 Prozent seines BIP erlebt. 2002 erreichte das BIP knapp 61 Prozent des Wertes von 1980.
- Nur 55 Prozent der Bevölkerung sind mit Nahrungsmitteln versorgt und Ernährungsunsicherheit betrifft 40 Prozent der haitianischen Haushalte.
- Haiti zählt mit Afghanistan und Somalia zu den drei Ländern der Welt mit dem schlimmsten Kaloriendefizit pro Einwohner. 2,4 Millionen Haitianer können sich das von der Weltgesundheitsorganisation empfohlene Minimum von 2.240 Kalorien pro Tag nicht leisten.
- Die Auswirkungen sind besonders kritisch bei Kindern: 42 Prozent der Unter-fünfjährigen sind unterernährt und 20 bzw. 28% der Kinder im Alter von 0-5 Jahren sterben an den leicht vermeidbaren Ursachen Fehlernährung und Durchfall; stündlich stirbt ein Kind unter fünf Jahren.

Quelle: Haitianische Regierung & UNDP (2004:) A Common Vision of Sustainable Development.

(55 Prozent) machte hier den Löwenanteil aus - und dies zu einem Zeitpunkt als die Unterbeschäftigung auf dem Land bei alarmierenden 70 Prozent lag.³⁶

In der Tat ist der Fall Ecuador recht interessant. Da 70 Prozent der Bevölkerung in Armut lebt, von denen 48 Prozent unterernährt ist³⁷, hat die Vernichtung der Mangrovenwälder zur Schaffung von Flächen für Garnelenfarmen einem recht großen Teil der Bevölkerung Elend gebracht. Mangrovenwälder lieferten Nahrung und Existenzgrundlagen für 1,2 Millionen Menschen und diese Wälder sind jetzt um 70 Prozent zusammengeschrumpft. Es hat Fälle gegeben, in denen Garnelenfirmen einheimischen Gemeinden den Zugang zu Allmendeflächen verwehrt haben.³⁸

Bolivien

Bei einer jährlichen Nachfrage nach Weizen von 500.000 Tonnen importiert Bolivien 360.000 Tonnen. Bei solch hohen Importen erholt sich die einheimische Produktion trotz der vorhandenen 16 Millionen Hektar Land nicht. Als Folge der zunehmenden Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten ist die einheimische Produktion zwischen 1980 und 2001 um etwa 20 Prozent gefallen. Im entsprechenden Zeitraum sind Lebensmittelimporte weiterhin angestiegen.³⁹

Die Liberalisierung hat die lokale Produktion untergraben und einen Rückgang der Preise und der Gewinne für Lebensmittelprodukte verursacht. Gleichzeitig ist das Augenmerk ganz auf die Substitution der einheimischen Produktion durch billigere Importe gerichtet worden, was der einheimischen Bevölkerung Schwierigkeiten bereitet. Dies führte zu einer Serie gewalttätiger Auseinandersetzungen in den Provinzen von Santa Rosa und Las Mercedes zwischen Holzhändlern und Kleinbauern und den einheimischen Tacanianern, die für die Jagd, die Fischerei und das Sammeln von Paranüssen auf den Dschungel angewiesen sind.⁴⁰

Venezuela

Im ölreichen Venezuela hat es bei Grundnahrungsmitteln wie Getreide und Hülsenfrüchten einen drastischen Rückgang der Produktion gegeben, die zwischen 1988 und 1999 um fast die Hälfte gesunken ist. Gleichzeitig ist die Landfläche für den Obstanbau für den Export von 185.000 auf 200.000 Hektar angewachsen. Die Anbaufläche für Gemüse ist ebenso von 25.700 auf 40.000 Hektar angewachsen. Diese Veränderung der Anbaumuster war das Ergebnis der von der Strukturanpassung gepredigten Anbaudiversifizierung.

Bei der andauernden Instabilität der Nahrungsmittelversorgung produziert Venezuela jetzt nur 25 bis 30 Prozent seiner Gesamtnachfrage nach Lebensmitteln, was das Land 'schwerwiegenden und raschen Veränderungen' über sehr kurze Zeiträume aussetzt. Die resultierende Ernährungsunsicherheit wird noch bedrohlicher aufgrund der Unbeständigkeit der Devisenmärkte.⁴¹

Die Anbaudiversifizierung und die wachsende Abhängigkeit von Lebensmitteleinfuhren hat die Ernährungsgewohnheiten verändert. Arepa-Tortillas, die aus Mais hergestellt werden, werden durch Nudeln ersetzt, da Weizenmehl billig zu haben ist. Seit 1997 ist der Verbrauch an Maismehl um 115 Prozent zurückgegangen. Mit Weizenmehl ist das entsprechende Defizit ausgeglichen worden. Unglücklicherweise ist dies nur ein Ausdruck eines weit verbreiteten Trends - dem Ersatz der traditionellen und erst recht der lokal produzierten Grundnahrungsmittel Fleisch, insbesondere Huhn, Fisch und Mehl durch importierte Nudeln, Margarine und Eier.

Argentinien

Genau wie Brasilien hat auch Argentinien die zunehmende Übernahme seiner Landwirtschaft durch die Konzerne erlebt. In den letzten Jahren haben sich die Anbauflächen explosionsartig auf Sojabohnen verlagert, wobei deren Gesamtanbaufläche von 9.500 Hektar in den frühen siebziger Jahren auf 5.9 Millionen Hektar 1996 angestiegen ist. Mindestens 95 Prozent der angebauten Sojabohnen ist genmanipuliert und gehört zur "Roundup-Ready"-Kategorie, einem Produkt des in den USA ansässigen Biotechnologieriesen Monsanto.⁴²

Der Wechsel hin zu Sojabohnen ist eine Antwort auf wirtschaftlichen Druck verschiedener Art. Zunächst sind die einheimischen Produzenten nicht in der Lage, mit massiven und billigen Agrarimporten als Ergebnis liberalisierten Handels zu konkurrieren. Da die Regierung den Anbau von Soja aktiv unterstützt, indem sie Steueranreize und Subventionen anbietet, sehen Landwirte es als günstig an, umzusteigen. Um das Ganze noch mehr aus dem Gleichgewicht zu bringen, stellt Monsanto den Produzenten beratende Experten und Maschinen zum Säen für die Massenproduktion von Soja und Unkrautvernichter zur Verfügung - alles auf Kredit.⁴³

Zusammengenommen verdrängten diese Bemühungen andere Anbausysteme und brachten sie an den Rand des Aussterbens, während das Ackerland Argentiniens auf die Soja-Monokultur umgestellt wurde. Felder mit Linsen, Süßkartoffeln, Baumwolle, Weizen, Mais, Reis, Sorghum, Blattgemüse, Gemüse, Obst, Milchfarmen und sogar die weltbekannten Rindviehbetriebe des Landes verschwinden rasch.

Die Ausdehnung des Sojaanbaus geschah nicht nur zu Lasten anderer Nahrungsmittelproduktion, sondern erstreckt sich auch auf die Wälder. Landbesitzer und Agrarunternehmen entwalden ausgedehnte Flächen am Fuße der Anden. In der Provinz Entre Rios, nördlich von Buenos Aires und an Uruguay angrenzend, wurden zwischen 1994 und 2003 mehr als eine Million Hektar Wald abgeholzt, um für Soja Platz zu schaffen. Derart schwere Entwaldungen haben katastrophale Überschwemmungen in noch nie zuvor gekanntem Ausmaß verursacht - besonders in der Provinz Santa Fe - und eine verheerende sozioökonomische Spur hinterlassen.

Soja-Monokulturen haben Existenzen in der Landwirtschaft zerstört. Während ein Hektar Aprikosen oder ein Zitronenhain der gleichen Größe 70 bis 80 Landarbeiter benötigt, beschäftigen Sojafarmen höchstens zwei Personen. Zusammen mit den schweren Auswirkungen

Argentinien: Mehr Exporte, mehr Hunger

Argentinien wurde von den neoklassischen Experten als ruhmreiches Model des Wirtschaftswachstums gefeiert. Es sieht sich einer noch nie da gewesenen humanitären Krise gegenüber. Die Tageszeitung Guardian erklärt die Dichotomie des Wachstums in Argentinien und zitiert dabei das "Centre for Child Nutrition Studies", das die Weltgesundheitsorganisation berät. Laut dem "Centre" leiden 20 Prozent der Bewohner dieses lateinamerikanischen Landes an Unterernährung. Dr. Oscar Hillal, Stellvertretender Direktor des Kinderkrankenhauses von Tucuman, sagte: "Dies ist nicht Afrika. Dies ist Argentinien, wo es 50 Millionen Rinder und 39 Millionen Menschen gibt. Und dennoch haben wir hier eine Regierung, die vollkommen an den Bedürfnissen des Volkes vorbeihandelt".

Einige der Kinder, die im Nordwesten der Provinz Tucuman aufgenommen wurden, hatten aufgequollene Bäuche, fleckige Haut und trockenes Haar, was auf schweren Eiweißmangel hinweist. Die nationale Wohlfahrtsorganisation Red Solidaria gab an, dass 60 Kinder pro Monat mit schwerer Unterernährung eingewiesen würden, während weitere 400 als ambulante Patienten behandelt werden. Fünf Nichtregierungsorganisationen aus der Provinz Tucuman hatten ein Gerichtsverfahren gegen den Gouverneur von Tucuman aufgrund "vorsätzlicher Vernachlässigung" der Kinder, die in seiner Provinz an Unterernährung gestorben sind, angestrebt. In dieser Provinz leben 64% der Menschen in extremer Armut. Sie warfen dem Gouverneur vor, die nationale Finanzierung von Sozialprogrammen in "Vetternwirtschaft und Korruption" abzuzweigen.

Quelle: The Guardian, London, Nov 25, 2002

gen auf die Umwelt, die die intensiven Anbaumethoden mit sich bringen, hat die Landflucht in den letzten Jahren in alarmierendem Maße zugenommen: 300.000 Landwirte sind vom Land weggezogen und fast 500 Städte sind verlassen. In der Folge nehmen Verbrechen und Gewalt mit jedem Tag zu.⁴⁴

Auch in Argentinien hat es Auseinandersetzungen zwischen Subsistenzbauern und Lebensmittelexporteurern gegeben. Im Jahr 2004 hat eine lokale Tochter der US-amerikanischen MNC, der "Seaboard Corporation", die Rechte der indigenen Gemeinschaft der Guarani in Iguopeingenda El Algorrobal angefochten, was in einem Polizeiüberfall auf die Dörfler und illegalen Festnahmen gipfelte. Die gleiche Firma fechtet auch die Rechte indigener Gemeinschaften in der Provinz Salta an und bedroht den Anbau von Kassava, Erdnüssen, Bananen, Mais und Zitrusfrüchten durch Kleinbauern. Die Guarani sind auch in Auseinandersetzungen über Land in der Region Mato Grosso do Sul verwickelt. Obwohl ihnen in dieser Gegend 100.000 Hektar Land zustehen, sind sie nur in der Lage gewesen, 20 Prozent in Besitz zu nehmen, da der Rest für die Viehzucht und Sojabohnenproduktion verwendet wird.⁴⁵

Aus Asien

Indien

Die Liberalisierung der indischen Wirtschaft, die in den frühen neunziger Jahren eingeleitet wurde, begann mit der Hoffnung, das Agrarwachstum zu beschleunigen, indem die Diskriminierung der Landwirtschaft beendet wurde. Die Idee war es, durch eine starke reale Abwertung der Währung sowie die Erhöhung der Erzeugerpreise, die Handelsbedingungen zugunsten der Landwirtschaft zu wenden. Der *Economic Survey* spiegelte eine Aufbruchstimmung wieder und sagte relativ große Zuwächse für Indien auf der Grundlage erhöhter landwirtschaftlicher Exporte voraus.⁴⁶ Solch exponentielles Wachstum, so wurde erwartet, würde auch einen maßgeblichen Einfluss auf Armutsminderung und dadurch eine positive Auswirkung auf die Sicherung der Existenzen von Hunderten von Millionen Armen haben.

Zahlreiche Studien haben belegt, dass der Sektor mit den vorteilhaftesten Auswirkungen bezüglich der Armutsminderung die Landwirtschaft ist. Die Landwirtschaft ist ein entscheidender Sektor in Indien, der im Jahr 1980 38 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausmachte und der zwar abgenommen hat aber immer noch bei beachtlichen 27 Prozent liegt und selbst 1998 noch 62 Prozent der Beschäftigung ausmachte. Angesichts dieser Zahlen wird jedwedes maßgebliche Wachstum in der Landwirtschaft nicht nur als Mittel zur Ernährungssicherung sondern auch zum Erreichen des weiter gesteckten Ziels der Armutsbekämpfung angesehen. Schließlich ist in einem Land, das über 600 Millionen Landwirte hat, die nachhaltige Landwirtschaft das einzige Mittel, zukunftsfähige wirtschaftliche Existenzen zu schaffen.

Anstatt einen noch nie da gewesenen Wachstumsboom zu erleben, sieht sich der Agrar-Sektor jetzt, fast 15 Jahre nach der Einleitung wirtschaftlicher Liberalisierung, einer ernsthaften Krise gegenüber. Dies spiegelt sich in einer signifikanten Verlangsamung der Wachstumsrate in der Landwirtschaft wieder und zwar sowohl was das Bruttoprodukt als auch was die Produktion als solche betrifft. Nimmt man die Produktion im Feldfrüchtebereich für sich, so ist, verglichen mit einer Wachstumsrate von 3,5 Prozent während der achtziger Jahre, die Wachstumsrate der Agrarproduktion auf lediglich 2,37 Prozent pro Jahr während der neunziger Jahre gefallen. Dies war das niedrigste Wachstum über irgendeinen Zeitraum überhaupt.⁴⁷ Der Produktionsanstieg hat sich noch weiter vermindert und 2004-05 ein miserables Tief von 1,5 Prozent erreicht.

Die Philosophie der Agrarplanung ändert sich.⁴⁸ Die Tage, in denen die Nation ausschließlich das Erreichen der Selbstversorgung in der Produktion von Getreide für die menschliche Ernährung betonte, sind vorbei. Ebenso wie die Tage, in denen gezielte politische Maßnahmen halfen, den Hunger und das sichere Verhungern in Schach zu halten. Zu Beginn des neuen Jahrtausends, zu einer Zeit, in der die Lebensmittelproduktion nur noch mit Mühe dem Bevölkerungswachstum nachkommt, wird von Landwirten verlangt, zu diversifizieren, Feldfrüchte zu produzieren, die für den Export geeignet sind und auf dem internationalen Markt zu konkurrieren. Mit dem Versprechen billiger Nahrungsmittel in den Supermarktregalen hat sich der Schwerpunkt von der Landwirtschaft auf die Industrie, den Handel und die Wirtschaft verschoben, weg von den kleinen und marginalisierten Landwirten und hin zu den Firmen, die Agrarprodukte verarbeiten.

Der Anbau von Grundnahrungsmitteln wird durch "cash crops" ersetzt; Tomaten anstelle von Weizen; Hartweizen (für Bäckereien) ersetzt Weizen als Grundnahrungsmittel im Punjab und in Haryana; Blumen wachsen anstelle von Reis und so weiter. In den Küstenbereichen wird der Fischfang von privaten Firmen übernommen und beraubt die einheimischen Gemeinschaften sowohl ihrer Existenzgrundlage als auch ihrer einzigen Nahrungsquelle. Beispielsweise sind in Kerala riesige Waldflächen und Reisfelder in Gummi-, Kaffee- und Kokosnussplantagen verwandelt worden. Feldfrüchte für den Handel fressen sich in die fruchtbaren Landstreifen hinein, die für die lebenswichtigen Getreide als Grundnahrungsmittel benötigt werden. Die Abzweigung von gutem Agrar-Land, das ohnehin begrenzt ist, an die kommerzielle Landwirtschaft und sogar Agrarindustrien, trägt weiter zur Verschärfung der Nachhaltigkeitskrise bei.

Das WTO-Agrarabkommen und andere Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels haben nicht nur den Schwerpunkt in Richtung exportorientierter ‚cash-crop‘-Landwirtschaft verschoben sondern Billigimporten in die Entwicklungsländer Tür und Tor geöffnet und Indien bildet hier keine Ausnahme. Billige Einfuhren von Lebensmitteln drücken die Preise einheimisch hergestellter Waren und ‚cash-crop‘-Anbau in großem Umfang nimmt das Land der Produktion von Grundnahrungsmitteln in Beschlag und führt zu einer Konzentration von Land und Ressourcen in den Händen der Großbauern, Großgrundbesitzer und privaten Firmen. Zudem beschleunigt sich so die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen.

All dies hat zur Marginalisierung, Vertreibung sowie zum Landverlust und zu größerer Armut bei den Kleinbauern geführt. Viele Kleinbauern sind Tagelöhner geworden und bekommen niedrige Gehälter. Andere sind auf der Suche nach Arbeit in die städtischen Zentren abgewandert und haben dabei den Frauen oftmals mit der Verantwortung für die Landwirtschaft eine zusätzliche Last zu Hausarbeit und Fürsorge der Familie übertragen. Anders ausgedrückt wirkt sich die wirtschaftliche Liberalisierung nicht nur auf die Ernährungssicherheit aus, sondern auch auf die nachhaltige ökonomische Existenzsicherung. Im Gegensatz zu konventionellem Wachstum und dem Ansatz der Einschätzung des 'trickle-down' Effekts, bei dem menschliche Leben als bloße Zahlen in der Wirtschaftsstatistik erscheinen, betont der Ansatz nachhaltiger Existenzsicherung die Einschätzung der Vermögenswerte und der Stärken der Gemeinschaft.

Das tief im Süden Indiens gelegene Kerala ist für Touristen ein attraktives Reiseziel. Das tropische Klima und die einzigartigen Stausee-Systeme haben seiner unberührten Schönheit einen zusätzlichen Reiz verliehen. Bedenkt man zusätzlich die verblüffenden Fortschritte bei der Alphabetisierung sowie das Gesamtwachstum bei der menschlichen Entwicklung, so hat Kerala zurecht den Spitznamen "Gottes eigenes Land" verdient.

Allerdings ist es Kerala nicht gut ergangen, seit die Liberalisierung der Wirtschaft zum Mantra der Entwicklung wurde. Seine auf Landwirtschaft gegründete Volkswirtschaft ist seit der Schwemme von billigen und hochsubventionierten Agrarimporten aus dem Ruder gera-

ten. Sei es nun die Einfuhr von Palmöl, Gummi, Kaffee oder Gewürzen - fast jeder sozioökonomische Aspekt des Staates hat negative Auswirkungen zu spüren bekommen.

Indien wurde gezwungen, seine Zölle zu senken und alle Mengenbeschränkungen bis April 2001 abzuschaffen. Die Folge ist, dass mit den Jahren die Importe von Agrargütern

Die Zerstörung von Indiens Ölsaatrevolution

Indien verzeichnete einen spektakulären Anstieg sowohl der Flächen auf denen Ölsaaten angebaut wurden als auch der Produktionsleistung. Die Produktion verdoppelte sich von 11 Millionen Tonnen in 1986-87 auf etwa 22 Millionen Tonnen in 1994-95, was mit dem Ausdruck "Gelbe Revolution" bezeichnet wurde. Allerdings war das fast vollständige Maß an Selbstversorgung mit Ölsaaten sowohl für die Wirtschaftsexperten als auch für die so genannten Marktkräfte unverdaulich.

Während die Weltbank die Tatsache, dass die Ölsaaten eine Wachstumsrate verzeichnen konnten, die den nationalen Trend übertraf, anerkannte, verlangte sie dennoch die Aufgabe jener Politik, die diesen positiven Wandel herbeigeführt hatte. Ihr Argument war, dass Indien ein "komparativer Vorteil" bei Ölsaaten im Vergleich seiner Produktion mit Produktionstrends in den USA und der Europäischen Union fehlte. Daher sollte es Speiseöl importieren. Es war jedoch bekannt, dass die Stützpreise, die an die indischen Produzenten von Erdnüssen und Senf gezahlt wurden, niedriger lagen als die Stützpreise, die an die Erdnuss- und Senfbauern in den USA und Europa ausgezahlt wurden.

Was die Weltbank jedoch nicht erwähnte war, dass der Verkaufspreis pro Tonne von Indiens Ölsaaten den Produktionskosten einer Tonne Ölsaaten in den USA entsprach. Zudem wären die Produktionskosten in den USA noch höher gewesen, wenn die riesigen Mengen an Subventionen, die sie an ihre Landwirte zahlt, zurückgezogen würden. Tatsächlich sind es die USA, die an einem "komparativen Nachteil" leiden, wenn man bedenkt, dass ihre Subventionen die Preise verzerren. Daher sollten die USA - und wichtiger noch, die EU - angesichts dessen niedriger Produktionskosten Speiseöl aus Indien importieren.

Indien ignorierte die Fakten und folgte blind den fehlerhaften Vorgaben der Weltbank (was unter Druck geschah, da Indien begonnen hatte, seine Volkswirtschaft im Einklang mit dem Strukturanpassungsprogramm umzustrukturieren). Es begann ein Prozess der stufenweisen Liberalisierung von Importen von Speiseöl ab 1994-95. Dies geschah zu einem Zeitpunkt als Länder, die Speiseöl exportierten, wie Malaysia, Indonesien und Brasilien, begannen, den indischen Markt mit Palm- und Sojaöl zu überschwemmen. Zwei Jahre später waren die negativen Folgen der Liberalisierung des Speiseölpreises offensichtlich. Indiens Ausgaben für Speiseöl schnellten 1996-97 auf fast US \$ 1 Milliarde hoch und das Landwirtschaftsministerium drückte den Alarmknopf.

Während die Großhandelspreise von Speiseölen um schätzungsweise 14 Prozent anstiegen, nahm die Produktion ab. Der einzige Nutznießer der "verheerenden" Regierungspolitik war der private Handel, der Sonnenblumen- und Palmenöl zu etwa Rs 22.000 pro Tonne importierte und, nachdem er es mit Erdnuss- und Senfölen verschnitten hatte, zu Rs 38.000 pro Tonne verkaufte. Vom Regime des freien Handels profitierten weder Landwirte noch Konsumenten.

Anders als in den Zielen der laufenden "Technology Mission for Oilseeds" formuliert, waren Speiseöl-Importe zwischen November 1998 und Juli 1999 um das Dreifache angestiegen. Indische Zölle auf Speiseöle wurden von 65 Prozent auf 30 Prozent und dann in 1998 weiter auf 15 Prozent gesenkt, während nicht-tarifäre Hemmnisse ebenfalls aufgehoben wurden. Verglichen mit der Einfuhr von 1,02 Millionen Tonnen in 1997-98 wuchsen die Importe auf eine Höhe von 2,98 Millionen Tonnen an. 1999-2000 importierte Indien fünf Millionen Tonnen Speiseöl und war somit noch einmal einer der größten Importeure von Speiseöl. 2005 schnellte die Rechnung für Importe auf \$ 3,2 Milliarden hoch.

Da Ölsaaten in den Trockengebieten geerntet werden, bekommen Millionen von Landwirten, die in den kargen Gegenden des Landes ausharren, die Auswirkungen zu spüren. Jetzt, da ihre rentabelste Einkommensquelle durch die Einfuhr von Speiseöl verloren gegangen ist, nehmen sich immer mehr Produzenten von Ölsaaten das Leben.

anstiegen. In der Postglobalisierungsperiode, zwischen 1996-97 und 2003-04, sind Importe mengenmäßig um 270 Prozent und wertmäßig um 300 Prozent gestiegen.⁴⁹ Für eine auf Landwirtschaft basierende Volkswirtschaft gleicht die Einfuhr von Lebensmitteln einer Einfuhr von Arbeitslosigkeit.

Die Kokosnuss-Preise sind von 25 Cent auf 5 Cent pro Einheit gestürzt, Gummipreise sind sehr stark gefallen und Kaffeepreise sind von \$1,50 in 1999 auf \$0,75 pro Kilogramm in 2001 gesunken. Selbst Gewürze sind nicht ausgenommen, die Pfefferpreise sind im selben Zeitraum von \$5 auf \$2,50 stark gefallen. Die Mühen des Plantagensektors alleine in Kerala in der Globalisierungsära symbolisieren die Tragödie eines ungerechten Handelsregimes (die Zerstörung ist hauptsächlich auf regionale Handelsabkommen und die WTO zurückzuführen). Die Existenzen von mehr als einer Million Menschen hängen von den Teeplantagen ab. Von den 32 Teefabriken in einer der populären Teeanbauregionen, Peermade taluk, haben 18 den Betrieb eingestellt. Weitere 13 Teeplantagen wurden von ihren Besitzern verlassen, was alleine in den Hochlagen rund 30.000 Menschen in die Arbeitslosigkeit geführt hat.⁵⁰

Bevor das WTO-Regime in Kraft trat, gab es für Plantagenprodukte aus Kerala - Tee, Kaffee, Kardamom und Pfeffer - einen exzellenten Markt und die Produkte brachten große Mengen an Devisen ein. Indien produziert jährlich 850 Millionen Tonnen Tee. Der Binnenverbrauch liegt bei 670 Millionen Tonnen. "Durch den Export von 180 Millionen Tonnen Tee häufte Indien eine große Menge Devisenreserven an. Jedoch hat die neue, auf Globalisierung ausgerichtete Einfuhrpolitik die Situation untergraben," sagt P. S. Rajan, Präsident der "Hill Ranges Estate Employees Association".

In dieser Hinsicht ist Kerala nicht alleine. Die zerstörerischen Auswirkungen des sich entwickelnden Paradigmas des globalen Handels waren im ganzen Land spürbar, wenn auch nicht im selben Ausmaß. Nicht nur die Tee- sondern auch die Kaffeeplantagen haben mehr als 25 Prozent ihrer Arbeiter in den südlichen Provinzen von Karnataka und Tamil Nadu entlassen. Auch der Ölsamensektor wurde von den Importen hart getroffen - inzwischen werden mehr als 63 Prozent der Speiseöle im Werte von US \$3,2 Milliarden pro Jahr importiert. Noch vor zehn Jahren war Indien fast autark in der Produktion von Ölsamen. Die Zollsenkung hat Landwirte gezwungen, den Anbau von Ölsamen aufzugeben (siehe begleitenden Kasten).

In 1999/2000 importierte Indien mehr als 130.000 Tonnen des hochsubventionierten Magermilchpulvers der Europäischen Union. Dies war das Ergebnis von 5 Millionen Euro an Exportsubventionen, die zur Verfügung gestellt wurden und entspricht etwa dem 10.000-fachen des jährlichen Einkommens eines kleinen Milchbauern.⁵¹ Beispielsweise haben die von der EU gezahlten Subventionen für den Butterexport einen Fünfjahres-Hochstand erreicht, und die Ausgleichszahlungen für den Butterexport entsprechen derzeit 60 Prozent des EU-Marktpreises. In der Folge sind die Butterölimporte nach Indien im Schnitt um 7,7 Prozent jährlich angestiegen. Dieser Trend hat bereits die Preise für *ghee* (Butterfett) auf dem Binnenmarkt gedrückt.

In den vergangenen Jahren hat sich Indien als größter Milchproduzent mit einer Produktion von 81 Millionen Tonnen in 2000-01 herausgestellt. Allerdings ist im Gegensatz zu anderen milch-produzierenden Ländern die indische Milchproduktion durch Millionen von kleinen und marginalisierten Landwirten gekennzeichnet, unter ihnen auch landlose Milchproduzenten, für die die Milchwirtschaft nicht nur ein Geschäft sondern auch die Hauptquelle der Beschäftigung ist. Mehr als 80 Millionen Milchbauern, hauptsächlich Frauen, gehören den über 60.000 Molkereigenossenschaften an. Es sind die Molkereigenossenschaft, die Millionen von Armen aus der Armutsfalle gezogen haben.

Es dauerte fast dreißig Jahre, bevor die Selbstversorgung mit Milch erreicht war und im Verlaufe dieser Entwicklung wurde Indien der größte Milchproduzent der Welt. Seit dem Beginn der "Operation Flood" 1969-70, vor der die indische Milchwirtschaft vor dem Ruin stand, hat es Bemühungen gegeben, die Landwirte durch ein Netz von Genossenschaften, die den Landwirten gehörten und von ihnen kontrolliert wurden, in ein ausgeklügeltes Bündel von politischen Maßnahmen einzubeziehen, das Produktions- und Produktivitätsanreize gab. Jetzt ist die Stoßrichtung der Abbau des Genossenschaftssystems in der Milchwirtschaft.

Indien ist auch einer der größten Gemüseproduzenten der Welt. Während fast 40 Prozent des im Land hergestellten Gemüses aufgrund von Misswirtschaft nach der Ernte auf dem Lande verrottet, hat sich die Einfuhr von Gemüse in nur einem Jahr fast verdoppelt - von Rs 92,8 Millionen 2001-02 auf Rs 171 Millionen 2002-03.⁵² 2003-04 stiegen die Importe auf über 2,7 Millionen Tonnen mit einem Wert von Rs 480 Millionen an. Ironischerweise sind die importierten Produkte - Erbsen, Kartoffeln, Knoblauch, Cashewnüsse, Datteln, Gurken - Feldfrüchte, bei denen das Land selbst Überschüsse erzielt und einen komparativen Vorteil hat. Doch während die indischen Exporte aufgrund nichttarifärer Hemmnisse nur schwer Märkte finden, überschwemmen Gemüseimporte weiterhin den Binnenmarkt.

Trotz der Auseinandersetzung Brasiliens mit den Vereinigten Staaten über Baumwollsubventionen hat sich auch die Einfuhr von Roh- und Abfallbaumwolle vervielfacht. 2003-04 importierte Indien 300.000 Tonnen Baumwolle im Wert von Rs 22.000 Millionen - das

Zwischen 1996/97 und 2003/04 sind Agrarimporte nach Indien um 375 Prozent an Menge und 300 Prozent an Wert angestiegen. Hierbei muss beachtet werden, dass der Wert der Importe als Anteil des Agrar-BIP ebenfalls von weniger als 3 Prozent auf 4,34 Prozent im gleichen Zeitraum angestiegen ist.

sind etwa 9 Prozent der einheimischen Produktion. Derart hohe Importe haben die einheimischen Preise gedrückt und in der Folge haben die Landwirte Notverkäufe tätigen müssen. Die Baumwollpreise waren um rund 20 Prozent gefallen. Baumwollpflanzer brachten ihre Wut darüber zum Ausdruck, dass die Regierung nicht in der Lage war, das Erzeugnis zu kaufen. Dies zwang die Regierungsstellen, zu einem späten Zeitpunkt aktiv zu werden.

Zuckerimporte erreichten 2004-2005 die 1,5 Millionen Tonnen-Grenze. Verglichen mit einem festen Zollsatz von 150 Prozent liegt der Grundzoll auf Zucker bei 60 Prozent.

International handeln mächtige multinationale Konzerne mit Lebensmitteln. Indem die Kontrolle über die Ernährungssicherheit des Landes an diese abgegeben wird und aufgrund von Handelsbarrieren durch ein Überwachungssystem der WTO erlebt Indien einen allmählichen Zusammenbruch seiner Lebensmittel-Selbstversorgung und im Zuge der Abschaffung des öffentlichen Verteilungssystems, ist die Grundlage der Ernährungssicherheit überhaupt in Frage gestellt.

Sri Lanka

Vor 1977 hatte Sri Lanka fast die Selbstversorgung mit Reis erreicht. 1995 wurde der Reishandel liberalisiert und das System der Lizenzvergabe wurde abgeschafft und durch einen Zollsatz von 35 Prozent ersetzt. Später im selben Jahr wurde der Zollsatz auf 20 Prozent gesenkt.

Laut der FAO sind Lebensmittelimporte nach Sri Lanka danach stark angestiegen. Die Importflut führte wie erwartet zu einem Rückgang der Binnenproduktion bei einer Reihe von Nahrungsmitteln, was zu einem klaren Rückgang der Beschäftigung auf dem Lande führte. Schätzungen zufolge gingen allein 300.000 Arbeitsplätze durch den Rückgang der Produktion von Zwiebeln und Kartoffeln verloren.⁵³

Die Reisbeschaffung durch die "Sri Lankan State Trading Corporation" war 1996 auf lediglich 1,3 Prozent der Gesamtproduktion für den Zeitraum 1993-95 zurückgegangen. Da staatliche Maßnahmen ausblieben, verursachten Billigimporte einen Rückgang der Binnenpreise. Außerdem war der Markt so strukturiert, dass es einer Handvoll Händlern und Reismühlenbetreibern gelang, die Verhandlungsstärke der Landwirte zu schwächen.

Die konstant ansteigenden Reisimporte haben die auf Landwirtschaft basierende Volkswirtschaft verwüstet. Sri Lanka hat sich in der letzten Zeit zu einem "hot spot" für Selbstmorde unter Landwirten entwickelt. Laut einer der vorliegenden Schätzungen haben fast 55.000 Landwirte während der Ära der Liberalisierung Selbstmord begangen - das sind mehr Menschen als die Gesamtzahl der Verluste während des ethnischen Bürgerkrieges in der gleichen Zeit.⁵⁴ Ethnische Auseinandersetzungen im Norden und Jugendrevolten in anderen Teilen der Insel in den vergangenen Jahren wurzeln, so einige Experten, in der Politik der Liberalisierung, die sich um Armut und Arbeitslosigkeit nicht kümmert. Dies wundert nicht. Extreme Armut nimmt zu und ist von 4 Prozent der Bevölkerung, die 1990 von weniger als \$1 pro Tag lebten, auf 6,6 Prozent im Jahr 2000 angestiegen - ein Zuwachs von mehr als 50 Prozent.

Sri Lanka ist auch ein interessantes Beispiel dafür, wie die USA bei genmanipulierten Lebensmittelimporten Druck ausüben. Um erwarteten Gesundheitsrisiken vorzubeugen verbot Sri Lanka die Einfuhr von genmanipulierten Lebensmitteln ab dem 1. Mai 2001. Neue Gesetze wurden vom Gesundheitsministerium eingeführt. Sie verboten alle Einfuhren von rohen und verarbeiteten Nahrungsmitteln in 21 Kategorien, falls sie genmanipuliert waren.

Die Liste enthielt auch Sojabohnen sowie alle anderen Produkte, die deren Derivate enthalten, wie Sojamilch, Sojasoße und Sojamehl. Von Importeuren wurde durch dieses Gesetz verlangt, dass sie offizielle Belege von den Gesundheitsbehörden des exportierenden Landes oder staatlich anerkannten Labors einholen sollten, die bestätigen, dass ihre Produkte nicht genmanipuliert sind.

Es wird berichtet, dass die USA Sri Lanka daraufhin damit drohten, dass das Verbot eine Untersuchung seitens der WTO auslösen würde. Weyland Beeghly, der Agrarberater der US-Botschaft in Indien, teilte einer Pressekonferenz in Colombo mit: "Uns ist kein glaubwürdiger wissenschaftlicher Beleg bekannt, der das Verbot Sri Lankas rechtfertigen könnte. Wir glauben, dass es völlig unbegründet ist" und fügte hinzu, dass "in einigen Kreisen die Ansicht herrscht, dass dies eine sehr riskante Technologie sei und dass die USA sie an den armen Bevölkerungen der Entwicklungsländer testen. Dies ist sowohl falsch als auch anstößig".

Beeghly sagte, dass die WTO Sri Lanka bereits aufgefordert hatte, wissenschaftliche Belege zur Untermauerung seiner Entscheidung zu liefern und fügte hinzu, dass er wenige Anzeichen dafür sah, dass andere Länder in der Region den gleichen Weg beschreiten würden. Sri Lanka hob daraufhin das Verbot auf.

Die Philippinen

Obwohl dies nicht weithin bekannt ist, waren die Philippinen zwischen den siebziger und den neunziger Jahren ein Nettolebensmittelexporteur. Nach der Liberalisierung der Wirtschaft machten sie eine Kehrtwendung und wurden bis 2000 Netto-Nahrungsmittel-Importeur.⁵⁵

Befürworter der Handelsliberalisierung hatten vorausgesagt, dass freier Handel 500.000 neue Stellen pro Jahr schaffen würde, dass Einkommen durch Agrarexporte um 3,4 Milliarden Pesos jährlich steigen und die Bruttowertschöpfung in der Landwirtschaft um 60 Milliarden Pesos angehoben würde. Doch nach zehn Jahren verstärkter Liberalisierung des Handels hat keine Studie diese versprochenen Zuwächse bestätigt oder auch nur annäherungsweise belegt.

Eines der ersten Opfer war der Maissektor. Die Maisproduktion wies 1994-2000 ein Negativwachstum auf, was teilweise auf billigere Importe zurückzuführen war. Eine große Anzahl von Landwirten, die Mais anbauten, war gezwungen, die Landwirtschaft aufzugeben, und landwirtschaftliche Betriebe, die Grundnahrungsmittel produzierten, wurden in Agrarwirtschaftsplantagen, Industriezonen und Bauland umgewandelt, wobei viele Menschen vertrieben wurde. Bis 1998 hatte der Agrarsektor schätzungsweise 710.000 Arbeitsplätze verloren und weitere 2 Millionen folgten bis 2000.⁵⁶

Billige Reisimporte folgten. Im Jahr 1998 führten rund zwei Millionen Tonnen importierten Reises dazu, dass die Binnenpreise kollabierten. Statistiken vom "Philippine Bureau of Agricultural Statistics" zeigen, dass Agrarimporte von \$1,3 Milliarden in 1993 auf \$2,1 Milliarden in 2001 anstiegen und sich somit in sieben Jahren fast verdoppelt hatten. Dagegen schrumpften landwirtschaftliche Exporte von \$1,9 Milliarden auf \$1,2 Milliarden im gleichen Zeitraum. Im daraus hervorgehenden Kampf der Märkte waren es die Kleinbauern, die leer ausgingen. Die Verdrängung von Kleinbauern spiegelt sich im Rückgang der Beschäftigung auf dem Land wider - sie fiel von 11,14 Millionen 1993 auf 10,8 Millionen 2001.⁵⁷

Reis und Mais sind die beiden wichtigsten Grundnahrungsmittel. Die Reispreise fielen bis 1998 stark ab und waren bis 1996-98 um fast 24 Prozent gefallen, während Maispreise 1993 bis 1998 um 20 Prozent fielen. Reisimporte stiegen rasant von 160 Tonnenn auf erstaunliche 2.170.830 Millionen Tonnenn in nur vier Jahren. Trotz des 100-prozentigen Zolls (out-of-quota-tariff), den die Philippinen auferlegten, war importierter Reis immer noch zum halben Preis des einheimisch produzierten Reises zu haben.

In ähnlicher Weise wuchsen Maisimporte um 500 Prozent in der Zeit von 1994 bis 1998. Die gesamten Importe von Mais und Futtermitteln wie Weizen entsprachen schätzungsweise etwa 25 Prozent der lokalen Produktion im gleichen Zeitraum. Weizen- und Maisimporte, die hauptsächlich aus den USA stammten, machten 80 bzw. 60 Prozent des Importwarenkorbs aus. Während die Importe angestiegen, gingen die Exporte zurück. 1998 gingen schätzungsweise vier Millionen Arbeitsplätze in der Industrie, der Landwirtschaft und im Dienstleistungsbereich verloren. In der Landwirtschaft gingen alleine 1998 710.000 Arbeitsplätze verloren.⁵⁸

Traditionelle Exportprodukte wie Kokosnüsse, Manilahanf und Zucker haben im Verlauf des Prozesses Märkte eingebüßt. Das gleiche verheerende Muster wurde auch in den Fleisch- und Geflügelsektoren beobachtet. Massive Importe von Hühnerteilen, insbesondere aus den USA, vernichteten den einheimischen Wirtschaftszweig fast vollständig. Washington hatte auf die philippinische Regierung Druck ausgeübt, damit sie Import-Möglichkeiten für Hühnerteile liberalisieren, was zu einem unglaublichen Anstieg von 101 Prozent im Jahr 1998 führte und ein Allzeithoch von 2,021 Prozent Anstieg stellte sich im nächsten Jahr, 1999, ein.

Hühnerteile wurden zu Preisen importiert, die 50 Prozent niedriger lagen als die einheimischen Hühnchen-Erzeugerpreise. Importe von billigem Rindfleisch und "carabeef" (Büffel-fleisch) wuchsen zwischen 1993 und 1998 ebenfalls um das Fünffache. Als Folge der asiatischen Finanzkrise führten Billigimporte wie auch andere Faktoren 1997 zur Schließung von zwei der größten Geflügelproduzenten, etwa 30 kommerziellen landwirtschaftlichen Betrieben, von denen jeder 100.000 Rinder produzierte, sowie von fünf Genossenschaften. Schweineproduzenten waren 2002 einem 50-prozentigen Preisrückgang aufgrund von Billigimporten ausgesetzt. Zur gleichen Zeit haben die USA Thunfisch- und Bananenexporte aus den Philippinen mit Hilfe von hohen Zöllen rigoros ausgeschlossen. Das Exporteinkommen aus Dosenthunfisch fiel jäh von \$130 Millionen in 1998 auf \$64 Millionen in 2001 ab. Mögliche Verluste, die die Thunfischindustrie alleine durch die diskriminierende

Behandlung seitens des US-amerikanischen Marktes erlitt, beliefen sich, so schätzt das Ministerium für Handel und Industrie, auf \$50 Millionen pro Jahr.⁵⁹

Vietnam

Nachdem Vietnam aus den Schatten des langen Krieges hervortrat, folgte es einem zentral geplanten wirtschaftlichen Entwicklungsmodell, bei dem staatliche Interventionen allumfassend waren, bei dem es um die Förderung der Landwirtschaft ging. Später nutzte das Land den rapiden Wandel in der Weltwirtschaft aus und begann den Übergang in eine marktorientierte Volkswirtschaft, die auf die Intensivierung landwirtschaftlicher Systeme gründete. Als es zur Liberalisierung der Wirtschaft kam, wurden seit den frühen neunziger Jahren eine Reihe politischer Maßnahmen eingeleitet. Sie beinhalten u.a. die Beseitigung des Regierungsmonopols auf Reis sowie die Freisetzung des Binnenhandels, die Aufhebung der Beschränkung von Düngemittelimporten.

Für mehr als zwei Drittel aller Haushalte ist Reisanbau die Existenzgrundlage. Die Reformen haben hervorragende Ergebnisse für Vietnam hervorgebracht. Das Land hat sich für die Produktion von Reis von eher niederer Qualität entschieden. Der Impuls, der von der Reiserzeugung gekoppelt mit Exporten ausging, führte zu einem Wachstum von fast fünf Prozent pro Jahr. Als Folge hiervon kam es zu einer knappen Verdopplung der Anbauintensität während der neunziger Jahre. Ein solch rapides Wachstum verwandelte das Land von einem Nettoimporteur in einen Großexporteur.

Vietnam ist auch der zweitgrößte Produzent von Billigkaffee weltweit. Allerdings hatte der Zusammenbruch der Kaffeepreise negative Auswirkungen für die ländliche Wirtschaft. Eine Studie in der Provinz Dak Lak zeigte auf, dass die Preise, die die Landwirte Anfang 2002 erhielten nur 60 Prozent ihrer Produktionskosten deckten. Im März 2002 berichtete das Welternährungsprogramm, dass Landwirte in der Provinz Dak Lak, die ausschließlich von Kaffee abhängig sind, jetzt als "vor dem Hungertod stehend" eingestuft werden.⁶⁰

Indonesien

Von 1984 bis 1988 hatte Indonesien sowohl die Selbstversorgung mit Reis erreicht als auch einen Überschuss an Reis für den Export erwirtschaftet. Dank staatlicher Unterstützung war der Reisertrag um beeindruckende 3,5 Prozent in diesem Zeitraum angewachsen. Nach der asiatischen Finanzkrise 1997 auferlegte der IWF weit reichende Bedingungen zur Liberalisierung des Handels als Teil seines \$49 Milliardenkredits an Indonesien. Diese Auflagen beinhalteten Zollsenkungen sowie die Abwertung der Rolle von BULOG, der staatlichen Lebensmittelbeschaffungs- und Verteilungsbehörde.

Vor der Deregulierung hatte BULOG die alleinige Kontrolle über Importe der wichtigsten Nahrungsmittel nach Indonesien und konnte daher Lebensmittelvorräte und Binnenpreise regulieren. BULOGs Zuständigkeiten sind zurückgestuft worden. BULOG kontrolliert die Mengen nicht mehr und private Händler haben in dieser Hinsicht völlige Freiheit. Genau dies wollte der IWF. Die Rolle BULOGs bei der Sicherstellung der Reisverteilung und anderer Grundnahrungsmittel in den verschiedenen Regionen (um Defizite auszugleichen) wurde ebenfalls eingeschränkt.

In den späten neunziger Jahren zog die Regierung auch die Unterstützung für landwirtschaftliche Betriebsmittel wie Düngemittel, Saatgut, Pestizide und Fungizide zurück. Subventionen für Düngemittel fielen von 4,4 Prozent auf 0,7 Prozent. Öffentliche Investitionen in die Landwirtschaft gingen von 18,1 Prozent 1985 auf 10,4 Prozent 1996 zurück. Unterdessen wurden die mageren Kredite, die an die Landwirtschaft vergeben wurden, ebenfalls zurückgefahren. In der Folge nahmen die Produktionskosten für Reis um fast 50 Prozent zu.

Im Jahr 1999 wurde die Reisernte durch Schädlinge stark beeinträchtigt. Da die Preise für Betriebsmittel hoch lagen, litt das Schädlingsbekämpfungsprogramm und in der Folge sank auch die Produktion. In der Zwischenzeit wurde der auf Grundnahrungsmittel angewandte Zoll auf 5 Prozent oder weniger gesenkt. Der Zoll für Soja und Reis wurde auf null gesetzt und der für Mais auf 5 Prozent. Erst nach der darauf folgenden soziopolitischen Krise wurde der Zoll für Reis wieder auf 30 Prozent erhöht.

Indonesien hat sich in einen Reisettoimporteur verwandelt.⁶¹ War es vor 1995 in der beidenswerten Lage, der neuntgrößte Exporteur von Reis zu sein, so ist es nun einer der großen Importeure. Importe haben das Land überschwemmt. Über Nacht haben sich die Reimporte verdreifacht und sich jetzt bei rund 3,5 Millionen Tonnen pro Jahr (oder fast 6 Prozent des Binnenverbrauchs) stabilisiert.

Indonesien benötigt jedes Jahr rund 30 Millionen Tonnen Reis. Die Vernachlässigung und Apathie gegenüber der Binnenlandwirtschaft hat Indonesien schwer zugesetzt. Nun hat es sich zu einem Hauptempfänger globaler Lebensmittelhilfe entwickelt. Der wirtschaftliche Absturz hat zu geschätzten \$2 Milliarden an Verlusten für die indonesische Volkswirtschaft geführt. In einem Land, das sich mit Leichtigkeit mit Lebensmitteln selbst versorgen könnte und nachhaltige Existenzmöglichkeiten für seine Millionen von Landwirten und seine arbeitende Bevölkerung bieten könnte, hat die Formel der Liberalisierung des Handels blanke Zerstörung angerichtet.

Thailand

Thailands Erfahrungen sind in einem leicht anderen Kontext bestürzend. Das ‚Land der weißen Elefanten‘ hat sich im Laufe der Jahre als führender Reisexporteur herausgestellt. In der WTO-Ära hat es seine Position konsolidiert. Dennoch litt seine Bauernschaft sehr an den Übeln der Liberalisierung und Globalisierung. Seit 2001 hat Thailand jährlich mehr als 7 Millionen Tonnen Reis exportiert, was 30 Prozent der gesamten Reisexporte weltweit ausmacht.

Nachdem sie sich der Politik der Liberalisierung angeschlossen hatte, entzog die Regierung Thailands den Landwirten die Unterstützung. In der Folge stiegen, genau wie in Indonesien, die Produktionskosten. Während die Herstellungskosten für ein Kilogramm Reis auf ein Hoch von 3,30 Baht anstiegen, bekamen die Landwirte sehr viel weniger. Dies wiederum führte zu niedrigen Erlösen und einem Anwachsen der Verschuldung auf dem Lande. Zurzeit haben rund 73 Prozent der Landwirte in Thailand Schulden zwischen 5000 und 250.000 Baht und mehr als 0,8 Millionen bäuerliche Familien sehen sich nicht in der Lage, weiter Landwirtschaft zu betreiben. Die Rate, mit der Landwirte jedes Jahr die Landwirtschaft aufgeben, pendelt um die 4 Prozent. Das reale Einkommen aus der Landwirtschaft im Jahr 2000 ist im Vergleich zu 1977 nicht angestiegen.

Der Reishandel liegt in den Händen von reichen Händlern, Zwischenhändlern und multinationalen Konzernen, die große Batzen der Einkünfte aus dem Export an sich reißen. Auch halten sie eine strenge Kontrolle über die Preispolitik und die Verteilung der wichtigsten Betriebsmittel aufrecht: Saat, Dünger und Schädlingsbekämpfungsmittel.

Endnoten

- ¹ African Development Bank (2005) Kenya: Country Strategy Paper 2005-07.
- ² Oxfam (2005): Kicking Down the Door. Oxfam Briefing Paper 2005, S. 31
- ³ Christian Aid (2005): The Economics of Failure: the real cost of “free” trade for poor countries. S. 6
- ⁴ Chris Tomilson (2001): Struggling Kenyan Coffee Growers Wonder Where All the Money Goes. *The Associated Press* July 19, 2001 (siehe: <http://www.globalexchange.org/campaigns/fairtrade/coffee/news2001/ap072901.html>)
- ⁵ Omondi, V. (2002): Nairobi Cushions Dairy Industry with 100PC Tax. *The East African (Nairobi)*, April 1, 2002
- ⁶ UNDP (2005): Human Development Report 2005. S. 242
- ⁷ Oxfam (2005): Kicking Down the Door. Oxfam Briefing Paper 2005, S. 50
- ⁸ Quenum, B.M. (2004) Fair Globalisation? Yes. Economic Strangulation? No. *Africabiz*® 1(67) November 15-December 14, 2004. Siehe <http://businessafrica.net/africabiz/arcvoll/email67.php#strangulation>
- ⁹ <http://www.maketradeair.com/en/index.php?file=24062003145405.htm&cat=2&subcat=5&select=2>
- ¹⁰ Anna Antwi (2004): Presentation at 3D THREE Workshop on Integrating Human Rights into the Future of Agriculture, November 2004, Report erhältlich unter: www.3dthree.org/en/pages.php?IDcat=5
- ¹¹ Oxfam interviews in Ghana and Crabtree, J. (2001): Peru: Agricultural Trade Liberalisation in Peru, Oxfam: Oxford
- ¹² Oxfam (2005): Kicking Down the Door. Oxfam Briefing Paper 2005
- ¹³ Christian Aid (2002): Listen to Africa. Mai 2002
- ¹⁴ http://www.newsfromafrica.org/newsfromafrica/articles/art_881.html
- ¹⁵ Christian Aid (2002) Listen to Africa. Mai 2002
- ¹⁶ Christian Aid (2005): The Economics of Failure: the real cost of “free” trade for poor countries. Christian Aid Briefing Paper
- ¹⁷ Makokha, K.A. (2001): *Structural Adjustment Participatory Review Initiative (SAPRI): Uganda Country Report* zusammengestellt von Kevin Akoyi Makokha, Mitglied des Uganda Technical Team for the National Steering Committee, September 2001.
- ¹⁸ Oxfam (2002): Mugged: Poverty in your Coffee Cup. S. 22
- ¹⁹ Christian Aid (2005): The Economics of Failure: the real cost of “free” trade for poor countries. Christian Aid Briefing Paper
- ²⁰ Bryant, Coralie. 1998: Property Rights for the Rural Poor: The Challenge of Landlessness. *Journal of International Affairs* 52: ff. 181-206
- ²¹ FIAN (2000): Agrarian Reform in Brazil. Erhältlich unter: http://www.fian.org/fian/index.php?option=com_doclight&Itemid=100&task=showdocument&dl_docID=31
- ²² FIAN and La Via Campesina (2001): *Parallel Report Before the UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights; The Right to Adequate Food in Bolivia*. S. 33
- ²³ FIAN and La Via Campesina (2001): *Parallel Report Before the UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights; The Right to Adequate Food in Bolivia*. S. 17
- ²⁴ FAO (1999): Experience With the Implementation of the Uruguay Round Agreement on Agriculture - Developing Country Experiences (Based on Case Studies). *FAO Symposium on Agriculture, Trade, and Food Security: Issues and Options in the Forthcoming WTO Negotiations from the Perspective of Developing Countries, Geneva 23-24 September 1999*.
- ²⁵ FIAN (2000): Agrarian Reform in Brazil. Siehe: http://www.fian.org/fian/index.php?option=com_doclight&Itemid=100&task=showdocument&dl_docID=31
- ²⁶ IATP (2005): *Planting the Rights Seed; A Human Rights Perspective on Agriculture Trade and the WTO* Minneapolis, Institute for Agriculture and Trade Policy. S. 9
- ²⁷ Oxfam International (2004): Dumping On the World: How EU Sugar Policies Hurt Poor Countries. Oxfam Briefing Paper 61. Oxford.; World Bank (2004): *Inequality and Economic Development in Brazil*. Washington, DC.
- ²⁸ Reardon, Thomas, C. Peter Timmer, and Julio A. Berdegue. 2003: The Rise of Supermarkets and Private Standards in Developing Countries: Illustrations from the Produce Sector and Hypothesized Implications for Trade. Paper presented at the Agricultural Policy Reform and the WTO: Where are We Heading? 23.-26. Juni, Capri, Italien.
- ²⁹ Khan, A; Clarke, C; Green, D; Rice, T (2003): Agricultural Negotiations in the WTO; Six ways to make a new Agreement on Agriculture work for Development. S. 10
- ³⁰ Oxfam/Watkins, K. (2002): *Rigged Rules and Double Standards; Trade, Globalisation and the Fight Against Poverty* Oxford, Oxfam. 140-141ff

- ³¹ Oxfam (2005): Kicking Down the Door: How Upcoming WTO Talks Threaten Farmers in Poor Countries. Oxfam International. S. 50
- ³² Oxfam/Watkins, K. (2002): *Rigged Rules and Double Standards; Trade, Globalisation and the Fight Against Poverty* Oxford, Oxfam. S. 118
- ³³ Oxfam (2005): Kicking Down the Door: How Upcoming WTO Talks Threaten Farmers in Poor Countries. Oxfam International. S. 38
- ³⁴ Christian Aid (2004): *Taking Liberties; Poor People, Free Trade and Trade Justice* London, Christian Aid. S. 54
- ³⁵ SAPRIN and the Centre for Latin American Studies (2001): *The Social and Economic Impact of SAPS in Ecuador: 1982-99*. S. 4
- ³⁶ SAPRIN and the Centre for Latin American Studies (2001): *The Social and Economic Impact of SAPS in Ecuador: 1982-99*. S. 14
- ³⁷ FIAN/Landivar (2004): *Parallel Report Before the UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights; The Right to Adequate food in Ecuador* FIAN. S. 9
- ³⁸ FIAN/Landivar (2004): *Parallel Report Before the UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights; The Right to Adequate food in Ecuador* FIAN. 13-14ff, S. 21
- ³⁹ FIAN (Food First Information and Action Network) and La Via Campesina (2001): *Parallel Report Before the UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights; The Right to Adequate Food in Bolivia*. S. 7-8ff
- ⁴⁰ FIAN (Food First Information and Action Network) and La Via Campesina (2001): *Parallel Report Before the UN Committee on Economic, Social and Cultural Rights; The Right to Adequate Food in Bolivia*
- ⁴¹ FIAN (2001): *The Right to Adequate Food in Venezuela*. Siehe: http://www.fian.org/fian/index.php?option=com_doclight&Itemid=100&task=listregions&dl_regionID=1
- ⁴² Joenson Lillian & Semino Stella (2004): Argentina's torrid love affair with Soybean; SEEDLING
- ⁴³ Marrero, Carmello (2005): Biotech Crops Invade Latin America; Organic Consumers Association
- ⁴⁴ Scholl & Arrizabalaga (2005): Argentina: The Catastrophe of GM Soya; http://www.organicconsumers.org/ge/ge_soybeans_argentina.cfm
- ⁴⁵ FIAN (2005): *Annual Report on Peasant's Rights Violation* FIAN. Siehe http://www.fian.org/fian/index.php?option=com_doclight&Itemid=100&task=listregions&dl_regionID=1
- ⁴⁶ Real fiel die Wachstumsrate des BIP in der Landwirtschaft und verwandten Sektoren stark um 3,2 Prozent pro Jahr während des Jahrzehnts von 1980-81 bis 1990-91 auf bloss 1,93 Prozent pro Jahr zwischen 1990/91 und 1998/99.
- ⁴⁷ G.S.Bhalla über die Nachfrage an und das Angebot von Lebensmitteln und Futtergetreide bis 2020, in *Towards Hunger Free India* (2001) ed. by Asthana, M.D. and Medrano, P.; Welternährungsprogramm.
- ⁴⁸ Die "National Agricultural Policy 2001" legt Wert auf Auftragslandwirtschaft und erlaubt Firmen und Konzernen, in die Landwirtschaft einzudringen.
- ⁴⁹ Prakash, T.N (2005): Bei einer regionalen Beratung Paper zu "Small Scale Agriculture in an era of globalization" in Dhaka, Bangladesch, gehaltener Vortrag, Jan. 17-18 2005
- ⁵⁰ <http://indiatogether.org/2003/may/eco-keralatea.htm>
- ⁵¹ Oxfam (2002): *Milking the CAP*, Oxfam Briefing Paper 34.
- ⁵² Mishra, S. (2003): Foreign fruits and vegetables imports at what cost, *Hindustan Times*, 1. Juli
- ⁵³ FAO (2000): *Agriculture, Trade and Food Security Issues and Options in the Wto Negotiations from the Perspective of Developing Countries: Country Case Studies Vol II*. Food and Agriculture Organisation, Genf.
- ⁵⁴ Mendis, Patrick (1997): *Impact of Globalization: The Incidence of Poverty and Food Security policies in Sri Lanka*, Dept. of Applied Economics, College of Agricultural, Food and Environmental Sciences, University of Minnesota, Minnesota.
- ⁵⁵ FAOSTAT
- ⁵⁶ UNDP (2003): *Making Global Trade Work for People*. S. 132
- ⁵⁷ Bernabe Riza, (2003): Harbinson Draft-Harbinger of Darkness, *Farm News*, http://www.ppi.org.ph/publications/fnv/back_issues/1stquarter2003/harbinson_draft.htm.
- ⁵⁸ Natividad Yabut-Bernardino (Year not Stated) *An Impact Study of Agricultural Trade Liberalization in the Philippines*. International South Group Network, Quezon City, Philippines. Siehe: <http://www.isgnweb.org/pub/02-002.htm>
- ⁵⁹ Walden Bello (2003): *Multilateral Punishment: The Philippines in the WTO, 1995-2003*. Focus on the Global South, Juni 2003.
- ⁶⁰ UNDP (2003): *Making Global Trade Work for People*. S. 150-1
- ⁶¹ Oxfam (2001): *The Impact Of Rice Trade Liberalization On Food Security In Indonesia, Großbritannien*.

Anhang II: Internationaler Agrarhandel ist kein Selbstzweck

Nichtregierungsorganisationen fordern Vorrang für Menschenrechte, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit bei den WTO-Agrarverhandlungen

Position des Forums Umwelt und Entwicklung

In der Welthandelsorganisation (WTO) wird über ein neues Agrarabkommen verhandelt. Obwohl die Doha-Erklärung eine „Entwicklungsrunde“ versprochen hatte, drohen die Anliegen der Entwicklungsländer, insbesondere die der Armen und Hungernden in diesen Ländern, unter den Tisch zu fallen. Das Rahmenabkommen des Allgemeinen Rats vom 1. August 2004, auch Juli-Rahmenabkommen genannt, offenbart grundsätzliche Defizite und macht einen Erfolg im Sinne der Armut- und Hungerbekämpfung, des Menschenrechts auf Nahrung, der internationalen und sozialen Gerechtigkeit sowie der globalen ökologischen Herausforderungen unwahrscheinlich. Das Rahmenabkommen von 2004 konnte bisher nicht weiter entwickelt werden. Die Interessenskonflikte erscheinen unvereinbar und der Prozess läuft auf eine weitere Liberalisierung des Agrarhandels hinaus, die kaum Rücksicht auf soziale und ökologische Faktoren nimmt und eine Vielzahl von Bauernfamilien in den Entwicklungsländern und auch in Europa in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet.

Ziele

Die Liberalisierung des internationalen Agrarhandels droht zum Selbstzweck zu werden. Es wird zwar oft behauptet, dass sie im Namen von Armutsbekämpfung und globaler Entwicklung durchgeführt wird, doch haben die bisherigen Agrarhandelsregeln eher das Gegenteil bewirkt. Eine Liberalisierung des Agrarhandels nach bisherigem Vorzeichen, die zuerst den Interessen der Stärkeren verpflichtet ist, wird diese Situation verschärfen. Die internationale Agrarhandelsordnung muss daher aus Sicht der unterzeichnenden Organisationen des Forums Umwelt & Entwicklung dringend den folgenden Zielen untergeordnet werden:

- 1. Menschenrecht auf Nahrung.** In seinem diesjährigen Bericht an die Menschenrechtskommission betont der UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung, Jean Ziegler, dass internationale Abkommen die Spielräume zur Umsetzung des Men-

schenrechts auf Nahrung nicht einschränken dürfen: „Staaten dürfen in der WTO, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) oder der Weltbank keine Entscheidungen treffen, die in anderen Ländern zu Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung führen.“ Über siebzig Prozent der Hungernden sind marginalisierte Kleinbauern oder Landlose. **Reformierte Agrarhandelsregeln dürfen die Förderung und den Schutz einer bäuerlichen und nachhaltigen Landwirtschaft nicht behindern, indem sie marginale Produzenten einer unfairen Konkurrenz auf dem Weltmarkt ausliefern.**

- 2. Armuts- und Hungerbekämpfung.** Auf dem UN-Millenniumsgipfel hat sich die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet, den Anteil der Armen weltweit bis zum Jahre 2015 zu halbieren. Seitdem ist die Anzahl der Hungernden aber nicht gesunken, sondern auf den traurigen Höchststand von 852 Millionen angestiegen. **Reformierte Agrarhandelsregeln müssen sich daran messen lassen, ob sie es schaffen, Armut und Hunger signifikant zu reduzieren.**
- 3. Ökologische und soziale Nachhaltigkeit.** Die Liberalisierung und die Ausrichtung auf zunehmenden Welthandel haben zur Konzentration landwirtschaftlicher Produktion und zur Verdrängung kleinbäuerlicher Betriebe im Norden und Süden beigetragen. Die bestehenden Agrarhandelsregeln begünstigen einseitig die Interessen multinationaler Agrarkonzerne und großer Exporteure. Lange Transportwege sowie der verstärkte Einsatz von Energie, Pestiziden, Düngemittel, Wasser u.a. in intensivierten Großbetrieben bringen massive Umwelt- und Gesundheitsschäden für Landarbeiter und Landbevölkerung mit sich. Entwicklung kann nicht allein nach Maßstäben des wirtschaftlichen Wachstums und der Weltmarktintegration beurteilt werden. **Die Wirkung von Agrarhandelsregeln ist einer Nachhaltigkeits-Folgeanalyse zu unterwerfen. Agrarhandelsregeln dürfen einer breitenwirksamen Einkommensverteilung, beschäftigungswirksamen ländlichen Entwicklung, ökologisch nachhaltigen Anbaumethoden und einer vielfältigen Agrarstruktur und Kulturlandschaft nicht zuwiderlaufen.**
- 4. Nord-Süd-Gerechtigkeit.** Das bisherige Agrarabkommen ist in hohem Maße auf die Interessen der exportorientierten Agrar- und Ernährungsindustrie in den reichen Industrieländern, vor allem in der EU und den USA, zugeschnitten. Die Schieflage zwischen Industrie- und Entwicklungsländern bei Subventionen und Außenschutz wurde durch das Agrarabkommen trotz aller Reduktionsverpflichtungen nicht abgebaut, sondern festgeschrieben. **Reformierte Agrarhandelsregeln dürfen den Status quo nicht zementieren, sondern müssen Entwicklungsländern eine wirkliche „Sonder- und Vorzugsbehandlung“ zugestehen.**
- 5. Kohärenz von Handelsrecht und anderen internationalen Abkommen.** Es besteht gegenwärtig eine faktische Vorherrschaft von WTO-Verträgen vor anderen internationalen Vertragswerken, wie etwa gegenüber den Umweltkonventionen und Menschenrechtspakten. **Reformierte Agrarhandelsregeln müssen den Respekt vor diesen internationalen Abkommen in ihre Bestimmungen integrieren.**
- 6. Ökologische und soziale Mindeststandards.** Gegenwärtig können Produkte importiert und exportiert werden unabhängig davon, wie, von wem und unter welchen Arbeitsbedingungen sie hergestellt werden. Die Missachtung von Menschenrechten, international anerkannten Arbeitsnormen und umweltfreundlichen Produktionsweisen in der WTO steht einer nachhaltigen ländlichen Entwicklung im globalen Maßstab entgegen. **Es gilt deswegen deren Berücksichtigung im internationalen Handelssystem voranzutreiben.**

Die unterzeichnenden Organisationen haben **grundsätzliche Vorbehalte** gegenüber der Tagesordnung der Agrarverhandlungen, da sie durch unausgeglichene Machtverhältnisse, intransparente und undemokratische Entscheidungsverfahren in der WTO vorgegeben wird und den oben aufgeführten Zielen zuwider läuft. Um diese Ziele zu erreichen, ist eine grundsätzliche Umorientierung erforderlich. Als erster Schritt ist es notwendig, dass eine Verschärfung der negativen Auswirkungen der internationalen Agrarhandelsregeln vermieden wird. Ein schlechtes neues Agrarabkommen kann enormen Schaden anrichten. Um eine Verschlechterung durch ein einseitiges Abkommen zu verhindern, müssen die vorhandenen Verhandlungsspielräume voll ausgeschöpft werden.

Laufende Agrarverhandlungen

Die unterzeichnenden Organisationen fordern die Bundesregierung auf, sich in den laufenden Agrarverhandlungen besonders für eine Ausweitung von Schutzmöglichkeiten der Entwicklungsländer im Sinne der Armut- und Hungerbekämpfung und nachhaltigen ländlichen Entwicklung einzusetzen. Zugleich soll die Bundesregierung für ein sofortiges Ende von Exportsubventionen und anderen Formen des Dumpings eintreten, um einen Export europäischer Agrargüter zu Preisen unterhalb der eigenen Produktionskosten zu verhindern. Subventionen und Schutzinstrumente sollen auch für die europäische Landwirtschaft möglich bleiben. Sie müssen allerdings deutlich enger an ökologische und soziale Kriterien gebunden werden und dürfen nicht als Förderung einer Produktion für den Export wirken.

Für die drei Pfeiler des Agrarabkommens - **Exportwettbewerb, interne Stützungen und Marktzugang** - ergeben sich daraus folgende **Einschätzungen und Forderungen**:

1. Exportwettbewerb

Die Exportsubventionen der Industrieländer haben einen besonders negativen Effekt auf die Landwirtschaft in Entwicklungsländern. Sie senken die Weltmarktpreise, treiben die lokalen Preise in den Keller und sind ruinös für all diejenigen Landwirte, deren Regierungen keine Subventionen zahlen oder Schutzzölle erheben können bzw. wollen. Zwar wurde die völlige Abschaffung dieser direkten Exportsubventionen und anderer Formen des Exportwettbewerbs im Rahmenabkommen beschlossen, allerdings bleibt der Zeitraum offen. Indirekte Wege der Exportsubventionierung werden nur unzureichend durch die anvisierten Regelungen erfasst.

Die Abschaffung der Exportsubventionen ist eine Selbstverständlichkeit. Sie darf von den Industrieländern nicht als Verhandlungsvorteil ausgenutzt werden.

Forderungen:

1. Die Exportsubventionen und staatlichen Exportkreditprogramme müssen innerhalb von drei Jahren nach Inkrafttreten des Agrarabkommens auslaufen. Dabei sind im ersten Jahr alle notifizierten Mengen und Ausgaben um 50% zu reduzieren.
2. Exporte zu Preisen, die unter den eigenen Produktionskosten liegen, sind wie Exportsubventionen abzubauen.
3. Nahrungsmittelhilfe sollte vornehmlich in Form von Finanztransfers und nur als Schenkung vergeben werden. Die Gewährung von Nahrungsmittelhilfe darf nur auf Anfrage einer kompetenten multilateralen Organisation (z.B. World Food Programme), nach Fest-

stellung einer Notlage und auf der Grundlage objektiver Kriterien erfolgen. Die Verteilung muss ebenfalls multilateral organisiert oder überwacht werden. Eine Monetarisierung¹ von Warenhilfe muss ausgeschlossen werden.

4. Der GATT-Artikel 16/3² legitimiert Exportsubventionen und stellt ein Schlupfloch für subventionierte und/oder quersubventionierte Agrarausfuhren dar. Er muss abgeschafft werden.
5. Produkte, die durch einen hohen Einfuhrzoll geschützt werden, dürfen mittelfristig nicht mehr exportiert werden.

2. Interne Stützungen

Das System, auf dem die Verhandlungen zur internen Unterstützung beruhen, ist in seiner Logik anfechtbar. Die Subventionen werden in „stark“, „weniger“ und „minimal“ handelsverzerrend (Gelbe Box, Blaue Box und Grüne Box) eingeteilt. Durch minimale Anpassungen der Rechtsgrundlagen werden Agrarsubventionen von einer handelspolitisch problematischen Box in eine angeblich weniger problematische Box verschoben. Dumping wird dadurch nicht maßgeblich abgebaut und die Subventionen nicht auf die Förderung einer sozial und umweltgerechten Landwirtschaft ausgerichtet. Eine Überprüfung der Kriterien auf eventuelle Wettbewerbsverzerrungen sowie auf ihren Beitrag zu Dumping und zu nachhaltiger ländlicher Entwicklung findet nicht statt.

Forderungen:

1. Die am stärksten den Handel verzerrenden Subventionen des AMS³ müssen massiv reduziert werden. Der Export von Produkten, die von produktspezifischen AMS profitieren, muss in einem absehbaren Zeitraum völlig eingestellt werden.
2. Die „de-minimis“-Regel⁴ muss für die Industrieländer abgeschafft werden. Die Entwicklungsländer sind von einer Senkung ihrer „de-minimis Subventionen“ ausgenommen.
3. Die internen Stützungen aus der Blue Box müssen mittelfristig auslaufen. Bis zum Auslaufen der Zahlungen aus der Blue-Box müssen die Zahlungen mit einer Obergrenze versehen und die Kriterien überprüft werden, etwa ob sie wirklich Produktionseinschränkungen bewirken. Der Export von Produkten, die mit den „Neuen Blue-Box-Subventionen“ unterstützt werden, muss abgebaut werden mit dem Ziel, sie gänzlich auslaufen zu lassen.
4. Die Kriterien für Green-Box Maßnahmen müssen eindeutig auf den Erhalt von natürlichen Ressourcen, biologischer Vielfalt und die nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume

¹ Monetarisierung: Darunter versteht man den Verkauf von Warenhilfe auf dem Binnenmarkt und die Verwendung der Geldeinnahmen für einen abgesprochenen Zweck.

² GATT-Artikel 16/3 besagt: „Gewährt eine Vertragspartei dennoch mittelbar oder unmittelbar eine Subvention, gleich welcher Art, die eine Steigerung der Ausfuhr eines Grundstoffs aus ihrem Gebiete bewirkt, so darf sie diese Situation nicht so handhaben, dass sie dadurch mehr als einen angemessenen Anteil am Weltmarkt mit diesem Erzeugnis erhält.“

³ Definition AMS: ist die Summe aller internen Unterstützungsmaßnahmen (z.B. Marktpreisstützung, nicht ausgenommene Direktzahlungen), die als handelsverzerrend eingestuft werden, auslaufen sollen und bereits einer Reduktionsverpflichtung unterliegen. Für die Berechnung der Marktpreisstützung wird die Differenz zwischen dem administrativ festgelegten inländischen Preis und dem externen Referenzpreis mit der produzierten Menge des jeweiligen Produktes multipliziert. Das AMS stellt im Falle der EU mehrheitlich keine Subvention dar.

⁴ Definition: „de minimis“ Regel besagt, dass ein Teil der landwirtschaftlichen Unterstützung nicht reduziert werden muss, auch wenn sie als handelsverzerrend eingestuft wird. Sie ermöglicht Industrieländern jeweils 5% - Entwicklungsländern jeweils 10% - ihrer produkt-spezifischen und nicht produkt-spezifischen Unterstützung von der Reduktionsverpflichtung auszunehmen.

ausgerichtet sein. Nur unter diesen Bedingungen ist eine Förderung der Landwirtschaft im Norden möglich und legitim, die die nachhaltige Entwicklung und das Recht auf Nahrung im Süden nicht gefährdet. Green-Box-Subventionen dürfen nicht zu einer indirekten Subventionierung von Exporten führen (beispielweise von Baumwolle in den USA).

5. Subventionen der Green Box müssen ökologisch qualifiziert werden und sind an Arbeitskräfte zu binden. Dadurch werden positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt bewirkt und Konzentrationsprozesse der Produktion auf wenige Betriebe und Standorte vermieden. Die Einhaltung der Bedingungen muss periodisch überprüft werden.

3. Marktzugang

Das WTO-Agrarabkommen von 1994 hat dazu geführt, dass Entwicklungsländer ihre Märkte noch weiter öffnen mussten, obwohl diese z. T. schon relativ weit geöffnet waren, während die Industrieländer ihre Märkte auch nach erfolgter Umsetzung der Zollabbau-pflichten weiterhin abschotten konnten. Diese ungleichen Voraussetzungen hatten zur Folge, dass in vielen Fällen einheimisch produzierte Lebensmittel in Entwicklungsländern durch Billigimporte vom Markt verdrängt wurden, und gleichzeitig die Absatzmöglichkeiten für ihre Exportprodukte nicht verbessert wurden. Die Entwicklungsländer hatten im Gegensatz zu den Industrieländern bis auf wenige Ausnahmen keinen Zugang zur Schutzklausel, die einen Zollschatz erlaubt, wenn die Importe plötzlich stark steigen oder die Preise stark fallen. Daher hat aus Sicht der unterzeichnenden Organisationen insbesondere ein verbesserter Schutz der Agrarmärkte der Entwicklungsländer und eine sozial und ökologische Landwirtschaft weltweit hohe Priorität.

Von einer weiteren Marktöffnung im Norden und Süden würden vorwiegend multinationale Agrarkonzerne und große Agrarexporteure in Entwicklungsländern profitieren, die ihre Produkte billig auf dem Weltmarkt verkaufen können. Gleichzeitig würde durch eine radikale Marktöffnung in den Industrieländern die hier noch vorhandene bäuerliche sowie sozial- und umweltgerechte Landwirtschaft gefährdet. Der Marktzugang im Norden ist nicht der Schlüssel zur Bekämpfung der globalen Armut, wie oft suggeriert wird. Er kann einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten, allerdings nur wenn er maßvoll, unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien und mit Handelspräferenzen gezielt für ärmere Länder ausgestaltet wird. In diesem Sinne sprechen sich die unterzeichnenden Organisationen für einen „qualifizierten Marktzugang“ aus.

Forderungen:

1. Entwicklungsländern muss bei der gestaffelten Zollsenkungsformel eine größtmögliche Flexibilität zugestanden werden. Eine mäßige Senkung der gebundenen Zölle der Entwicklungsländer darf allenfalls nach der vollständigen Umsetzung der Beschlüsse zu Export- und internen Subventionen in Industrieländern wirksam werden.
2. Entwicklungsländern, die ihre Zölle niedrig gebunden haben, muss eine Erhöhung dieser gebundenen Zölle gestattet werden.
3. Entwicklungsländern muss das Recht zugestanden werden, einen Zusatzzoll auf solche Produkte zu erheben, die durch AMS-produktspezifische Subventionen und die „Neue Blaue Box“⁵ gefördert werden. Dieser Zusatzzoll unterliegt keiner Beweislast der Schädigung.

⁵ Zu der bisher bestehenden „Blauen Box“ ist im „Juli 2004-Rahmenvertrag“ eine neue Blaue Box auf Wunsch der US-Regierung hinzugekommen, die sich von der alten darin unterscheidet, dass sie keine produktionsbeschränkenden Maßnahmen verlangt. Sie enthält auch Subventionen, die „gar keine Produktion voraussetzen“. Diese Formulierung deckt das ...

4. Nur Entwicklungsländer dürfen „Spezielle Produkte“ auf der Grundlage der im Vertrag festgehaltenen Kriterien ausweisen (Ernährungssicherung, ländliche Entwicklung und Verbesserung des Lebensunterhalts). Als „Spezielle Produkte“ müssen alle Grundnahrungsmittel und andere Produkte definiert werden, die für einkommens- und ressourcenarme Bauern („Low Income and Resource poor Farmers“)⁶ des jeweiligen Landes eine wichtige Existenzgrundlage darstellen. Eine Obergrenze für die Anzahl „Spezieller Produkte“ darf es nicht geben.
5. „Spezielle Produkte“ müssen von allen Reduktionsverpflichtungen ausgenommen werden. Darüber hinaus muss aus Gründen der Ernährungssicherheit die Erhöhung von Zöllen und die Einführung nicht-tarifärer Importbeschränkungen, wie etwa Mengenbeschränkungen, erlaubt werden. Ein Mindestzugang (TRQ) darf für „Spezielle Produkte“ nicht verlangt werden. Die Option des „Speziellen Schutzmechanismus“ muss auch für Spezielle Produkte zur Verfügung stehen.
6. Der „Spezielle Schutzmechanismus“ (SSM) muss effektiv und leicht zu handhaben sein. Er muss für alle Produkte der Entwicklungsländer zur Verfügung stehen und im Falle von Importfluten automatisch ausgelöst werden können („automatically triggered“). Über die Erhöhung von Zöllen hinaus muss der SSM auch Mengenbeschränkungen erlauben.
7. Die „Sensiblen Produkte“ der Industrieländer sollen sich durch nicht-handelsbezogene Anliegen begründen. Ihre Zölle müssen weniger stark reduziert werden und unterliegen nicht der Progression bei der Abbauformel. Die Industrieländer müssen für diese Produkte aber zusätzliche Zollkontingente einräumen, die mit oberster Priorität der Erzeugung in LDCs zugute kommen müssen.
8. Die Entwicklungsländer sollen die Möglichkeit bekommen, die Weiterverarbeitung ihrer landwirtschaftlichen Rohstoffe im eigenen Land zu fördern, indem die entsprechenden Branchen von der Zollreduktion ausgenommen werden. Die entwickelten Länder müssen unilateral ihre Zolleskalation abschaffen.
9. LDCs muss ein bevorzugter Marktzugang gewährt werden. Präferenzielle Importkontingente für diese Länder sollten an vertraglich ausgehandelte Umwelt- und Sozialstandards gebunden sein. Organisationen der Zivilgesellschaft sind an den Verhandlungen über die bilateralen Standards und an deren Überwachung zu beteiligen. Handelspräferenzen sind zudem so auszugestalten, dass sie für die Entwicklungsländer eine Teilhabe am höheren EU-Preisniveau sichern. Das stärkt die Entwicklungschancen in den Ländern des Südens und vermeidet gleichzeitig ein Unterlaufen des Preises für die bäuerliche Landwirtschaft im Norden.
10. Die WTO und auch die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit müssen durch finanzielle und technische Unterstützung den Entwicklungsländern helfen, den Umwelt- und Sozialstandards zu entsprechen.

höchst umstrittene US-Subventionsprogramm der „Antizyklischen Zahlungen“ ab, die bei dem verlorenen Baumwollstreitschlichtungsfall in der WTO klar als handelsverzerrend und für andere als schädigend eingestuft wurden.

⁶ Jedes Land soll selber definieren und bei der WTO notifizieren, welche Art von Landwirtschaftsbetrieben darunter fällt. Alle WTO-Mitglieder haben das Recht diese Definition zu hinterfragen.

Unterzeichner der Forderungen:



Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) / Brot für die Welt / Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) / BUKO Agrar Koordination / Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) / Euronatur / FIAN Deutschland / Gerechtigkeit jetzt! / Germanwatch / Inkota-netzwerk / Katholische Landjugendbewegung Deutschland (KLJB) / Kirchlicher Dienst auf dem Lande / Misereor / Naturland / Naturschutzbund Deutschland (NABU) / Netzwerk Afrika Deutschland (NAD) / Oxfam Deutschland / Weltladen-Dachverband / WWF Deutschland

Abkürzungen

ACP	Afrika, Karibik & Pazifik
AGOA	Africa Growth Opportunity Act
AMS	Aggregate Measure of Support (Aggregiertes Stützungsmaß)
AoA	Agrarabkommen (Agreement on Agriculture)
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik (Europäische Union)
COMESA	Common Market for Eastern and Southern Africa
EU	Europäische Union
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
BIP	Bruttoinlandsprodukt
GSP	General System of Preferences (allgemeines Zollpräferenzsystem)
HIPC	Hochverschuldete arme Länder
IFPRI	International Food Policy Research Institute
IWF	Internationaler Währungsfonds
LAC	Lateinamerikanische Länder
LDC	Am wenigsten entwickelte Länder
Mercosur	Mercado Comun del Sur (Gemeinsamer Markt in Südamerika)
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
NFIDC	Netto-Nahrungsmittelimportierendes Entwicklungsland
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SAP	Strukturanpassungsprogramm
SCE	Single Commodity Exporter (ein Staat, dessen Wirtschaft vom Export eines bestimmten Produktes stark abhängig ist)
SPS	Sanitäre und phytosanitäre Standards
TBT	Technische Handelshemmnisse
TRIMs	Trade-Related Investment Measures (Handelsbezogene Investitionsmassnahmen)
TRIPS	Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights (Handelsbezogene Aspekte bei geistigen Eigentumsrechten)
UEMOA	Union Economique et Monétaire Ouest-Africaine (Wirtschaftsgemeinschaft französisch-sprechender westafrikanischer Länder: Benin, Burkina Faso, Cote d'Ivoire, Guinea Bissau, Mali, Niger, Senegal und Togo)
UN	Vereinte Nationen
WIPO	World Intellectual Property Rights Organization
WTO	Welthandelsorganisation

Glossar

Afrikanische, Karibische und Pazifische (AKP) Länder: Eine Gruppe afrikanischer, karibischer und pazifischer Länder, deren Partnerschaft mit der EU durch eine Reihe von Abkommen - von der Lomé-Konvention bis zum Cotonou-Abkommen - festgelegt worden ist.

Aggregiertes Stützungsmaß: Ein Index, der den Geldwert der staatlichen Unterstützung eines Sektors misst. Das Gesamtstützungsmaß des Agrarabkommens beinhaltet direkte Zahlungen an Produzenten, Importsubventionen, Programme, die Marktpreise für Konsumenten verzerren, sowie Zinssubventionen für Warenkreditprogramme.

Agrarabkommen: WTO-Abkommen, das Mitgliedsregierungen dazu verpflichtet, den Marktzugang zu verbessern und handelsverzerrende interne Stützungszahlungen sowie Exportsubventionen in der Landwirtschaft zu reduzieren.

Alles außer Waffen: Von der EU eingeführte Bezeichnung für das Paket, das sie 2001 den am wenigsten entwickelten Ländern anbot und von dem erwartet wird, dass es alle Mengenbeschränkungen und alle Zölle für alle ihre Exporte - mit Ausnahme von Waffen - aufhebt.

Blaue Box: Enthält Maßnahmen, die als Ausnahmen von der allgemeinen Regel gelten, dass alle Subventionen, die an landwirtschaftliche Produktion gekoppelt sind, reduziert oder innerhalb definierter Mindesthöhen gehalten werden müssen.

Bruttoinlandsprodukt: Gesamtwert aller neuen Güter und Dienstleistungen, die in einem gegebenen Jahr innerhalb der Grenzen eines Landes produziert werden ohne Rücksicht darauf, von wem sie produziert oder geleistet werden.

Cotonou-Abkommen: Abkommen zwischen der EU und den AKP-Staaten, das im Juni 2000 in Cotonou, Benin, unterzeichnet wurde. (Ersetzt die Lomé-Konvention)

de minimis: Die Höhe interner Stützung, unterhalb derer Subventionen von Reduktionsverpflichtungen ausgenommen werden, auf produktspezifischer Basis monetär quantifiziert bzw. im Fall sektorweiter Maßnahmen auf nicht-produktspezifischer Basis.

Dumping: Geschieht, wenn Güter zu einem Preis exportiert werden, der niedriger liegt als ihr normaler Wert, was im allgemeinen bedeutet, dass sie zu einem geringeren Preis exportiert werden, als sie auf dem Binnenmarkt oder auf Märkten in Drittländern erzielen würden, oder zu weniger als den Produktionskosten.

Gelbe Box: Alle internen Stützungsmaßnahmen, von denen erwartet wird, dass sie die Produktion und den Handel verzerren, gehören in die "Gelbe Box". Diese Subventionen sind im Rahmen des Agrarabkommens zu kürzen.

Geografische Indikation: Maßnahme, die darauf abzielt, das Ansehen von Gütern, die aus bestimmten Regionen stammen, zu erhöhen, indem die Verwendung bestimmter Ortsnamen und regionaler Bezeichnungen auf Güter beschränkt wird, die tatsächlich in diesen Orten produziert werden.

Grüne Box: Enthält Einkommensunterstützung sowie Subventionen, von denen erwartet wird, dass sie keine oder nur geringe Handelsverzerrungen verursachen.

Handelsliberalisierung: Zollsenkung und Beseitigung oder Erleichterung nichttarifärer Hemmnisse.

Komparativer Vorteil: Die Fähigkeit eines Landes, im Vergleich zu einem anderen, ein Produkt zu einem niedrigeren Preis im Verhältnis zu anderen Gütern zu produzieren. Unter den

Bedingungen des idealen Wettbewerbs und nichtverzerrter Märkte werden Länder dazu neigen, Güter zu exportieren, bei denen sie einen komparativen Vorteil haben.

Mengenbeschränkung: Maßnahme, die die Menge eines ein- oder ausgeführten Gutes beschränkt.

Mercosur: Gemeinsamer Markt zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay, auch bekannt als "Common Market of the South" (Mercado Comun del Sur) und durch den Vertrag von Asunción am 26. März 1991 zustande gekommen. Chile und Bolivien wurden 1996 und 1997 als assoziierte Mitglieder aufgenommen.

Nicht-tarifäre Handelshemmnisse (NTBs): Hemmnisse für den internationalen Handel, mit Ausnahme von Zöllen.

Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Zusammenschluss aller Industrieländer.

Produktionssubvention: Eine Zahlung der Regierung an Produzenten, die deren Aktivitäten fördert und unterstützt und ihnen ermöglicht, zu niedrigeren Kosten zu produzieren oder zu einem Preis zu verkaufen, der niedriger als der Marktpreis liegt.

Sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen: Grenzkontrollmaßnahmen, die darauf abzielen, das Leben oder die Gesundheit von Menschen, Tieren und Pflanzen zu schützen.

Sonder- und Vorzugsbehandlung: Das Prinzip in der WTO, nach dem Entwicklungsländern besondere Privilegien eingeräumt werden, die sie entweder von bestimmten WTO-Regeln ausnehmen oder die ihnen bevorzugte Behandlung bei der Anwendung der WTO-Regeln gewähren.

Spitzenzoll: Ein einzelner, besonders hoher Zollsatz, der oft als mehr als das Dreifache des durchschnittlichen nominalen Zolls definiert wird.

Technische Handelshemmnisse: Handelsbeschränkende Auswirkung der Anwendung technischer Regeln oder Standards wie Testbestimmungen, Bestimmungen zur Etikettierung, Verpackungsbestimmungen, Marketingstandards, Zertifizierungsbestimmungen, Bestimmungen zur Kennzeichnung der Herkunft, Gesundheits- und Sicherheitsregeln sowie sanitäre und phytosanitäre Regeln.

Uruguay-Runde: Die letzte GATT-Runde. Sie begann 1986 in Uruguay und wurde 1994 nach fast acht Jahren Verhandlung beendet. Sie beinhaltete zum ersten Mal Abkommen über handelsrelevante Rechte an geistigem Eigentum und Dienstleistungen sowie Abkommen in Bereichen des internationalen Handels wie Landwirtschaft und Textilien und Kleidung. Ihr Abschluss mündete in der Schaffung der Welthandelsorganisation.

Vorsorgeprinzip: Die Auffassung, dass die Politik dort, wo die Wissenschaft noch nicht festgestellt hat, ob ein neues Produkt oder ein neuer Prozess sicher oder unsicher ist, dessen Verwendung solange verboten oder beschränken sollte, bis feststeht, dass das Produkt oder der Prozess sicher ist.

Zollbindung: Die Verpflichtung, einen Zollsatz nicht über eine vereinbarte Höhe hinaus anzuheben. Sobald ein Zollsatz festgelegt worden ist, darf er ohne eine Kompensierung der betroffenen Vertragsparteien nicht erhöht werden.

Zolleskalation: Eine Zollerhöhung, die sich nach dem Grad der Verarbeitung eines Produktes richtet, wobei niedrigere Zölle auf Rohstoffe und weniger verarbeitete Güter als auf mehr verarbeitete Versionen desselben Produktes oder auf dessen Folgeprodukte erhoben werden. Beispiel: niedrige Zölle für frische Tomaten, höhere Zölle für Tomatenkonserven und noch höhere für Tomatenketchup.



Kontakt: Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10 · 53177 Bonn
Tel.: 02 28 - 35 97 04 · Fax: 02 28 - 92 39 93 56
E-Mail: info@forumue.de · www.forumue.de